

NEUE STRATEGIEN IN DER BILDUNGSPOLITIK

Investitionen in Köpfe

PEER STEINBRÜCK : **Zur Zukunft der sozialen Demokratie**

RICHARD FLORIDA | IRENE TINAGLI : **Technologie, Talente, Toleranz**

ANDREA WICKLEIN : **Die Hochschulen brauchen den Bund**

JOACHIM RAGNITZ : **Grips und Beton**

HOLGER RUPPRECHT : **Sich kümmern statt wegsehen**

WOLFGANG SCHROEDER : **Ein Erfolgsmodell unter Druck**

THORSTEN K. BORK : **„Durch Beispiel lernen“**

KLARA GEYWITZ : **So früh wie möglich anfangen**

KATRIN DÜRING : **Auf dem Weg zu mehr Leistungsfähigkeit**

MANJA ORLOWSKI : **Gelehrte oder gelebte Demokratie?**

Judith Kerschbaumer
Wolfgang Schroeder (Hrsg.)

Sozialstaat und demographischer Wandel

Herausforderungen
für Arbeitsmarkt und
Sozialversicherung



Investitionen in Köpfe

Es ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Alle paar Monate regt sich jemand darüber auf, dass die Mittel für den Aufbau Ost verschwendet würden. Diese Aussage ist so einfach wie falsch. Vor allem berücksichtigt sie nicht, woraus heute Chancen für Regionen entstehen. Der amerikanische Ökonom Richard Florida verweist auf die „3 T's“: Technologie, Talente und Toleranz. Folgt man Florida, kommt es vor allem darauf an, Bildung und Erziehung in den Mittelpunkt aller Politik zu stellen. Die britische Denkfabrik Demos hat es uns ermöglicht, dass Richard Floridas spannende Thesen von den „3 T's“ hier erstmals auf Deutsch zu lesen sind.

Gerade die Diskussion um Toleranz, Talente und Technologie zeigt, dass der Staat – trotz oder gerade auch wegen der Globalisierung – wichtige Aufgaben zu erfüllen hat. Deshalb lohnt die Frage, ob unser Staat heute richtig organisiert ist, um die Aufgaben zu bewältigen, auf die es ankommt. In einem Beitrag zur Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD entwickelt Peer Steinbrück sehr lesenswerte Positionen zur Rolle des Staates.

Wenn wir die Aufgaben des Staates neu gewichten, ist es auch an der Zeit, die Ausgaben des Staates anders zu betrachten als in der Vergangenheit. Joachim Ragnitz hat dazu das Konzept der wachstums- und nachhaltigkeitsrelevanten Ausgaben entwickelt – und es in einer Modellrechnung auf die neuen Länder angewandt. Brandenburgs Finanzminister Rainer Speer hat Recht, wenn er auf die Absurdität hinweist, dass eine Brücke ins Nirgendwo laut Haushaltsordnung richtig verwendetes, ein Universitätslehrstuhl jedoch schlecht ausgegebenes Geld sei. Ragnitz weist in seinem Beitrag einen Weg zu einem modernen Investitionsbegriff.

Dass Bildung zu den zentralen Investitionen gehört, wird in diesem Heft deutlich. Brandenburg hat in den vergangenen Jahren viele Schritte unternommen, um sein Bildungssystem zu verbessern. Dazu gehören der Ausbau der Frühförderung oder die Qualitätsmessungen in den Schulen. Bildungsminister Holger Rupprecht beschreibt in diesem Heft, wie wichtig Wertevermittlung für eine Gesellschaft ist – und begründet, warum er zu einem „Runden Tisch für Bildung und Erziehung“ einladen wird.

THOMAS KRALINSKI

[impressum]

HERAUSGEBER

- SPD-Landesverband Brandenburg
- Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie
in Berlin, Brandenburg und Mecklen-
burg-Vorpommern e.V.

REDAKTION

Thomas Kralinski (Chefredakteur), Lars
Krumrey (V.i.S.d.P), Ingo Decker, Dr. To-
bias Dürr, Klaus Faber, Tina Fischer, Klara
Geywitz, Christian Maaß, Till Meyer, Mich-
ael Miebach, Manja Orłowski

ANSCHRIFT

Alleestraße 9
14469 Potsdam
Telefon: 0331/73 09 80 00
Telefax: 0331/73 09 80 60

E-MAIL : Perspektive-21@spd.de

INTERNET : <http://www.perspektive21.de>

GESAMTHERSTELLUNG UND VERTRIEB

weberpress. Daniela Weber
Pappelallee 2, 14469 Potsdam
daniela.weber@potsdam.de

BEZUG

Bestellen Sie Ihr kostenloses Abonnement
direkt beim Herausgeber. Senden Sie uns
eine Mail.

Investitionen in Köpfe

NEUE STRATEGIEN IN DER BILDUNGSPOLITIK

MAGAZIN

—
PEER STEINBRÜCK : Zur Zukunft der sozialen Demokratie 5
Acht Thesen über die Rolle des Staates

RICHARD FLORIDA | IRENE TINAGLI : Technologie, Talente, Toleranz 19
Europa im kreativen Zeitalter

ANDREA WICKLEIN : Die Hochschulen brauchen den Bund 41
Ein Plädoyer für Korrekturen der Föderalismusreform

THEMA

—
JOACHIM RAGNITZ : Grips und Beton 47
Für einen neuen Investitionsbegriff in der Ausgabenpolitik der Länder

HOLGER RUPPRECHT : Sich kümmern statt wegsehen 61
Plädoyer für eine Erziehung nach Grundsätzen

WOLFGANG SCHROEDER : Ein Erfolgsmodell unter Druck 65
Zur Vergangenheit und Gegenwart des deutschen Berufsbildungssystems

THORSTEN K. BORK : „Durch Beispiel lernen“ 75
Über das Risiko der Verantwortung und die Qualifikation von Auszubildenden

KLARA GEYWITZ : So früh wie möglich anfangen 79
Wie mit präventiver Förderung Chancen für Kinder und Familien entstehen

KATRIN DÜRING : Auf dem Weg zu mehr Leistungsfähigkeit 85
Über die ersten Erfahrungen mit den Schulevaluationen in Brandenburg

MANJA ORLOWSKI : Gelehrte oder gelebte Demokratie? 97
Sind Brandenburgs Politiklehrkräfte in der Lage, demokratische Werte zu vermitteln?

Zur Zukunft der sozialen Demokratie

ACHT THESEN ÜBER DIE ROLLE DES STAATES
VON **PEER STEINBRÜCK**

Eine unvoreingenommene, also freimütige Debatte darüber, welche Aufgaben der Staat im 21. Jahrhundert zu erfüllen hat, ist überfällig. Beherrschende Einflussfaktoren wie Demografie, Globalisierung, unzureichende Wachstumsdynamik und – nicht zuletzt – die überspannte Lage der öffentlichen Haushalte zwingen uns dazu. Jedes Ausweichen wird bestraft.

Wir müssen uns darüber verständigen, was der Staat zukünftig leisten soll, was er leisten kann und wo er an Grenzen stößt. Wenn wir diese Debatte jetzt nicht führen, wenn wir keine Antworten finden, die mehrheitlich konsensfähig sind, gefährden wir die Grundlage unseres Gemeinwesens. Deshalb möchte ich einen Impuls geben, damit eine solche Debatte in Gang kommt.

I. Man schlägt die Politik und trifft den Staat

Ich tue das auch in der Absicht, dem etwas entgegenzusetzen, was derzeit über unseren Staat zu lesen und zu hören ist. Es gibt eine Neigung – häufig im Mantel ordnungspolitischer Prinzipientreue –, alles Staatliche zu diskreditieren. Es gibt einen Reflex gegen den Staat, der jedes Augenmaß und oft auch jedes Niveau vermissen lässt.

Der Staat wird als Moloch beschrieben, der sich skrupellos mästet, während die Bürger darben. Der Boulevard zieht mit einer Kampagne gegen den angeblichen „Steuer-Irrsinn“ zu Felde: Mit geballter Faust soll der „Steuerstaat“ gestoppt werden. Und selbst die seriösen Medien versteigen sich zu Formulierungen, dass sich der Staat „bereichere“, aufs „eigene Konto“ arbeite und sich insgesamt aufs „Kassieren statt Reformieren“ verlegt habe.

Es ist ganz offensichtlich, dass sich auf diesem Niveau keine ernstzunehmende Debatte über die Zukunft des Staates führen lässt. Das ist im Grunde auch gar nicht die Absicht derjenigen, die sich auf diese und ähnliche Weise zu Wort melden. Sie wollen eigentlich nur der Politik heftig ans Schienbein treten – zum Bei-

spiel, weil sie die geplante Umsatzsteuererhöhung ablehnen – und nehmen dabei billigend in Kauf, unseren Staat insgesamt zu diskreditieren, ohne die Folgen auch für die Substanz unseres Staates zu beachten. Man schlägt die Politik und trifft den Staat.

Ich halte eine solche Vermengung von Politikschelte und Staatskritik nicht nur für unredlich, sondern vor allem auch für gefährlich. Man braucht kein Zerrbild unseres Staates zu zeichnen, wenn man – was jedem zugestanden sei – mit der aktuellen Politik nicht einverstanden ist. Es ist höchst problematisch, wenn auf diese Weise die Bürger gegen den Staat in Stellung gebracht werden, bis ihnen am Ende der Staat als ein feindliches Gegenüber erscheint.

Die Neigung, solche Zerrbilder zu übernehmen, ist groß in Zeiten allgemeiner Verunsicherung. Und ich fürchte, dass wir uns schon viel zu lange auf diesem gefährlichen Weg bewegen.

II. Der Staat sind wir

Was mich besonders irritiert: Niemand macht sich die Mühe zu sagen, was er denn meint, wenn er vom „Staat“ redet. Die meisten meinen „die da oben“ – wer immer das sei. Wahrscheinlich eine vermeintlich unfähige, sich oftmals bereichernde Politikerkaste.

Deshalb möchte ich fragen: Wer ist denn der Staat? Sind das nicht wir alle? Der Staat ist nicht irgendeine anonyme Macht oder gar eine gierige Politikerkaste, sondern er ist die Gemeinschaft der Bürger dieses Landes. Anders gesagt: Wir reden über uns, wenn wir über den Staat reden.

Ich fürchte, vielen Menschen ist das Bewusstsein darüber verloren gegangen, wie stark „der Staat“ in ihrem Alltag präsent ist und welche Leistungen er für sie erbringt. Leistungen, die natürlich Geld kosten – also Einnahmen verlangen. Man kann sich das an einem normalen Tagesablauf einer vierköpfigen Familie vor Augen führen: Diese Familie wohnt in einer öffentlich geförderten Wohnung oder besitzt ein Eigenheim, dessen Erwerb über die Eigenheimzulage gefördert worden ist. Der Weg zur Arbeit führt über Straßen, die mit öffentlichen Geldern gebaut wurden und erhalten werden, oder es wird der öffentliche Personennahverkehr genutzt. Die Kinder gehen in öffentlich bezahlte Kindergärten, Schulen, Universitäten oder Fachhochschulen. Die Eltern arbeiten möglicherweise im öffentlichen Dienst oder in privaten Unternehmen, die zum Beispiel an öffentlichen Förderprogrammen für Forschung und Entwicklung teilhaben. Sie gehen gelegentlich ins Theater, Museum oder Hallenbad. Auch das sind alles Einrich-

tungen, die öffentlich gefördert werden. Bei einem Rechtsstreit können sie sich auf ein funktionierendes Rechtssystem verlassen. Sie können sich sicher vor Kriminalität fühlen, weil die Polizei gute Arbeit leistet. Sie wissen: Wenn sie krank, arbeitsunfähig oder arbeitslos werden und wenn sie später einmal in Rente gehen, beziehen sie Leistungen aus unserem solidarisch organisierten Sozialsystem, das immer noch – trotz Anpassungsproblemen – gegen die großen Lebensrisiken absichert.

Unser Staat ist kein Popanz. Vielmehr bietet er ein breites, für das Alltagsleben seiner Bürger unverzichtbares Leistungsspektrum. Das kann man nicht einfach verdrängen, wenn man über die Rolle des Staates durchaus kritisch, aber ernsthaft debattieren will.

Der Staat agiert als Treuhänder der Bürger. Sie haben ihm Aufgaben übertragen, die keine andere Institution übernehmen kann, und seine Repräsentanten dafür in geheimen und freien Wahlen mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet. Nur der Staat ist in der Lage und legitimiert, innere und äußere Sicherheit zu garantieren. Nur der Staat kann Freiheit und Menschenwürde schützen oder Regeln für ökonomisches Handeln definieren und durchsetzen.

Das bedeutet keineswegs, dass der Staat allein alle Steuerungs- und Gestaltungsaufgaben eines Gemeinwesens wahrzunehmen hat oder – selbst wenn er könnte – wahrnehmen sollte. Dazu ist er im Übrigen zunehmend weniger in der Lage.

Ein modernes Gemeinwesen ist darauf angewiesen, dass Staat, Markt und Zivilgesellschaft im Zusammenspiel dieses breite Aufgabenspektrum möglichst effizient bewältigen. Denn manche Aufgaben kann der Markt effizienter lösen und andere Aufgaben kann nur die Zivilgesellschaft übernehmen. Deshalb werbe ich auch so für bürgerschaftliches Engagement.

Doch es kann keine Frage sein, dass in diesem Zusammenspiel der Staat eine wichtige Stellung einnimmt, denn nur er allein ist zur Durchsetzung gesamtgesellschaftlicher Regelungen ermächtigt.

III. Die Schlüsselfrage: Was für einen Staat wollen wir?

Wenn wir uns mit der künftigen Rolle des Staates auseinandersetzen wollen, müssen wir eine Schlüsselfrage beantworten: Welchen Staat wollen wir? Die Frage ist deshalb entscheidend, weil Art und Umfang der Aufgaben, die wir dem Staat übertragen, unmittelbar die Höhe von Steuern und Abgaben der Bürger bestimmen.

Es bleibt uns also nicht erspart, eine Wahl darüber zu treffen, welche Aufgaben der Staat in Zukunft übernehmen soll. Doch diese Diskussion findet – wenn überhaupt – derzeit nur verdeckt statt. Wir sollten dabei Fragen öffentlich debattieren, auch wenn wir noch nicht durchgängig befriedigende Antworten haben:

- Was sind die Kernaufgaben des Staates? Was überlassen wir anderen Regelmechanismen?
- Welche neuen Aufgaben muss der Staat angesichts gesellschaftlicher und ökonomischer Wandlungsprozesse bewältigen?
- Was muss der Staat leisten, um sozialen Zusammenhalt zu sichern und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten?
- Wie kann der Staat seine Bürger darin unterstützen, ein eigenverantwortetes Leben zu führen?
- Wie müssen die sozialen Sicherungssysteme reformiert werden, um zukunftsfest zu werden?

Bevor ich auf diese Fragen näher eingehe, möchte ich etwas über die aktuellen Rahmenbedingungen sagen, auf die eine Debatte über die Rolle des Staates Bezug nehmen muss.

IV. Die aktuellen Rahmenbedingungen

Es gibt eine Reihe äußerer Faktoren, die die Rolle des Staates massiv verändert haben und weiterhin verändern werden. Ganz generell gilt, dass die Handlungsfähigkeit des Nationalstaates infolge der Globalisierung eingeschränkt worden ist.

Nun halte ich nichts davon, die Internationalisierung als Schreckgespenst an die Wand zu malen. Denn wer sich in unserem Land umsieht, wird schnell erkennen: Deutschland hat aus seiner weltwirtschaftlichen Vernetzung enorme Wohlstandsgewinne erzielt. Da, wo wir uns den Herausforderungen der Globalisierung gestellt haben, sind wir auch erfolgreich. Vor allem, aber nicht nur auf ökonomischem Gebiet. Die Branchen, die im härtesten internationalen Wettbewerb stehen, sind hauptverantwortlich für den vor zwei Jahren wieder zurück gewonnenen Titel des Exportweltmeisters.

Auf der anderen Seite haben wir dort Probleme, wo wir uns notwendigen Veränderungsprozessen eher entziehen und verspätete Anpassungen umso schmerzlicher ausfallen. Schließlich gibt es Dienstleistungsbereiche, die nicht oder kaum im internationalen Wettbewerb stehen – etwa im Gesundheits- und Pflegebereich oder bei der Kinderbetreuung –, wo es eine große Chance auf mehr Be-

schäftigung gibt – auch, aber nicht nur für Menschen mit geringer Qualifikation.

Das zeigt: Nicht nur die Globalisierung beschränkt unsere Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch falsche nationale Weichenstellungen bei der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, der Organisation des Arbeitsmarktes selbst und der Art und Weise, wie wir Unternehmen in Deutschland besteuern.

Hinzu kommen weitere Grenzen wie zum Beispiel die bewusst verfolgte Einbindung unseres Landes in supranationale Organisationen – vor allem in die EU – und die damit verbundene Verlagerung ursprünglich nationaler Souveränitätsrechte auf eine höhere Ebene.

Sozialstaat alter Prägung existiert nicht mehr

Last but not least: Der Sozialstaat alter Prägung verliert seine Finanzierungsgrundlagen. Wir haben schon lange kein ausreichendes Wirtschaftswachstum mehr, um daraus wie in der Vergangenheit wachsende Ansprüche zu finanzieren. Wir geben heute von jedem Steuereuro 70 Cent für Sozialausgaben aus. Die Wachstumsenerträge, die wir heute und morgen erwirtschaften können, müssen wir vor allem für Zukunftsinvestitionen einsetzen und nicht für die Vergangenheit. Und wir können sie nicht mehr für zusätzliche soziale Leistungen ausgeben, wenn wir denn die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder nicht beschädigen wollen.

Trotz dieser objektiven Bedingungen, die durch die Folgen des demografischen Wandels und die Erosion sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse dramatisch verschärft werden, gibt es abenteuerliche Vorstellungen über die Möglichkeiten staatlichen Handelns. Und geradezu paradox ist die in Mode gekommene Haltung, den Staat, der hohe und oft auch überzogene Ansprüche erfüllt, als Moloch zu verteufeln, wenn er die dafür erforderlichen Mittel beschaffen will.

Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, indem wir einen neuen Gesellschaftsvertrag über die künftigen Aufgaben des Staates erzielen, geraten wir in eine immer schwerer zu beherrschende Legitimationskrise.

Warum das nicht so weiter gehen kann, hat Klaus von Dohnanyi kürzlich so formuliert: „In dem neuen, offenen Haus der Völker und der emanzipierten Individuen ist die alte nationale Sozialheizung nahezu wirkungslos geworden; man pulvert Energie in den Ofen, aber die Fenster sind eben offen und es wird nie mehr so richtig warm.“

Wir haben viel zu lange so getan, als könnte man das Rollo an unseren Grenzen einfach herunterlassen und eben nicht nach Finnland, Skandinavien oder in die Niederlande geschaut. Wir haben uns sozusagen blickdicht abgeschottet. Und

sind dabei fast blind geworden für Veränderungen, die wir jetzt mühsam in den Griff bekommen müssen. Diesem Veränderungsdruck kann natürlich auch der Staat nicht ausweichen.

Aber das kann nach meiner festen Überzeugung nicht heißen, dass wir das Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft in Frage stellen. Und ich bin überhaupt nicht bange, dass wir im Wettbewerb der unterschiedlichen Ordnungssysteme erfolgreich abschneiden werden. Die soziale Marktwirtschaft hat uns sozialen Frieden, beachtliche wirtschaftliche Stärke und erheblichen Wohlstand gebracht. Sie verbindet wirtschaftliche Dynamik mit sozialer Stabilität.

Ich sehe keinen Grund daran zu zweifeln, dass unser gewachsenes Ordnungssystem auch unter den Bedingungen globalen Wirtschaftens wettbewerbsfähig ist. Um es direkt zu sagen: Die soziale Marktwirtschaft ist durchaus globalisierungstauglich. Uns geht es um Nejustierungen und Verbesserungen, nicht um radikale Veränderungen oder um die Aufgabe des Bewährten.

Wir machen es so, wie wir es am besten können und wie es am besten zu uns passt. Das sagen wir auch jenen, die uns vorwerfen, wir wären zu dumm, um zu kapieren, was Globalisierung bedeutet, und zu ängstlich, uns darauf einzustellen.

Ein beliebtes Beispiel sind natürlich die Steuern. Nach dem Motto: Statt den Staat, wie es notwendig wäre, immer weiter zu beschneiden, Sozialleistungen zu kürzen, Preise für die Nutzung von Infrastruktur zu erheben, drückt ihr euch und erhöht einfach die Steuern. Damit treibt ihr die Wirtschaft aus dem Land und verschärft nur die Probleme am Arbeitsmarkt, statt sie zu lösen.

Auch Ordnungsmodelle stehen im Wettbewerb

Wer so argumentiert, hat bewusst oder unbewusst längst akzeptiert, dass es heutzutage nur ein erfolgreiches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell geben könne: Nämlich das angelsächsische.

Dagegen spricht jedoch jede Erfahrung. Weder ist es in der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung der Menschheit bisher zu einem „Ende der Geschichte“ gekommen, noch lehrt die moderne Evolutions- und auch die Innovationstheorie, dass es immer nur einen erfolgreichen Weg zum Erfolg gebe. Das Gegenteil ist der Fall: Am vielversprechendsten für den Wohlstand der Nationen sind miteinander im Wettbewerb stehende Ordnungsmodelle, die weiterentwickelt werden, die voneinander lernen, ohne sich dabei unterschiedslos anzugleichen.

Es gibt nicht nur einen erfolgreichen Weg! Nur ein Beispiel: Würde die liberäre Logik stimmen, müsste es bei der deutlich höheren Steuerbelastung für Un-

ternehmen und hoher persönlicher Besteuerung von Spitzenverdienern etwa in den skandinavischen Ländern kein einziges Unternehmen mehr geben. Alle ausgewandert in Niedrigsteuerländer. Kein Arbeitsplatz mehr im Inland. Eine absurde Vorstellung angesichts der Erfolgsgeschichte des skandinavischen Modells in den letzten Jahren.

Die praktische Lebenserfahrung lehrt uns darüber hinaus noch etwas ganz anderes: Ungefähr alle zehn Jahre ändert sich das international bewunderte Ordnungsmodell. In den siebziger und achtziger Jahren waren es noch Japan und das Modell Deutschland, in den neunziger Jahren dann die Vereinigten Staaten und gegenwärtig ist es die wirtschaftliche Dynamik in China, die die Beobachter zum Schwärmen bringt. Warum soll es im nächsten Jahrzehnt nicht tatsächlich Europa sein, wie es Martin Hüfner in seinem neuen Buch über Europa für möglich hält? Ich würde das nicht ausschließen.

Also: Wir sind überzeugt von unserem Weg, aber wir schauen auch nach rechts und links. Globales Wirtschaften bedeutet nicht Unterschiedslosigkeit, sondern Wettbewerb verschiedener Ordnungssysteme.

V. Die falschen Alternativen

Wenn wir eine Antwort auf die Frage suchen, welchen Staat wir wollen, ja wollen müssen, ist es hilfreich, sich die Alternativen anzuschauen, die der Grundidee liberaler Demokratie verpflichtet sind. Im Prinzip lassen sich zwei Grundmodelle identifizieren, auf die in der Debatte über die Rolle des Staates auch zumeist Bezug genommen wird:

- die libertäre Demokratie der USA,
- die soziale Demokratie kontinental-europäischer Prägung.

Beide Modelle beziehen sich auf vergleichbare Grundprinzipien, denen politische Herrschaft zu unterliegen hat: universell gültige Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, verfassungsmäßige Bindung politischer Macht, im Mehrheitsprinzip organisierte Volkssouveränität.

Die Unterschiede zwischen libertärer und sozialer Demokratie lassen sich an der Frage festmachen, in welchem Maß der Staat die Wirkung dieser Grundprinzipien garantieren soll. Die libertäre Demokratieauffassung garantiert lediglich die formale Geltung demokratischer Prinzipien bei einem Minimum an Staat. Die soziale Demokratie will auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen dergestalt beeinflussen, dass die Bürger ihre verbrieften Rechte auch tatsächlich wahrnehmen können.

In der libertären Demokratie geht es vor allem um die Freiheit *von* staatlichen Eingriffen, insbesondere bei Eigentum und Einkommen, also um die weitgehende Freiheit von Abgaben und anderen staatlichen Zwängen.

Die soziale Demokratie dagegen meint die Freiheit *zu* einem selbst bestimmten Leben, zur Teilhabe und Teilnahme in materieller, kultureller und demokratischer Hinsicht, die nur durch staatliches Handeln, durch eine aktive Gesellschaftspolitik ermöglicht werden kann. Es geht darum, Menschen Lebenschancen zu geben, die sie sich aus eigener Kraft nicht erarbeiten könnten.

Dogmen behindern das Handeln

Mein Eindruck ist, dass diese Freiheitsdiskussion in einer ideologischen Konfrontation zerrieben wird, in der alles Libertäre gleich als Verrat an der Menschenwürde und alles Wohlfahrtsstaatliche als Freiheitsberaubung angeprangert wird. So kommen wir nicht weiter. Solche Dogmen behindern die theoretische Verständigung und sie verhindern das praktische Handeln.

Aber eins muss uns allen klar sein: Wer den sozial handelnden Staat mit der Unfreiheit seiner Bürger gleichsetzt, der vertritt eine libertäre und keine soziale Freiheitsidee. Wer pauschal und maßlos gegen Steuern und Abgaben polemisiert, der attackiert in Wahrheit die soziale Demokratie und damit auch die Sozialstaatlichkeit, wie ich sie auch mit Blick auf die Zukunft für richtig und unverzichtbar halte.

Die historischen Erfahrungen mit den desintegrativen Wirkungen eines libertären Demokratieverständnisses haben nicht nur zur Herausbildung des Wohlfahrtsstaates europäischer Prägung geführt, sondern auch zur Verankerung entsprechender Ansprüche in vielen europäischen Verfassungen. In unserem Grundgesetz ist deshalb in Artikel 20 das so genannte Sozialstaatsgebot festgeschrieben.

Diese historisch-kulturell gewachsenen Unterschiede der Demokratieverständnisse führen logischerweise zu deutlich unterschiedlichen Vorstellungen über die Rolle des Staates. So ist das Maß an fraglos akzeptierter Ungleichheit in den USA weitaus höher ausgeprägt als in Europa und namentlich bei uns in Deutschland. Selbst von sozial Benachteiligten werden in den USA nur in sehr beschränktem Maße Ansprüche auf materielle Unterstützung artikuliert. Generell herrscht eine skeptische Haltung gegenüber dem Staat vor. In den Medien werden nicht selten „staatsfeindliche“ Sichtweisen propagiert. Im Zuge der Idealisierung des Marktes, wie sie in Europa seit den neunziger Jahren zu beobachten ist, haben solche Sichtweisen auch bei uns Konjunktur. Nur reflektieren diese „Staatskritiker“ kaum, dass sich die Ansprüche der Bürger an den Wohlfahrtsstaat bei uns – ganz anders

als in den USA – nach wie vor auf hohem Niveau bewegen. Das Ergebnis der letzten Bundestagswahl spiegelt dies wider, was vielleicht auch die marktwirtschaftlichen Puristen zur Kenntnis nehmen sollten.

Bei uns in Deutschland können wir beobachten, wie sich die Debatte über die Rolle des Staates immer mehr verhärtet. Auf der einen Seite stehen die Verfechter des Marktliberalismus, die den Staat um jeden Preis zurückdrängen wollen, indem sie seine Steuerungsfunktion offen in Frage stellen. Auf der anderen Seite stehen die Vertreter eines paternalistischen Wohlfahrtsstaates alter Prägung, die jene Realitäten verdrängen, denen staatliches Handeln im 21. Jahrhundert unterworfen ist.

Eine häufig mit populistischen Argumenten geführte „Schein-Debatte“ führt unmittelbar in die Sackgasse: Die Bürger werden einerseits geradezu ermuntert, realitätsferne Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat aufrecht zu erhalten, und andererseits liefern ihnen die marktliberalen Staatskritiker die Stichworte, die staatliches Handeln diskreditieren. Eine solche Debatten-Unkultur lässt die Frage eines gerechten Austausches, die Frage nach einem angemessenen Verhältnis von Bürgerrechten und Bürgerpflichten in den Hintergrund treten.

Neue Übereinkunft zwischen Staat und Bürgern

Die grundlegende Problematik besteht darin, dass auf der einen Seite die Rechte der Bürger gegenüber dem Staat institutionell gesichert sind. Auf der anderen Seite kann die Zustimmung der Bürger zu solidarischen Leistungen nicht durchgängig eingeklagt werden. Selbst dort, wo das möglich ist – also etwa bei der Erhebung von Steuern und Sozialabgaben – sind die Legitimitätsgrundlagen eines Gemeinwesens empfindlich gestört, wenn die Bürger das Eingehen von Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft primär als Zwang erleben und nach Wegen suchen, diesen Zwang zu umgehen.

Staatliches Handeln ist hinsichtlich seiner Legitimität deshalb zwingend auf die grundlegende Übereinkunft mit seinen Bürgern angewiesen. Die Qualität und Bestandskraft dieser Übereinkunft scheint mir maßgeblich davon abhängig zu sein, dass diejenigen, die Solidarität gewähren, nicht auf Umwegen ihren Beitrag zurück haben wollen, und dass diejenigen, die Solidarität empfangen, alles ihnen Mögliche tun, um die Solidargemeinschaft zu entlasten. Die ehrliche Bestandsaufnahme lautet, dass dieser Konsens mindestens erschüttert, wenn nicht in Teilen ausgehebelt ist. Und zwar auch durch das Zutun des Staates.

Wir brauchen deshalb eine Debatte, um einen solchen Konsens, der von der großen Mehrheit der Bürger getragen wird, wieder herzustellen. Für Sozialdemo-

kraten ist klar, mit welchen Werten und Zielen wir eine solche Debatte bestreiten. Unser Gesellschaftsbild ist seit jeher von der Vorstellung einer sozialen Demokratie geprägt. An welchen Grundsätzen sich die soziale Demokratie angesichts der Wirklichkeit im 21. Jahrhundert orientieren muss, will ich im Folgenden skizzieren.

VI. Erneuerte soziale Demokratie

Wer der marktgesteuerten Demokratie angelsächsischer Prägung ein europäisches Modell der sozialen Demokratie gegenüber stellen will, der muss bereit sein, diese soziale Demokratie zu erneuern. Wer von ihr allerdings eine starre Vorstellung hat, wer jede Veränderung als Sozialabbau verdächtigt, wer jeden neuen Gedanken dem Bannstrahl des Neoliberalen unterwirft, der wird zum leichten Opfer ihrer Kontrahenten werden.

Wenn wir uns darin einig sind, dass, wie Wolf Biermann sagen würde, nur der sich treu bleiben kann, der sich ändert, dann können wir konkret und konstruktiv über die Zukunft der sozialen Demokratie reden.

Vor allem müssen wir aufhören, die politischen Instrumente zu ideologisieren. Nicht jeder Einschnitt ist gleich ein Verrat an der Gerechtigkeit, nicht jeder, der das Wort Selbstverantwortung in den Mund nimmt, ist ein Neoliberaler. Und wenn mir ein Hinweis in eigener Sache erlaubt ist: Nicht jeder Minister, der eine Unternehmenssteuerreform plant, ist gleich ein Scherge des Großkapitals. Wir müssen aufhören mit solchen Totschlagargumenten, damit bringen wir unsere Sache kein Stück voran, sondern liefern nur Munition.

Was stelle ich mir unter einer erneuerten sozialen Demokratie vor? Sie muss fest in ihren Grundsätzen und beweglich in deren Umsetzung sein. Ich will drei Grundsätze einer erneuerten sozialen Demokratie nennen.

- *Wir brauchen die Konzentration auf Kern- und Zukunftsaufgaben.* Konzentration auf Kernaufgaben bedeutet im Bereich des Sozialen, dass wir nicht mehr jeden Anspruch erfüllen können, weil nur so der Staat den Menschen, die tatsächlich hilfsbedürftig oder in Not sind, auch in Zukunft noch zuverlässig zur Seite stehen kann. So gerne wir es tun würden: Wir können keinen bestimmten sozialen oder materiellen Status gewährleisten, aber wir können und werden sehr wohl jedem Menschen eine Grundsicherung garantieren. Das ist nach meinem Verständnis der Kern des Sozialstaats. Er bleibt sozial, wenn wir ihn vom reinen Versorgen zum Vorsorgen entwickeln und wenn wir beim Arbeitsmarkt die Formel vom Fordern und Fördern in die Praxis umsetzen. Dieses Prinzip bleibt

absolut richtig, auch wenn wir besonders das Fördern, aber auch das Fordern noch verbessern müssen. Konzentration auf Zukunftsaufgaben bedeutet, dass wir neu gewonnene finanzielle Mittel, die wir durch maßvolle Verringerung der Transfers und aus einem möglichen Wirtschaftswachstum gewinnen, in die Zukunftsfähigkeit der Menschen und damit in die Zukunft unseres Landes investieren. Dabei stehen Bildung und Integration ganz oben, dabei geht es um Forschung und Technologie, um Infrastruktur und Mittelstandsförderung, um Ausbildung und Qualifikation und nicht zuletzt um eine wirksame Familienpolitik.

- *Wir müssen staatliche Ausgaben strikt an ihre Wirkung binden.* Politik ist Problemlösen, und Problemlösen kostet nicht immer, aber meistens Geld. Das wird auch in Zukunft so sein. Aber wir haben in der Vergangenheit – und ich will mich da selbst nicht ausnehmen – ein Problem als praktisch gelöst betrachtet, wenn ihm eine bestimmte Summe Geldes zugewiesen war. Und wir haben dabei viel zu häufig nach dem Brachialprinzip „viel hilft viel“ gehandelt. Dies ist schon an sich ein sehr fragwürdiges Prinzip. Aber in Zeiten knapper Finanzmittel müssen wir dazu kommen, die Wirkung von Maßnahmen nicht am finanziellen Input, sondern konsequent am tatsächlichen Ergebnis zu messen. Unsere Fragen müssen sein: Ist das Problem mit Geld wirklich zu lösen? Und wenn grundsätzlich ja, wird es wirklich gelöst oder nur verdeckt und verschoben? Wird Aktivierung oder Passivität und Abhängigkeit erreicht? Ich bin sicher, was aktivierend wirkt, kann erhalten und sogar noch ausgebaut werden, wenn wir alles unterlassen, was passiv und antriebslos macht. Das ist ein Zukunftsversprechen, für das es Sozialdemokraten lohnt zu kämpfen!
- *Wir brauchen eine produktive Aufgabenteilung zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft.* Für mich sind diese drei Handlungsebenen nicht beliebig austauschbar. Der alte Vater Staat sollte zwar seinen wohlverdienten Ruhestand antreten, aber natürlich kommt dem Staat auch weiterhin eine herausragende Funktion zu. Nur sollten wir immer wieder fragen, welche Aufgabenstellungen wer am besten lösen kann. Der Markt darf und kann nicht alles regeln, aber wenn zum Beispiel die Kommunikationskosten durch Privatisierung drastisch sinken, dann ist das ausgesprochen positiv. Man darf es sich auch nicht zu einfach machen und alles, was dem Staat zu teuer wird, einfach der Zivilgesellschaft vor die Füße kippen. Aber was spricht dagegen, die Zivilgesellschaft so zu stärken und zu ermutigen, dass sie mehr als bislang Aufgaben des Gemeinwohls und der nachbarschaftlichen Fürsorge wahrnehmen kann, dass sie mehr Bürgersinn und auch mehr Zivilcourage entwickelt? Eine solche produktive Aufgabenteilung zwi-

schen Staat, Markt und Gesellschaft braucht die Bereitschaft aller zur Kooperation, aber sie braucht auch ein klares Ordnungsmodell. Ich selbst bin ein Verfechter des Subsidiaritätsprinzips.

VII. Wir geben die Gerechtigkeit nicht preis

Nicht für alle, die sich im Moment so unsäglich über die Politik und unseren Staat äußern, aber für Sozialdemokraten muss sich jeder politische Zukunftsentwurf an der Frage der Gerechtigkeit messen lassen. Es schmälert den hohen Wert der Gerechtigkeit in keiner Weise, wenn wir sie als etwas betrachten, das mit aller Kraft angestrebt, aber nie absolut erreicht werden kann. Alle haben ein Gerechtigkeitsgefühl, über das man schlecht diskutieren kann, denn es gibt keine absolut verbindliche Vorstellung von Gerechtigkeit. Für manche ist sie mehr mit Freiheit, für andere mehr mit Gleichheit verbunden.

Wir können sehr wohl klare Aussagen treffen. Die erste lautet: Es ist nicht möglich, über Politik eine Ergebnisgleichheit herzustellen, selbst wenn man dies wollte. Aber es ist möglich, stärker als bisher eine Gleichheit der Lebenschancen zu verwirklichen, ohne dabei materielle Verteilungsgerechtigkeit aus den Augen zu verlieren. Daran arbeiten wir.

Die zweite klare Aussage lautet: Wir müssen unter veränderten Bedingungen auch neue Fragen nach Gerechtigkeit zulassen und beantworten. Ist es gerecht, wenn jemand mit seiner Arbeit weniger Einkommen erzielt als andere, die staatliche Transferleistungen bekommen und in manchen Fällen ihr Arbeitslosengeld II mit gelegentlicher Schwarzarbeit aufbessern? Ist es aus Sicht der jungen Generation gerecht, wenn sie das, was wir uns heute nehmen, später als Steuern und Abgaben auf die Schulter gepackt bekommen?

Es ist ungerecht, wenn die, die hart arbeiten und sich an die Regeln halten, schlechter dastehen als die, die beides nicht tun. Und es ist gefährlich für unsere Demokratie, wenn die so genannte Mittelschicht, die unseren Sozialstaat und damit die Stabilität unseres Gemeinwesens wesentlich ermöglicht – und auch mitfinanziert –, wenn diese Mitte unserer Gesellschaft das Vertrauen in die Sinnhaftigkeit und den Nutzen des Solidarprinzips verliert.

Für mich zeigt sich die Gerechtigkeit eines Gemeinwesens weniger an seinen Ergebnissen, die nie ideal sein werden, sondern an seinen Prioritäten. Die wichtigsten sind:

- gleiche und gute Bildungschancen,
- Teilhabe am Arbeitsmarkt,

[zur zukunft der sozialen demokratie]

- Armutsbekämpfung,
- Hilfe bei individueller Not und Bedürftigkeit,
- Verteilung der Lasten nach Einkommen.

VIII. Begeistern für die soziale Demokratie

Mit diesen Prinzipien und Prämissen einer erneuerten Demokratie können wir uns der Gerechtigkeitsfrage stellen. Ich bin überzeugt, dass wir damit die beste Vorstellung von der Zukunft unseres sozialen Gemeinwesens in einer veränderten Welt haben.

Eine erneuerte soziale Demokratie hat Zukunft. Sie ist anspruchsvoller und auch etwas komplizierter als die Bierdeckelideologie der einen und das uneinlösbare Vollkasko-Versprechen der anderen Seite. Aber wir dürfen die Sache nicht einfacher machen als sie ist. Wir müssen uns der Realität stellen, aber wir müssen nicht vor ihr kapitulieren. Wir müssen die Ambivalenzen und Spannungsbögen, die nun mal in der Welt sind, aushalten und mit ihnen umgehen.

Ich möchte, dass wir Sozialdemokraten unsere soziale Idee geschlossener und selbstbewusster als bislang vertreten und in die neue Zeit tragen. Ich bin sicher, dann werden auch die großen Unterschiede zu den Anderen deutlich. Wenn wir fest in den Grundsätzen, stark im Streiten und mutig im Handeln sind, dann muss uns um die Zukunft der Sozialdemokratie nicht bange sein. ■

PEER STEINBRÜCK

ist Bundesfinanzminister und stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD.

Technologie, Talente, Toleranz

EUROPA IM KREATIVEN ZEITALTER

VON **RICHARD FLORIDA** UND **IRENE TINAGLI**¹

Kreativität ist die treibende Kraft des wirtschaftlichen Wachstums. Vor ungefähr einem Jahrhundert verwandelten sich die Ökonomien der Vereinigten Staaten und Europas von landwirtschaftlich zu industriell geprägten Systemen. Menschen aus ländlichen Regionen siedelten sich in massivem Umfang in den wachsenden städtischen Zentren an. Dies löste eine ganze Serie umfassender demografischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Umbrüche aus. Heute durchlaufen die Vereinigten Staaten und Europa erneut eine Periode der durchgreifenden ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation – diesmal von der industriellen zur kreativen Wirtschaft.

Die Kreative Wirtschaft ist im Laufe des vergangenen Jahrhunderts beträchtlich gewachsen, wobei sich der größte Wachstumsschub erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten zugetragen hat. Vor 100 Jahren, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, arbeiteten weniger als 10 Prozent der Erwerbstätigen im kreativen Sektor der Wirtschaft. Noch 1950 waren es weniger als 15 Prozent. Doch im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich Kreativität zum Motor unserer Wirtschaft entwickelt, der kreative Sektor ist geradezu explodiert. Heute arbeiten in den entwickelten Industrienationen zwischen 25 und über 30 Prozent der Erwerbstätigen im kreativen Sektor der Wirtschaft. Sie sind beschäftigt in der Wissenschaft oder in Ingenieurberufen, in Forschung und Entwicklung, in technologiegestützten Industrien, in Kunst, Musik oder Kultur, in den Ästhetik- und Designbranchen oder in den wissensbasierten Feldern der Gesundheitswirtschaft, des Finanzwesens und des Rechts. In den Vereinigten Staaten wird heute bereits die Hälfte aller Erwerbseinkommen im kreativen Wirtschaftssektor verdient – so viel wie in Industrie und Dienstleistungen zusammen.

Das Zeitalter, in dem wir leben, ist tatsächlich eine Ära der großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation. Der gegenwärtige Umbruch ist ge-

¹ Es handelt sich hierbei um die bearbeitete Übersetzung einer 2004 beim britischen *Think Tank* Demos – unterstützt durch Carnegie Mellon Industry Center und Alfred P. Sloan Foundation – erschienenen Studie. Es fehlen einige Tabellen und Schaubilder sowie methodischer Appendix und Literaturverzeichnis, ebenfalls weitere Quellenangaben etc. Vergleiche dazu das Original in englischer Sprache unter www.creativeclass.org/acrobat/Europe_in_the_Creative_Age_2004.pdf

nauso groß wie – oder vielleicht größer als – der von Karl Marx beschriebene Umbruch von der Agrarwirtschaft zur Industriegesellschaft. Die damalige Verschiebung ersetzte eine Art von physischem Einsatz (Land und menschliche Arbeitskraft) durch eine andere (Rohstoffe und Maschinenkraft). Dagegen basiert die gegenwärtige Transformation in fundamentaler Weise auf menschlicher Intelligenz, auf Wissen und Kreativität. Das ist eine enorme Veränderung. Es sollte uns daher nicht wundern, dass daraus unzählige Veränderungen in unseren Gesellschaften, in unserer Kultur, an unseren Arbeitsplätzen, in unseren Gemeinschaften und unserem täglichen Leben folgen. Diese Veränderungen haben sich über Jahrzehnte angebahnt, und sie werden unsere Gesellschaften in den bevorstehenden Jahrzehnten prägen.

Kreativität ist ein Grundelement der menschlichen Existenz. Jeder einzelne Mensch ist kreativ und besitzt kreatives Potential. Kreative Genies spielen eine ganz eigene Rolle, aber davon abgesehen ist Kreativität vor allem ein breit angelegter sozialer Prozess, der Zusammenarbeit erfordert. Sie wird stimuliert durch menschlichen Austausch und durch Netzwerke; sie findet statt in tatsächlichen Gemeinschaften und an realen Orten. Wir können nicht mehr prosperieren und wachsen, indem wir bloß die kreativen Talente einer Minderheit anzapfen. Wenn wir wirklich Wohlstand erzielen wollen, dann muss jeder einzelne Mensch ganz ins System integriert werden – und zwar dadurch, dass er durch kreative Arbeit zu größerer Wertschöpfung beiträgt. Dies zu tun, wird die Einkommen der Menschen erhöhen und unsere Volkswirtschaften stärken. Zugleich wird es unsere regionalen Ökonomien – und unser Leben – in ein besseres Gleichgewicht bringen.

Der globale Wettbewerb und die kreative Ökonomie sind heute weit offene Felder. Viele glauben, die Vereinigten Staaten lägen uneinholbar weit vorn. Doch die Position Amerikas ist prekärer als oftmals angenommen wird. Die Vereinigten Staaten besitzen sicherlich viele Wettbewerbsvorteile. Im Laufe des vergangenen Jahrhunderts haben sie die stärkste und dynamischste Ökonomie der Welt aufgebaut. Dies gelang durch die Entwicklung ganz neuer industrieller Sektoren, durch die Beibehaltung einer freien und offenen Gesellschaft, durch Investitionen in wissenschaftliche und kulturelle Kreativität und vor allem dadurch, dass die Vereinigten Staaten tatkräftige und intelligente Menschen von überall her anzogen.

Aber Ökonomien sind immer im Übergang. Menschen wandern weiter, Spitzenpositionen gehen so schnell verloren, wie sie errungen wurden. Deshalb ist Kreativität eine Fähigkeit, die immer wieder kultiviert und erneuert werden muss. Bereits im Jahr 1999 – also vor dem Börsenkrach und auf dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms, als es so schien, als regierte amerikanische Spitzentechnik die

Welt – veröffentlichte der amerikanische Rat für Wettbewerbsfähigkeit einen Bericht, der warnte, dass die USA ihre „Innovations-Infrastruktur“ vernachlässigten, „während andere Nationen ihre Anstrengungen verstärken“. Seither hat sich die Kreativitätslücke noch weiter geschlossen.

Schlüsselemente des globalen Wettbewerbs sind nicht mehr der Handel mit Gütern und Dienstleistungen oder Kapitalströme. Im Mittelpunkt steht vielmehr der Wettbewerb um Menschen. Dieser Untersuchung liegt die Prämisse zugrunde, dass die wirtschaftlich stärksten Länder der Zukunft nicht neu auftauchende Riesen wie Indien oder China sein werden, die durch kostengünstige industrielle Fertigung oder die Produktion einfacher Dienstleistungen an die globale Spitze treten. Ganz vorne stehen werden vielmehr diejenigen Staaten und – innerhalb dieser Staaten – diejenigen Regionen, denen es am besten gelingt, die kreativen Fähigkeiten ihrer Menschen zu mobilisieren und kreative Talente von überall her auf der Welt anzuziehen.

Diese Untersuchung basiert auf der Theorie wirtschaftlichen Wachstums, die in dem Buch *The Rise of the Creative Class* entwickelt worden ist.² Diese Theorie besagt, dass Wirtschaftswachstum und wirtschaftliche Entwicklung auf „3 T's“ gründet: Technologie, Talente und Toleranz. Traditionelle Modelle behaupten, dass wirtschaftlichem Wachstum Unternehmen oder Arbeitskraft oder Technologien zugrunde liegen. Diese Untersuchung argumentiert, dass solche Modelle zwar gute Ausgangspunkte darstellen, aber unvollständig bleiben. Technologie ist wichtig. Sie ist ein zentraler Bestandteil der „3T's“. Aber andere Faktoren kommen ergänzend ins Spiel.

Talente sind das zweite T. Theoretiker des Humanvermögens argumentieren seit langem, dass (aus)gebildete Menschen die wichtigsten Triebkräfte wirtschaftlicher Entwicklung sind. Im Anschluss an *The Rise of the Creative Class* verwenden wir die Messgröße der Beschäftigung in kreativen Berufen sowie den Maßstab des Humanvermögens, wie es sich anhand von Bildungsabschlüssen feststellen lässt.

Toleranz ist das dritte T. Toleranz beeinflusst auf einschneidende Weise die Fähigkeit von Nationen oder Regionen, ihre eigenen kreativen Kapazitäten zu nutzen und im Wettbewerb um kreative Talente erfolgreich zu sein. Es ist offensichtlich: Je toleranter und offener eine Nation oder Region ist, desto mehr Talente kann sie mobilisieren oder anziehen. Dies ist heute eine entscheidende Dimension wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit – jedoch eine, die in den gängigen ökonomischen Modellen leider so gut wie überhaupt nicht auftaucht. Während der längsten Zeit der Menschheitsgeschichte entstand Wohlstand aus den physi-

² Richard Florida, *The Rise of the Creative Class ... and how it's transforming work, leisure, community & everyday life*, New York 2004 (zuerst 2002).

schen Ressourcen, über die ein Ort auf natürliche Weise verfügte – beispielsweise aus dem fruchtbaren Boden, aus Bodenschätzen oder Rohstoffen.

Heute ist das anders. Sowohl Technologie als auch die talentierten und kreativen Menschen, die sie hervorbringen, sind hochmobile wirtschaftliche Ressourcen. Die Schlüsselgröße für ökonomische Wettbewerbsfähigkeit bilden nicht mehr möglichst große Bestände an Rohstoffen oder sonstigen natürlichen Ressourcen, nicht einmal mehr Lohnkostenvorteile sind entscheidend. Vielmehr kommt es auf die Fähigkeit an, kreative Fähigkeiten anzuziehen, hervorzubringen und zu mobilisieren. Diese Untersuchung konzentriert sich auf die zugrunde liegenden Bedingungen, die zusammen die „ökosystemischen Charakteristika“ der kreativen Ökonomie ausmachen. Wo diese Bedingungen vorliegen, da gelingt es, mehr Ressourcen anzuziehen und zu mobilisieren als anderswo. Toleranz, die Offenheit gegenüber Menschen und Ideen – also niedrige Eintrittsschwellen für neue Leute – ist hierbei ein ganz entscheidendes Element.

I. Die kreative Klasse in Europa

Manche glauben, die Kreative Klasse sei eine in besonderem Maße amerikanische Entwicklung. Andere fortgeschrittene Ökonomien hätten nun einmal weitaus größere Anteile von Industriearbeiterschaft und Dienstleistungsberufen auf niedrigem Niveau als die USA. Wir verwenden Daten der *International Labour Organization* (ILO), um den Anteil der Kreativen Klasse für 13 Staaten der EU messen zu können. Der europäische Kreative-Klasse-Index basiert auf den ILO-Klassifizierungen, die Wissenschaftler, Ingenieure, Künstler, Musiker, Architekten, Manager, Akademiker und andere umfassen, zu deren Berufen kreative oder konzeptionelle Aufgaben gehören. Diese Gruppen setzen wir ins Verhältnis zur Gesamtzahl aller Beschäftigten. Wie groß ist also die Kreative Klasse in den europäischen Nationen? Die Antwort, knapp gefasst, lautet: Sie ist *sehr groß*:

- Zwar ist es richtig, dass der Anteil der Kreativen Klasse an den Gesamtbeschäftigten in den Vereinigten Staaten mit etwa 30 Prozent am höchsten ist. Doch die Kreative Klasse ist vergleichbar hoch in Belgien (30,0 Prozent), in den Niederlanden (29,5 Prozent) und in Finnland (28,6 Prozent). Der Kreativen Klasse der Erwerbstätigen gehören in allen diesen Ländern (sowie in Großbritannien, Irland und Dänemark) heute bereits mehr Menschen an als der klassischen Arbeiterschaft.
- Aber nicht allen Ländern scheint der Umbruch hin zu einer kreativen Ökonomie und einer durch sie geprägten Erwerbsstruktur gelungen zu sein. In Italien

und Portugal beispielsweise sind weniger als 15 Prozent der Bevölkerung in Berufen der Kreativen Klasse beschäftigt.

- Irland hat mit weitem Abstand das größte Wachstum an kreativer Beschäftigung erlebt; im Durchschnitt sind hier seit 1995 pro Jahr 7,6 Prozent kreative Arbeitsplätze hinzugekommen. In den Niederlanden, in Schweden und Dänemark hat die kreative Beschäftigung um etwa 2 Prozent im Jahr zugenommen. Geschrumpft ist der kreative Sektor nur in Portugal.

II. Der europäische Talent-Index

Wir haben den Kreative-Klasse-Index mit zwei anderen Talentmaßstäben kombiniert, um einen übergeordneten europäischen Talent-Index zu schaffen. Zusätzlich zum Kreative-Klasse-Index enthält der europäische Talent-Index zwei Unterkategorien: den Humanvermögen-Index, der auf dem Anteil der 25- bis 64-Jährigen basiert, die einen Hochschulabschluss besitzen; und den Index wissenschaftlicher Talente, der die Zahl der Forscher oder Ingenieure pro 1.000 Erwerbstätige misst.

Tabelle 1: Der europäische Talent-Index

		Gesamtpunktzahl *	Kreative Klasse **	Humanvermögen ***	Wissenschaftl. Talente ****
1	USA	15,00	15,00	15,00	11,41
2	Finnland	13,22	14,27	7,22	15,00
3	Niederlande	12,86	14,73	13,65	7,13
4	Belgien	10,95	14,95	6,65	8,63
5	Großbritannien	10,81	13,33	8,68	7,82
6	Schweden	10,72	10,56	7,11	11,92
7	Irland	9,48	12,97	5,98	7,23
8	Deutschland	9,25	9,06	7,89	8,57
9	Spanien	8,31	9,72	7,89	5,32
10	Dänemark	8,21	10,50	3,05	9,12
11	Frankreich	7,93	n.a.	5,92	8,67
12	Griechenland	7,61	11,01	6,37	3,63
13	Österreich	6,81	8,44	3,50	6,86
14	Italien	5,86	6,58	4,91	4,70
15	Portugal	5,37	6,55	3,67	4,62

* Gesamtbewertung des Talent-Indexes auf Skala von 0 bis 15

** Quelle: ILO, Laborsta, 2002

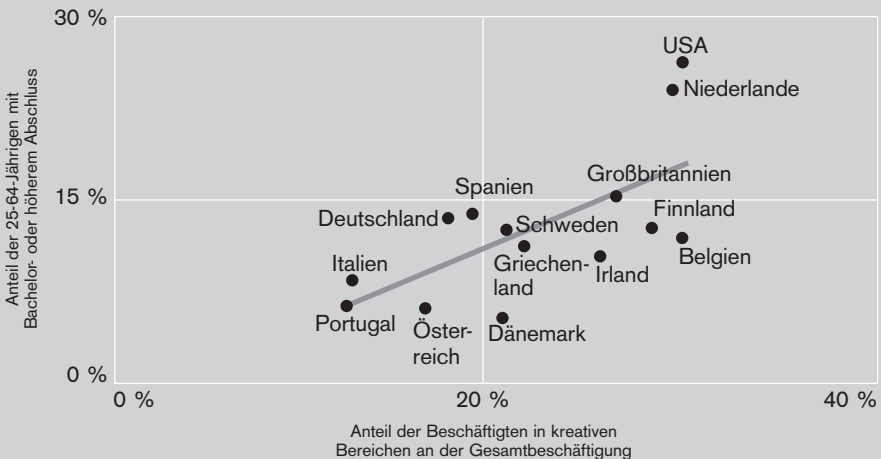
*** Quelle: OECD, Education at a Glance, 2001 (Daten beziehen sich auf 1998)

**** Quelle: Europäische Kommission, DG Forschung, Towards a European Research Area, Key Figures 2001. Special Edition Indicators for benchmarking of national research policies, 2001

Es überrascht dabei nicht, dass die verschiedenen Talent-Indexe in hohem Maße korrelieren. Länder mit einem hohen Anteil von kreativer Beschäftigung besitzen üblicherweise auch die höchsten Niveaus an Humankapital und wissenschaftlichen Talenten. Die Schlüsselergebnisse sehen folgendermaßen aus:

- Die besten Werte weisen Finnland und die Niederlande auf, die auf dem Talent-Index den Vereinigten Staaten eng auf den Fersen sind. Drei andere Länder – Belgien, Großbritannien und Schweden – liegen ebenfalls vorn.
- Drei Länder haben hohe Werte im Hinblick auf kreative Berufe und Humanvermögen – die Vereinigten Staaten, die Niederlande und Belgien, dicht gefolgt von Großbritannien. Diese Staaten sind in einer guten Verfassung, wenn es um die Mobilisierung und Kultivierung von kreativem Kapital geht.
- Fünf Länder haben gute Ergebnisse bezüglich kreativer Beschäftigung und wissenschaftlichem Talent. Finnland und Schweden sind hier am besten, gefolgt von den Vereinigten Staaten, Dänemark und Belgien.
- Vier Länder – Irland, Dänemark, Spanien und Deutschland – bilden auf dem übergeordneten europäischen Talent-Index das Mittelfeld.
- Fünf Länder bleiben zurück: Frankreich, Griechenland, Österreich, Italien und Portugal.
- Irland ragt heraus aufgrund seiner bemerkenswerten Fähigkeit, innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit kreative Arbeitsplätze hervorzubringen.

Schaubild 1: Talent und Kreative Klasse in Europa: Der Humanvermögen-Index und die Kreative Klasse



III. Der europäische Technologie-Index

Theoretiker wirtschaftlichen Wachstums von Karl Marx über Joseph Schumpeter bis hin zu Robert Solow und Paul Romer haben die Bedeutung der Technologie als Triebkraft des Wirtschaftswachstums hervorgehoben. Mittlerweile ist Technologie tatsächlich noch wichtiger geworden. Staaten mit starker Innovationsfähigkeit und starken Hightech-Industriesektoren besitzen einen erheblichen Vorteil, wenn es darum geht, neue Produkte, neuen Wohlstand und neue Arbeitsplätze und damit gleichzeitig Wachstum zu schaffen.

Der europäische Technologie-Index basiert auf drei verschiedenen Messgrößen: einem Index, der die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung als Anteil am Bruttosozialprodukt misst (F&E-Index); einem Innovations-Index, der auf der Zahl der Patentanmeldungen auf je eine Million Einwohner basiert; und einem Hochtechnologie-Innovationsindex, der auf der Zahl der Patente basiert, die in Feldern wie der Biotechnologie, der Informationstechnologie, der pharma-

Tabelle 2: Der europäische Technologie-Index

		Gesamtpunkt- zahl *	Innovation **	Hochtechn.- innovation ***	Forschung & Entwicklung **
1	USA	15,00	15,00	15,00	10,62
2	Schweden	10,92	9,33	5,25	15,00
3	Finnland	9,57	6,14	6,39	13,38
4	Deutschland	6,57	6,33	2,56	9,97
5	Dänemark	5,89	4,48	3,08	8,39
6	Niederlande	5,83	4,43	3,49	7,86
7	Belgien	5,35	4,19	2,28	8,03
8	Frankreich	5,34	3,29	2,37	8,80
9	Großbritannien	5,01	3,43	2,56	7,58
10	Österreich	4,39	3,67	1,00	7,22
11	Irland	3,09	2,05	0,68	5,64
12	Italien	2,40	1,52	0,75	4,22
13	Spanien	1,55	0,38	0,18	3,65
14	Portugal	1,19	0,05	0,02	3,16
15	Griechenland	0,83	0,10	0,09	2,07

* Gesamtbewertung des Technologie-Indexes auf Skala von 0 bis 15

** USPTO-Daten der Europäischen Kommission, GB Forschung, Towards a European Research Area, Key Figures 2001

*** USPTO-Daten der Europäischen Kommission, Arbeitspapier 2001

zeutischen Industrie und der Luftfahrtindustrie angemeldet werden. Diese Indexe kombinieren wir, um einen übergeordneten Technologie-Index zu bilden.

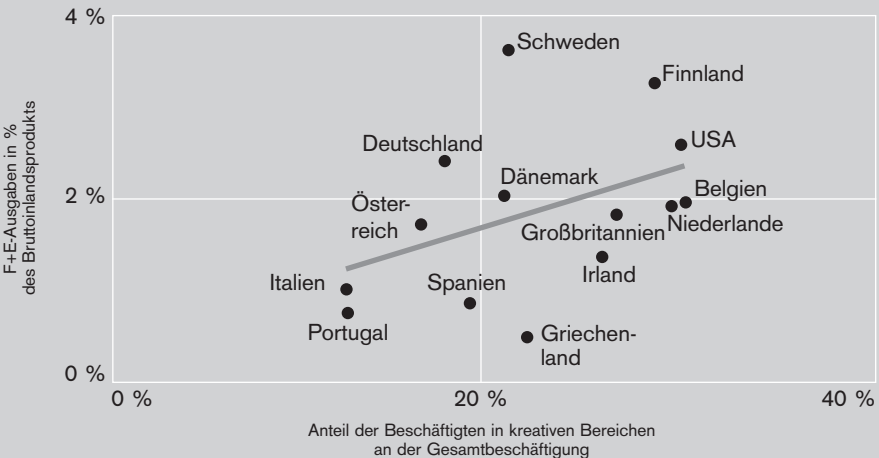
Tabelle 2 ordnet die Staaten Europas nach ihrem Rang auf dem europäischen Technologie-Index an. *Schaubild 2* zeigt die Beziehung zwischen dem Kreative-Klasse-Index und dem F&E-Index. Folgende Ergebnisse ragen heraus:

- Schweden und Finnland führen den europäischen Technologie-Index mit Ergebnissen an, die nur knapp hinter denen der Vereinigten Staaten liegen. Gleichzeitig überragen beide Länder die Vereinigten Staaten auf dem F&E-Index, indem sie 3,7 Prozent beziehungsweise 3,3 Prozent ihres Bruttonutzenprodukts für Forschung und Entwicklung ausgeben, die USA aber nur 2,6 Prozent.
- Sechs andere Länder erzielen auf dem europäischen Technologie-Index vergleichsweise gute Werte: Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Belgien, Frankreich und Großbritannien.

IV. Der europäische Toleranz-Index

Toleranz ist das dritte T. Es entscheidet über die Fähigkeit einer Region oder Nation, kreative Talente anzuziehen und zu mobilisieren. Die Studie *The Rise of the Creative Class* ergab, dass ein enger Zusammenhang besteht zwischen Offenheit für Homosexuelle, Bohemians und Einwanderer einerseits und der Fähigkeit von Re-

**Schaubild 2: Technologie und Kreative Klasse:
Der F+E-Index und die Kreative Klasse.**



gionen sich zu erneuern, Hochtechnologie-Industrien hervorzubringen und Wirtschaftswachstum auf der Basis hoher Wertschöpfung zu generieren. Eine Studie über die Regionen Kanadas ergab für den kanadischen Kontext, dass diese Wechselbeziehungen sogar noch ausgeprägter ausfallen. Annalee Saxenian von der University of California in Berkeley fand heraus, dass ungefähr ein Drittel aller in den neunziger Jahren in Silicon Valley entstandenen Hightech-Unternehmen von neuen Einwanderern gegründet wurden. Ronald Inglehart von der Universität von Michigan wiederum hat eine umfassende internationale Untersuchung der Werthaltungen vorgelegt, die mehr als zwei Dutzend Länder über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten abdeckt. Dieser *World Values Survey* ergab einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Toleranz einerseits und Wirtschaftswachstum sowie Demokratie andererseits. Inglehart fand heraus, dass die Offenheit für Homosexuelle, Einwanderer und Frauen stark mit wirtschaftlichem Wachstum korreliert.

Die hier vertretene These lautet *nicht*, dass Einwanderer, Schwule oder Bohemians das Wirtschaftswachstum buchstäblich „verursachen“. Sehr wohl aber ist ihre Anwesenheit in großer Zahl ein Anzeichen dafür, dass in den betreffenden Regionen eine grundlegend offene Kultur existiert, die der Kreativität förderlich ist. Orte, in denen sich Homosexuelle, Einwanderer und Bohemians wohl fühlen, pflegen üblicherweise eine Kultur der Toleranz und der geistigen Offenheit. Diese Messlatte sollte als maßgeblicher Indikator dafür betrachtet werden, ob ein „kreatives Ökosystem“ existiert oder nicht – ob also Verhältnisse vorherrschen, die offen sind für neue Leute und neue Ideen; ob Menschen an einem Ort leicht Netzwerke bilden und zusammenarbeiten können; ob gute Ideen nicht unterdrückt, sondern in Projekte, Unternehmen und Wachstum umgewandelt werden. Regionen und Nationen, in denen solche „kreativen Ökosysteme“ bestehen, tun sich am leichtesten damit, die ganze Vielfalt der kreativen Talente möglichst vieler Menschen zum Vorschein zu bringen – und gewinnen dadurch ganz enorme Wettbewerbsvorteile.

Der europäische Toleranz-Index unterscheidet sich deutlich von den Toleranzmessungen in *The Rise of the Creative Class* sowie ähnlichen Studien, die auf den tatsächlichen Konzentrationen von Einwanderern, Homosexuellen, Bohemians und anderen Minderheitengruppen basieren. Solche Daten stehen für die europäischen Staaten nicht zur Verfügung. Der europäische Toleranz-Index basiert auf Untersuchungen der öffentlichen Meinung und ist unterteilt in drei gemessene Kategorien.

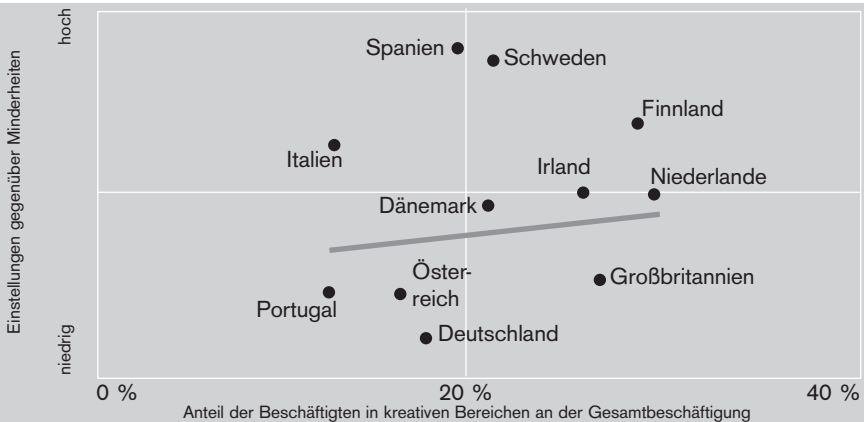
- Der Einstellungs-Index misst Einstellungen gegenüber Minderheiten. Er basiert auf der Eurobarometer-Untersuchung, die das European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (EUMC) fortlaufend sowie auf Klassifizierungen, die das Institute für Social Research Analysis (SORA) für das EUMC vornimmt.

Das SORA teilt die in der EUMC-Untersuchung betrachteten Länder in vier Kategorien ein: „intolerant“, „ambivalent“, „passiv tolerant“ und „aktiv tolerant“.³ Der Einstellungs-Index benennt die Prozentsätze der Befragten, die als „aktiv tolerant“ oder „passiv tolerant“ eingestuft wurden.

- Der Werte-Index misst, in welchem Maß ein Land traditionale Werte (im Gegensatz zu modernen und säkularen Werten) widerspiegelt. Es basiert auf einem Satz von Fragen, die sich auf die Einstellung zu Gott, zur Religion, zu Nationalismus, Autorität, Familie, Frauenrechte, Scheidung und Abtreibung beziehen.
- Der „Selbstexpressions“-Index misst das Ausmaß, in dem eine Gesellschaft individuelle Rechte und den Ausdruck der eigenen Persönlichkeit wertschätzt. Er gründet auf Fragen, die den Ausdruck der eigenen Persönlichkeit, die Lebensqualität, die Demokratie, Wissenschaft und Technologie, Freizeit, Umwelt, Vertrauen, Protestpolitik, Einwanderer und Homosexualität betreffen.
- Sowohl der Werte-Index als auch der Selbstexpressions-Index stammen aus dem *World Values Survey*, das Ronald Inglehart vorgenommen hat. Die Untersuchung umfasst die Jahre 1995 bis 1998 und basiert auf Daten aus 65 Staaten. Die Zahl der Befragten war dabei mit durchschnittlich 1.400 pro Land recht hoch.

3 Thalhammer u.a., Attitudes towards minority groups in the European Union: A special analysis of the Eurobarometer 2000 survey on behalf of the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia (SORA), Wien 2000.

Schaubild 3: Toleranz und die Kreative Klasse in Europa: Der Einstellungs-Index und die Kreative Klasse



Der Einstellungsindex für Griechenland liegt weit unter dem europäischen Durchschnitt und befindet sich deshalb außerhalb der Matrix.

[technologie, talente, toleranz]

- Diese Messungen werden zum übergeordneten europäischen Toleranz-Index zusammengefasst.

Die Ergebnisse unter diesen Gesichtspunkten sind überaus verblüffend. Es wird oft angenommen, die Vereinigten Staaten seien die offenste und toleranteste Gesellschaft der Welt. Wie Inglehart und Baker (2000) feststellen, gelten die USA als Vorzeigemodell der „Modernisierungstheorie“. Diese Sichtweise, die auch einem großen Teil der gängigen öffentlichen Meinung zugrunde liegt, besagt nicht bloß, dass die Vereinigten Staaten für Offenheit und Toleranz stehen. Sie behauptet zugleich, dass die USA das Modell seien, auf das sich andere Nationen unweigerlich hinbewegen. Aber wie *Tabelle 3* zeigt, erzielen die europäischen Gesellschaften durchweg bessere Ergebnisse auf dem Toleranz-Index als die Vereinigten Staaten. Es mag zwar so sein, dass die Vereinigten Staaten einen höheren Anteil von Einwanderern aufweisen als die meisten anderen entwickelten Gesellschaften, aber die Einstellungen der Amerikaner zu einem weiten Spektrum von Themen über Religion und Nationalismus bis hin zu Scheidung und zu Frauenrechten, Einwanderern oder Homosexualität sind

Tabelle 3: Der europäische Toleranz-Index

	Gesamtpunkt- zahl *	Einstel- lungen	Werte	Selbst- expression
1 Schweden	15,00	14,81	15,00	15,00
2 Dänemark	12,09	12,47	10,41	13,24
3 Niederlande	11,42	12,66	7,59	13,85
4 Finnland	9,49	13,83	7,50	7,03
5 Deutschland	9,45	10,32	10,59	7,30
6 Österreich	7,76	11,10	2,06	10,00
7 Großbritannien	7,70	11,30	2,44	9,26
8 Frankreich	7,38	10,91	4,59	6,55
9 Belgien	7,35	9,35	4,50	8,11
10 Italien	7,17	13,44	1,69	6,28
11 Spanien	6,57	15,00	0,84	3,78
12 Griechenland	5,58	5,65	6,84	4,19
13 Irland	4,22	12,66	-8,63	8,58
14 USA	3,07	n.a.	-4,97	11,08
15 Portugal	1,99	11,10	-8,34	3,18

* Gesamtbewertung des Toleranz-Indexes auf Skala von 0 bis 15.

Quelle: European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia, EUMC Information and Communication, Media Release 194-3-E-05/01, Wien 2001; Thalhammer u.a., Attitudes towards minority groups in the European Union – A special analysis of the Eurobarometer 2000 survey on behalf of the European Monitoring Centre on Racism and Xenophobia; Ronald Inglehart, World Values Survey (www.isr.umich.edu)

deutlich konservativer beziehungsweise traditioneller als in Europa. Inglehart und Baker selbst fassen ihre Ergebnisse folgendermaßen zusammen:

„Die Vereinigten Staaten stellen nicht, wie einige Modernisierungsforscher der Nachkriegsära naiverweise gemeint haben, ein Prototyp kultureller Modernisierung dar, dem andere Gesellschaften folgen könnten. Vielmehr sind die Vereinigten Staaten ein von der Norm abweichender Fall, da sie ein bei weitem traditionelleres Wertesystem aufweisen als jede andere fortgeschrittene Industriegesellschaft. Hinsichtlich der Dimension „traditional/säkular“ erzielen die Vereinigten Staaten viel niedrigere Werte als andere reiche Gesellschaften, hier werden bezüglich der Religiosität und des Nationalstolzes Werte gemessen wie in Entwicklungsländern. ... Die Vereinigten Staaten gehören bezüglich der Dimension des Selbstausdrucks zu den fortschrittlichsten Ländern. Doch selbst hier sind sie nicht weltweit führend. Die Dänen und die Schweden liegen weiter vorn, wenn es um Einstellungen zu kulturellem Wandel geht. ... Es führt in die Irre, kulturellen Wandel als ‚Amerikanisierung‘ zu betrachten. Länder im Übergang zu Industriegesellschaften entwickeln sich grundsätzlich nicht nach dem Muster der Vereinigten Staaten. Tatsächlich sind die USA ein Aus-

Tabelle 4: Der europäische Kreativitäts-Index

	Gesamtpunktzahl	Talent-Index*		
		Kreative Klasse	Humanvermögen	wiss. Talente
1 Schweden	0,81	8	7	2
2 USA	0,73	1	1	3
3 Finnland	0,72	4	6	1
4 Niederlande	0,67	3	2	10
5 Dänemark	0,58	9	15	4
6 Deutschland	0,57	11	4	7
7 Belgien	0,53	2	8	6
8 Großbritannien	0,52	5	3	8
9 Frankreich	0,46	n.a.	11	5
10 Österreich	0,42	12	14	11
11 Irland	0,37	6	10	9
12 Spanien	0,37	10	4	12
13 Italien	0,34	13	12	13
14 Griechenland	0,31	7	9	15
15 Portugal	0,19	14	13	14

[**technologie, talente, toleranz**]

nahmefall ... die Amerikaner pflegen viel traditionellere Werte und Glaubenssätze als die Menschen in anderen, ähnlich wohlhabenden Gesellschaften.“⁴

Folgendermaßen stehen die verschiedenen Länder im Hinblick auf das Kriterium der Toleranz da:

- Schweden, Dänemark und die Niederlande stehen im europäischen Toleranz-Index ganz weit vorn. Finnland und Deutschland liegen knapp dahinter.
- Die Vereinigten Staaten liegen an vorletzter Stelle. Nur Portugal schneidet noch schlechter ab; Irland liegt nahezu gleichauf. Aktuelle Trends in den Vereinigten Staaten deuten darauf hin, dass sich der Abstand zu anderen Ländern vergrößert.
- Aus diesen Gründen meinen wir, dass die europäischen Länder, besonders Schweden, Dänemark, die Niederlande und Finnland hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Toleranz deutliche Wettbewerbsvorteile besitzen. Natürlich bestehen auch in diesen Nationen weiterhin restriktive Regelungen auf dem Gebiet der Einwanderungspolitik. Um die in den grundlegenden Einstellungen und Werten ihrer Gesellschaften

⁴ Ronald Inglehart und Wayne E. Baker, Modernization, Cultural Change, and the Persistence of Cultural Values, in: American Sociological Review, Februar 2000.

Technologie-Index*			Toleranz-Index*		
Innovation	Hochtechn.- innovation	Forschung & Entwicklung	Einstel- lungen	Werte	Selbstex- pression
2	3	1	2	1	1
1	1	3	n.a.	13	4
4	2	2	3	5	10
6	4	8	5	4	2
5	5	6	7	3	3
3	6	4	12	2	9
7	9	7	13	8	8
9	6	9	8	9	6
10	8	5	11	7	11
8	10	10	9	10	5
11	12	11	5	15	7
13	13	13	1	12	14
12	11	12	4	11	12
14	14	15	14	6	13
15	15	14	9	14	15

* Die Zahlen geben die relative Position des Landes in der entsprechenden Kategorie wieder.

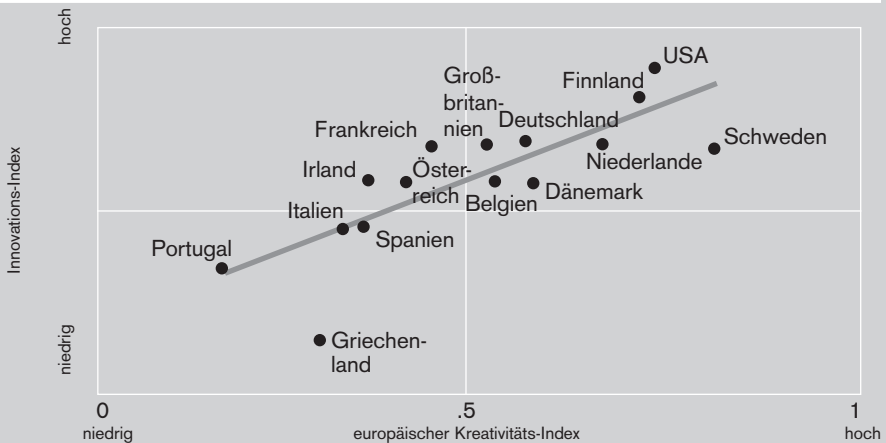
gründenden Vorteile nutzen zu können, sollten diese Länder ihre Einwanderungspolitiken ändern und sich stärker für Talente aus allen Teilen der Welt öffnen.

V. Alles in allem: Der europäische Kreativitäts-Index

Wir haben ein neues, aus verschiedenen Faktoren zusammengesetztes Messverfahren entwickelt, den Europäischen Kreativitäts-Index (EKI), um eine umfassendere Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit von Staaten im Kreativen Zeitalter zu ermöglichen. Der EKI setzt sich zusammen aus den oben diskutierten Maßgrößen Technologie, Talent und Toleranz. Die Ergebnisse des EKI passen zu den Ergebnissen anderer führender Indikatoren für Wettbewerbsfähigkeit. Dennoch glauben wir, dass er ihnen gegenüber eine beträchtliche Verbesserung bedeutet. Die gängigen Messverfahren betonen die Technologie, in manchen Fällen werden Indikatoren für Talent einbezogen. Keiner von ihnen berücksichtigt dagegen den Faktor der Toleranz, der eine eindeutige Quelle von Wettbewerbsvorteilen darstellt. Der EKI weist über die üblichen Verfahren hinaus, indem er alle drei T's einbezieht.

Folgendermaßen schneiden die europäischen Länder auf diesem übergeordneten Kreativitäts-Index ab:

Schaubild 4: Der europäische Kreativitäts-Index und Michael Porter's Innovations-Index



Quelle: Michael Porter, National Innovative Capacity in The Global Competitiveness Report 2001, New York 2001

[technologie, talente, toleranz]

- Die nordeuropäischen Staaten, vor allem die skandinavischen scheinen besondere Wettbewerbsvorteile zu genießen.
- Schweden steht an der Spitze – und liegt auf diesem Kreativitäts-Index sogar vor den Vereinigten Staaten.
- Finnland und die Niederlande schneiden ebenfalls herausragend ab; ihre Wettbewerbsfähigkeit entspricht derjenigen der Vereinigten Staaten.
- Dänemark, Deutschland, Belgien und Großbritannien bilden die zweite Reihe.
- Die übrigen Staaten stehen angesichts der Herausforderungen des Kreativen Zeitalters vor beträchtlichen Problemen.

VI. Der europäische Kreativitäts-Trend-Index

Der europäische Kreativitäts-Index ist ein statisches Maß. Er erfasst, wo Staaten zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt stehen. Wir meinen, dass es ebenso wichtig ist, einen Blick darauf zu werfen, welche Fortschritte die verschiedenen Nationen

Tabelle 5: Der europäische Kreativitäts-Trend-Index: Trends bei Talent- und Technologiewachstum seit 1995

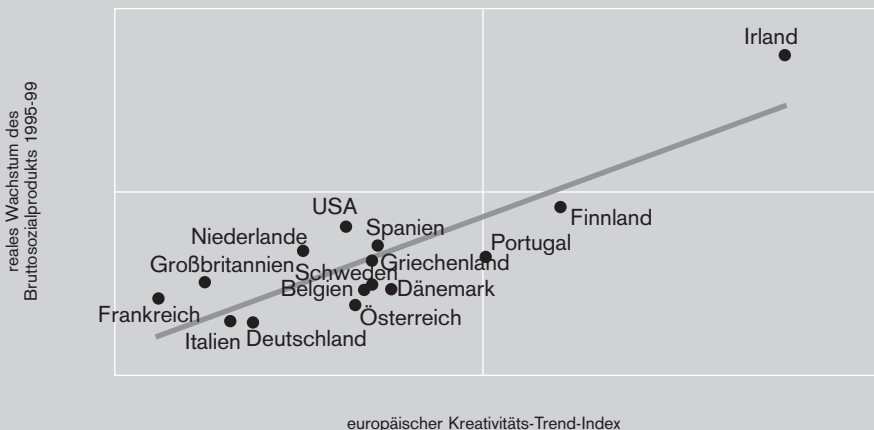
	Gesamtbe- wertung	Kreative Klasse	wissen. Talent	Zuwachs Patente	F & E Ausgaben
1 Irland	0,89	1	1	2	2
2 Finnland	0,60	10	2	6	1
3 Portugal	0,51	14	4	1	3
4 Dänemark	0,38	4	11	3	6
5 Spanien	0,37	9	5	8	4
6 Griechenland	0,36	12	6	4	9
7 Schweden	0,35	3	9	5	10
8 Belgien	0,35	5	10	7	5
9 Österreich	0,34	10	3	9	8
10 USA	0,33	7	7	14	7
11 Niederlande	0,27	2	8	10	12
12 Deutschland	0,20	8	14	12	11
13 Italien	0,18	6	15	11	13
14 Großbritannien	0,15	13	12	13	14
15 Frankreich	0,08	n.a.	13	15	15

* Quelle: ILO, LABORSTA Labor Statistics Database, <http://laborsta.ilo.org>
 ** Quelle: Europäische Kommission, DG Forschung, Towards a European Research Area, Key Figures 2001. Special Edition Indicators for benchmarking of national research policies, 2001

im Zeitverlauf machen (oder nicht). Besonders wichtig ist es herauszufinden, welche Nationen ihre kreativen Fähigkeiten schneller zu entwickeln vermögen als andere. Um dies herauszufinden, haben wir einen europäischen Kreativitäts-Trend-Index erarbeitet, der die Leistungen der verschiedenen Staaten unter Kreativitätsgesichtspunkten seit 1995 verfolgt. Diese Messung beschränkt sich auf zwei der drei T's – Technologie und Talent – da Trenddaten für Toleranz nicht zur Verfügung stehen. *Tabelle 5* präsentiert die Ergebnisse:

- Irland liegt im Kreativitäts-Trend-Index an der Spitze. Aber: Wären Daten zu Toleranzkriterien verfügbar und berücksichtigt worden, sähe dies anders aus.
- Finnland besitzt besondere Vorteile und erreicht sowohl im Kreativitäts-Index wie im Trend-Index hohe Werte. Sowohl Finnland als auch Irland erreichen weit überdurchschnittliche Ergebnisse und schneiden deutlich besser ab als die Vereinigten Staaten.
- Eine Anzahl von Ländern einschließlich der skandinavischen Länder Schweden und Dänemark, nordwesteuropäischen Ländern wie Belgien und südeuropäischen Staaten wie Spanien, Portugal und Griechenland repräsentieren das Mittelfeld. Ihre Trendwerte entsprechen denen der Vereinigten Staaten.
- Interessanterweise schneiden die traditionellen europäischen Mächte – Frankreich, Deutschland, Großbritannien – im Kreativitäts-Trend-Index schlecht ab. Ihre historisch gewachsenen Vorteile scheinen im Kreativen Zeitalter zu schwinden.

Schaubild 5: Der europäische Kreativitäts-Trend-Index und das Wachstum des Bruttosozialprodukts

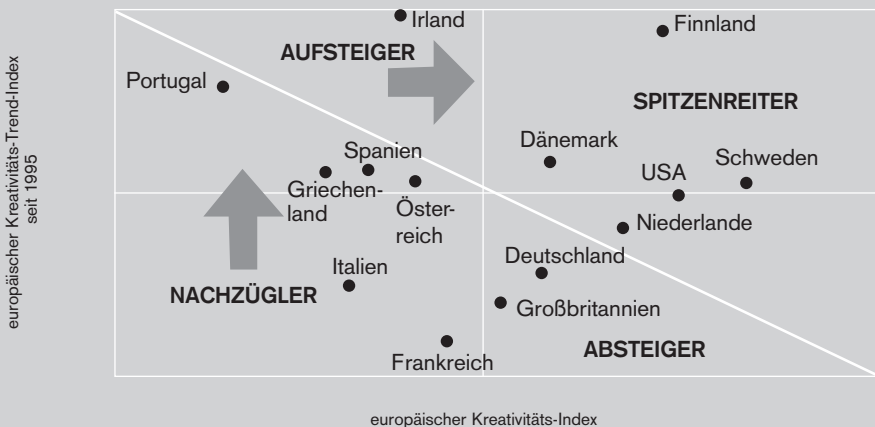


VII. Die europäische Kreativitäts-Matrix

Als abschließender Schritt unserer Analyse haben wir die Beziehung untersucht, die zwischen den Ergebnissen eines Landes im Kreativitäts-Index und ihrem aktuellen Trend besteht. Um dies zu ermöglichen, haben wir die europäische Kreativitäts-Matrix entwickelt (Schaubild 6). Die europäische Kreativitäts-Matrix vergleicht die Kreativitäts-Ergebnisse mit dem Trend-Index. Sie ermöglicht es uns, die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten in vier Gruppen oder Quadranten zu verorten:

- *Die Spitzenreiter* vereinigen starke Ergebnisse auf dem Kreativitäts-Index mit hohen Wachstumsraten ihrer kreativen Fähigkeiten. Zu diesen Spitzenstaaten gehören Finnland, Schweden und Dänemark. Ihre Wettbewerbsposition ist ebenso gut wie oder – in den Fällen Finnland und Schweden – besser als die der Vereinigten Staaten. Zur zweiten Reihe gehören die Niederlande und Belgien. Diese Länder stehen erfolgreich da und haben gute Aussichten, im kreativen Zeitalter erfolgreich zu sein.
- *Die Aufsteiger* haben niedrigere Ergebnisse auf dem Kreativitäts-Index, aber vergleichsweise hohe Kreativitäts-Wachstumsraten. Ihre Lage verbessert sich also. In dieser Gruppe ragt Irland heraus. Das Land vereint ansehnliche Ergebnisse auf dem Kreativitäts-Index mit einem atemberaubenden Wachstum seiner zugrunde liegenden kreativen Fähigkeiten.

Schaubild 6: Die europäische Kreativitäts-Matrix



- *Die Absteiger* haben vergleichsweise gute Ergebnisse auf dem Kreativitäts-Index, doch um das Wachstum ihrer kreativen Fähigkeiten ist es nicht gut bestellt. Deshalb fallen sie hinsichtlich ihrer Wettbewerbsfähigkeit relativ zurück. Deutschland und Großbritannien fallen in diese Kategorie.
- *Die Nachzügler* weisen niedrige Ergebnisse auf dem Kreativitäts-Index und zugleich ein niedriges Wachstum ihrer kreativen Fähigkeiten auf. Ihnen wird es schwer fallen, im Kreativen Zeitalter mitzuhalten. Italien ist hier der klassische Fall, aber auch Spanien, Österreich, Portugal und Griechenland scheinen sich in einer schwierigen Lage zu befinden. Frankreich gehört ebenfalls zu dieser Gruppe, wofür das relativ schlechte Abschneiden des Landes auf dem Kreativitäts-Index und seine äußerst schwachen Wachstumsraten auf dem Gebiet der Talente und der Technologie verantwortlich sind.

VIII. Konklusion

Diese Untersuchung hat die in der Studie *The Rise of the Creative Class* eingeführten Konzepte und Indikatoren auf den europäischen Kontext angewandt. Sie hat neue Indikatoren für die Kreative Klasse und die 3 T's der wirtschaftlichen Entwicklung – Technologie, Talente, Toleranz – für 14 europäische Länder benannt und mit den Vereinigten Staaten verglichen. Mit dem europäischen Kreativitäts-Index wurde ebenfalls ein neues Messverfahren für die relative kreative Leistungskraft eingeführt. Hinzu kommen zwei weitere Maßeinheiten, um die Entwicklungstrends der kreativen Fähigkeiten einzelner Länder ermitteln zu können, der europäische Kreativitäts-Trend-Index und die europäische Kreativitäts-Matrix.

Diese Messverfahren unterscheiden sich in mehrerer Hinsicht von den ursprünglich in *The Rise of the Creative Class* verwendeten. Die europäischen Daten bleiben gegenwärtig noch auf die jeweilige nationale Ebene beschränkt. Der europäische Technologie-Index deckt nur die Innovationsfähigkeit ab, bezieht aber nicht die regionale Konzentration von Hightech-Industrien ein. Der europäische Toleranz-Index beruht auf Einstellungen und Werten, berücksichtigt hingegen jedoch nicht die regionale und lokale Konzentration von Gruppen wie Homosexuellen, Einwanderern und Minderheiten. Dessen ungeachtet jedoch sind die Ergebnisse eindrucksvoll, nützlich und interessant.

In sieben der 14 untersuchten europäischen Länder macht die Kreative Klasse mehr als 25 Prozent der Erwerbstätigen aus. In drei Ländern – in den Niederlanden, in Finnland und Schweden – gehören ihr sogar nahezu 30 Prozent der Arbeitskräfte an. In sechs der analysierten europäischen Länder ist die Zahl der An-

gehörigen der Kreativen Klasse höher als die der klassischen Arbeiterschaft. In der Mehrzahl der Länder Europas wächst die Kreative Klasse rasch an. Mit einem jährlichen Wachstum seiner Kreativen Klasse von sieben Prozent seit 1995 überflügelt Irland alle anderen Länder. Jedoch scheint nicht allen Gesellschaften der Übergang in die kreative Wirtschaft und eine kreative Beschäftigungsstruktur zu gelingen. In Italien und Portugal beispielsweise gehören weniger als 15 Prozent der Erwerbstätigen der Kreativen Klasse an.

Unsere Analyse legt nahe, dass sich das Epizentrum der europäischen Wettbewerbsfähigkeit geografisch verschiebt: weg von den traditionellen Vormächten wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien, hin zu einem Cluster skandinavischer und nordwest-europäischer Länder. Schweden belegt auf dem europäischen Kreativitäts-Index die absolute Spitzenposition und steht nicht nur besser da als alle anderen Länder Europas, sondern auch besser als die Vereinigten Staaten. Finnland und die Niederlande entwickeln sich ebenfalls außergewöhnlich gut; ihre Wettbewerbsfähigkeit entspricht derjenigen der Vereinigten Staaten. Besonders Finnland scheint gut positioniert, um im Kreativen Zeitalter mitzuhalten; das Land erlebt auf einem bereits bestehenden hohen Niveau kreativer Wettbewerbsfähigkeit ein rapides weiteres Wachstum seiner kreativen Fähigkeiten. Die Niederlande, Dänemark und Belgien scheinen ebenfalls beträchtliche Potentiale zu besitzen, um im Kreativen Zeitalter mitzuhalten. Irland ragt als Aufsteigernation heraus und erlebt ein beträchtliches Wachstum seiner Kreativen Klasse sowie der ihr zugrunde liegenden kreativen Fähigkeiten. Eine Anzahl von Ländern kommt weit unterdurchschnittlich gut zurecht. Italien ist dafür das beste Beispiel, aber Spanien, Portugal, Österreich und Griechenland tun sich unter dem Gesichtspunkt der Kreativität ebenfalls schwer. Sollten sie nicht in der Lage sein, ihre Position dramatisch zu verbessern, werden sie große Schwierigkeiten haben, im Kreativen Zeitalter mitzuhalten.

Unsere Analyse legt weiterhin nahe, dass Wettbewerbsfähigkeit im Kreativen Zeitalter eine weit offene Frage bleibt. Es wäre ein Fehler den Schluss zu ziehen (wie es manche andere getan haben), die Vereinigten Staaten seien unherausgefordert das Epizentrum der kreativen Wirtschaft – oder würden dies bleiben. Unserer Ansicht nach betrifft die Schlüsseldeterminante weltweiter Wettbewerbsfähigkeit nicht mehr einfach den Handel mit Gütern und Dienstleistungen oder die Kapital- und Investitionsströme, sondern vielmehr die Ströme der Menschen. Wer Gewinner und wer Verlierer der globalen kreativen Wirtschaft sein wird, hängt davon ab, welche Länder am besten im Stande sind, kreative Talente anzuziehen, zu halten und hervorzubringen sowie kreative Potentiale und Fähigkeiten zu entwickeln.

Die Vereinigten Staaten bleiben eindeutig die globale Führungsmacht auf dem Gebiet der technologischen Entwicklung. Sie profitieren weiterhin von ihrer langjährigen Fähigkeit, herausragende wissenschaftliche, künstlerische und unternehmerische Talente von überall auf der Welt anzuziehen. Doch unsere Ergebnisse weisen darauf hin, dass eine Anzahl europäischer Staaten – besonders Finnland, Schweden, Dänemark, die Niederlande und Belgien – spezifische Fähigkeiten entwickeln, um im Kreativen Zeitalter auf effektive Weise wettbewerbsfähig zu sein. Sie alle besitzen bemerkenswert fortgeschrittene technologische Fähigkeiten und haben fortlaufend in den Ausbau ihrer kreativen Talente investiert. Ebenfalls haben sie aktiv daran gearbeitet, jenseits ihrer Grenzen geborene Talente anzuziehen. Großbritannien scheint immerhin seine Bemühungen und seine Fähigkeit deutlich zu verstärken, kreative Talente auf weltweiter Basis anzuziehen. Alle diese Länder teilen Werte, Prinzipien und Einstellungen, die der weltweiten Anwerbung von Talenten förderlich sind. In den Fällen von Schweden, den Niederlanden und Großbritannien wurden offenere Einwanderungspolitiken eingeführt, die zu bemerkenswerten Konzentrationen nicht im jeweiligen Land selbst geborener Bevölkerungsgruppen geführt haben. Jedoch haben es alle europäischen Länder mit den integrationspolitischen Herausforderungen zu tun, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, die soziale Aufwärtsmobilität der Einwanderer zu ermöglichen. Jedoch bedeutet die Tatsache, dass Englisch in den erfolgreichen europäischen Ländern weithin als zweite Sprache gebraucht wird, einen weiteren Vorteil auf dem globalen Marktplatz der Talente. Im Übrigen werden alle Mitglieder der EU von der zunehmenden Freiheit der Menschen profitieren, die eigenen Grenzen hinter sich zu lassen.

Bei der Fähigkeit von Ländern und Regionen, Talente auf weltweiter Ebene anzuziehen, handelt es sich um einen dynamischen, empfindlichen und wenig erforschten Prozess. Traditionelle Wirtschaftsmächte können ihre Position in der entstehenden Kreativen Wirtschaft einbüßen, während lebendige und kreative neue Zentren entstehen. Wir stehen an einem aufregenden Wendepunkt. Die Vereinigten Staaten, die viele Jahre lang die Besten und Klügsten aus Europa, Asien, Afrika, Indien und anderswo angezogen haben, scheinen ihre Spitzenstellung einzubüßen. Unsere Untersuchungen zeigen, dass sich der bisherige Vorteil der Vereinigten Staaten offenbar verschiebt – zum Teil aufgrund der liberalisierten Einwanderungspolitik vieler europäischer Länder sowie Kanadas und Australiens, die es diesen Ländern ermöglicht, Talente weltweit anzuziehen und zu halten.

Zugleich wächst international der Eindruck, die Vereinigten Staaten agierten aggressiv und unilateral und verhielten sich abweisend gegenüber nicht im Land

selbst geborenen Menschen. Offenbar hat die nach dem 11. September 2001 auf stärkere Restriktionen gegenüber Strömen von Menschen und wissenschaftlichen Kenntnissen gerichtete Politik das Klima für alle kreativen Talente abgekühlt.

Unsere Analyse ist ein erster Schritt, und sie bleibt provisorisch. Vieles muss noch getan werden, um unsere Indikatoren für Technologie, Talente und ganz besonders Toleranz zu verbessern. Bezogen auf die Messung von Toleranz sind bessere Kenntnisse über tatsächliche Konzentrationen von Homosexuellen, Einwanderern und Minderheiten dringend erforderlich. Das Sample der untersuchten Länder muss erweitert werden und Kanada, asiatische Staaten, Australien und Neuseeland sowie weitere Länder enthalten. Und wir brauchen unbedingt besseres Datenmaterial unterhalb der nationalen Ebene, um die Potentiale von Städten und Regionen überall auf der Welt untersuchen zu können. Es wäre extrem nützlich und interessant zu untersuchen, wie beispielsweise London, Amsterdam, Berlin, Dublin und Rom unter dem Gesichtspunkt ihrer kreativen Potentiale im Vergleich zu New York, Chicago, Toronto, Tokio, Singapur oder Sydney abschneiden.

Abschließend: Vieles fängt gerade erst an. Die Strategien der verschiedenen Staaten, Regionen und Städte, um Talente anzuziehen und zu halten, ihre grundlegenden kreativen Fähigkeiten zu verstärken und das Klima für eine Vielfalt von Menschen zu verbessern, stecken noch in den Kinderschuhen. Viel mehr Forschung ist notwendig, um die Art und Weise, das Ausmaß und den Erfolg dieser gerade erst beginnenden Bemühungen zu ermitteln. ■

Aus dem Englischen von Tobias Dürr

RICHARD FLORIDA

ist Professor für wirtschaftliche Entwicklung an der Heinz School of Public Policy and Management an der Carnegie Mellon University.

IRENE TINAGLI

ist Doktorandin an derselben Institution.

Die Hochschulen brauchen den Bund

EIN PLÄDOYER FÜR KORREKTUREN DER FÖDERALISMUSREFORM
VON **ANDREA WICKLEIN**

Eine umfassende Reform der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland ist dringend erforderlich. Darüber sind sich alle einig: Die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen den staatlichen Ebenen müssen transparenter und effizienter werden. Dies hat für die weitere Demokratieentwicklung sowie für die politische Handlungsfähigkeit in Bund, Ländern und Gemeinden große Bedeutung.

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist die Erfolgsgeschichte eines solidarischen Föderalismus. Sie beruht auf dem Prinzip des Ausgleichs, auf der Unterstützung der Schwächeren durch die Stärkeren – ohne damit Unterschiede in der Leistungsfähigkeit zu vernachlässigen.

Mit der Föderalismusreform muss sich deshalb die Chance verbinden, noch bestehende Entwicklungs- und Leistungsunterschiede zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd auszugleichen. Ob wir bei der Herstellung von gleichwertigen Lebensverhältnissen weiter vorankommen, wird deshalb ganz entscheidend von den Ergebnissen der Föderalismusreform abhängen.

Folgen genau bedenken

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als 25 Grundgesetzänderungen, die mit Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat zu beschließen sind. Vor diesem Hintergrund war es deshalb ratsam, sich die Vorschläge genau anzuschauen und die Folgen zu bedenken. Möglichkeiten dazu boten unlängst auch die siebentägigen Anhörungen, zu denen Bundesrat und Bundestag gemeinsam mehr als 100 Sachverständige eingeladen hatten.

Für Fachleute war wenig überraschend, dass nach den Expertenmeinungen die vorgelegte Reform insbesondere in den wichtigen Zukunftsfeldern Wissenschaft und Forschung in die völlig falsche Richtung geht. Kritisiert wurden vor allem die Abschaffung der gemeinsamen Hochschulbauförderung, das Kooperationsver-

bot zwischen Bund und Ländern sowie die Übertragung von Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht auf die Länder.

Bereits im Vorfeld der großen Anhörungen von Bundestag und Bundesrat hatten auch die ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten zu einem Expertengespräch eingeladen. Als Sachverständige nahmen daran die Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Prof. Dr. Gesine Schwan, der Verfassungsjurist und Staatssekretär a. D., Klaus Faber, sowie die Professoren Reinhard F. Hüttl (Brandenburgische Technische Universität Cottbus) und Wolfgang Rensch (Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg) teil.

Auch hier war das einhellige Urteil, dass 16 Jahre nach der deutschen Einheit die Strukturunterschiede vor allem im Hochschulbereich noch zu groß seien, um in einen fairen Wettbewerb unter gleichen Startbedingungen treten zu können. Vor allem sprachen sich alle Sachverständigen einhellig dafür aus, die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund und Ländern auch im Bereich der Bildung zu erhalten. Ein paar Zahlen machen dies deutlich: Deutschland erreicht bei den Altersjahrgangsanteilen der Studienanfänger mit etwa 37 Prozent derzeit nicht einmal den Durchschnitt der OECD-Länder. Einige ostdeutsche Länder stehen bei den Altersjahrgangsanteilen der Studienanfänger sogar bei nur ca. 25 Prozent.

Internationalisierung erfordert Zusammenarbeit

Die zu erwartende Steigerung der Studierendenzahlen sowie die zunehmende Internationalisierung der Wissenschaft erfordern mehr denn je ein Zusammenwirken von Bund und Ländern in diesen Bereichen. Die vorgesehenen Regelungen, die Finanzhilfen des Bundes im Bereich der Bildung zu untersagen und dessen Engagement beim weiteren Aus- und Aufbau der Hochschullandschaft zu beenden, würden zur Schwächung des Bildungs- und Wissenschaftsstandortes Deutschland führen.

Bei den Ausgaben, die pro Kopf der Bevölkerung den Hochschulen zur Verfügung gestellt werden, liegt Deutschland ebenso zurück. Die skandinavischen Staaten geben in diesem Bereich doppelt soviel wie Deutschland aus. Auch hier weisen einige ostdeutsche Länder gegenüber dem nationalen Schnitt deutliche Defizite auf. Ostdeutschland zeigt zudem Rückstände in der Industrieforschung. 1990 waren in der ostdeutschen Industrieforschung etwa 86.000 Personen beschäftigt, in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre dagegen nur noch ca. 16.000.

Vor diesem Hintergrund waren viele in der SPD-Bundestagsfraktion der Überzeugung, dass es jetzt zu einer Reform der Reform kommen muss. Das ist die

Konsequenz aus den Anhörungen. Nachbesserungen in so wichtigen Bereichen wie der Wissenschafts- und Forschungspolitik wurden gefordert, damit die Schere zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern sowie zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen nicht noch größer wird. Etliche SPD-Bundestagsabgeordnete haben deshalb mehrfach den Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes in der vorgelegten Form als nicht zustimmungsfähig bezeichnet.

Warum beispielsweise sollen künftig die Ausbildungsbeihilfen, wie das Bafög, oder die Förderung der wissenschaftlichen Forschung nicht mehr in der Bundeskompetenz verbleiben? Soll föderaler Wettbewerb allen Ernstes gleichbedeutend sein mit 16 verschiedenen Bafög-Regelungen? Warum soll es selbst bei den Rest-Bundeskompetenzen im Hochschulbereich, wie der Hochschulzulassung und der Hochschulabschlüsse, ein Abweichungsrecht der Länder geben?

Bundesratszustimmung statt Kooperationsverbot

Warum sollen nur noch Forschungsbauten durch den Bund unterstützt werden können? Dienen nicht vielmehr auch Hörsäle der Forschung, wenn in ihm Seminare oder Symposien durchgeführt werden? Sind nicht auch Graduiertenkollegs oder Bibliotheken zugleich Forschungsbauten? Warum soll die Zweckbindung der Bundesmittel für die Länder im Hochschulbau nicht auch nach dem Jahr 2013 erhalten bleiben? Und schließlich: Warum soll es dem Bund verboten werden, den Ländern auch in den Bereichen Bildung und Hochschule Finanzhilfen zu gewähren?

Gerade dieser Punkt kann von den Befürwortern eines Kooperationsverbotes weder sachlich noch sinnvoll begründet werden. Sowohl das Ganztagsschulprogramm als auch das Sportstättenförderprogramm für Ostdeutschland „Goldener Plan“ wären dann verfassungsrechtlich nicht mehr zulässig. Selbst dann nicht, wenn alle Bundesländer *für* eine Bundesförderung wären. Zu verfassungsrechtlichen Unklarheiten führt das geplante Kooperationsverbot aber auch in Bereichen, wo der Bund noch eine Restkompetenz hat, wie bei Investitionen im Hochschulbereich. Sinnvoll wäre hier vielmehr eine Regelung, wonach Kooperationen zwischen dem Bund und den Ländern im Bildungsbereich mit Zustimmung des Bundesrates auch in Zukunft möglich bleiben.

Eine Hauptkritik an der vorgelegten Föderalismusreform betraf insbesondere den Hochschulbau: Wo immer derzeit an einer deutschen Hochschule gebaut oder saniert wird, der Bund ist an der Hälfte der Investitionskosten beteiligt. Er trägt damit eine enorme Verantwortung für Ausbau und Modernisierung unserer Hoch-

schulen und Universitätskliniken. Seit mehr als 30 Jahren ist diese Kooperation nun bereits im Grundgesetz als Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau verankert.

Auch mit dem kürzlich zwischen Bund und Ländern beschlossenen 35. Rahmenplan für den Hochschulbau werden allein im Jahr 2006 insgesamt 1,85 Milliarden Euro von Bund und Ländern zur Verfügung gestellt. Unter den Investitionsvorhaben befinden sich zahlreiche Projekte gerade in den neuen Bundesländern. Abhängig vom Ergebnis der Föderalismusreform könnten Bauvorhaben in mehrstelliger Millioenhöhe bald von der Kassenlage der Länder abhängig sein.

Rückgang der Finanzmittel wird befürchtet

Ohne Bundesengagement bei der gemeinsamen Bund-Länder-Hochschulbauförderung würden die in den Bereichen Wissenschaft und Bildung bundesweit investierten Finanzmittel drastisch zurückgehen. Bei aller Kritik am Verfahren der Hochschulbauförderung, vergessen wird allzu oft, dass mit ihr eine entscheidende finanz- und hochschulpolitische Anreizfunktion besteht. Denn für jeden Euro, mit dem ein Bundesland eine Hochschule ausbaut und modernisiert, gibt der Bund einen Euro hinzu. Gewinner sind die Hochschulen – und das gerade in den finanziell schwächeren Ländern.

Flüchtig betrachtet mag die Abschaffung der Gemeinschaftsaufgabe vorerst vielleicht keine negativen Folgen nach sich ziehen, sollen doch die Länder eine Zeitlang zum Ausgleich Bundesmittel erhalten. Allerdings sind diese nur bis zum Jahr 2013 zweckgebunden und bereits ab 2007 ohne Verpflichtung zur Ko-Finanzierung durch die Länder. Die für den Hochschulbau gebundenen Mittel halbieren sich also bereits ab 2007.

Die Spätfolgen wären fatal. Aber nicht nur finanziell, auch hochschulpolitisch wäre der Ausstieg aus dem gemeinsam finanzierten Hochschulbau schlicht eine Katastrophe. In vielen Bundesländern würde eine Zweiklassen-Wissenschaftslandschaft entstehen. Da wären zum einen die unterfinanzierten Hochschulen und zum anderen die wegen beachtlicher Bundesmittel solide ausgestatteten außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die ungewollte und vielfach kritisierte Trennung zwischen Forschung und Lehre würde noch tiefer werden. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, hätten die Hochschulen klar das Nachsehen. Ihre besten Forscherinnen und Forscher werden dahin gehen, wo die Forschungsbedingungen optimal sind. Das wäre eine schleichende und unaufhaltsame Abwärtsspirale für unsere Hochschulen.

Aber wir brauchen gerade in den meisten ostdeutschen Regionen das Gegenteil. Wir brauchen gut ausgestattete Hochschulen mit hervorragender Lehre, Aus-

[die hochschulen brauchen den bund]

und Weiterbildung. Wir brauchen Hochschulen, die eng mit den Unternehmen und den anderen Forschungseinrichtungen kooperieren. Wir brauchen Hochschulen, die den Absolventen optimale Bedingungen für den Start in eine berufliche Karriere bieten. Wer glaubt, dies könnte jedes Bundesland für sich alleine stemmen, der irrt. Es war deshalb richtig, Verbesserungen bei der Föderalismusreform einzufordern, damit Bund und Länder auch weiterhin zusammen wirken dürfen. ■

ANDREA WICKLEIN

ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecherin
der AG Aufbau Ost der SPD-Bundestagsfraktion.

Grips und Beton

FÜR EINEN NEUEN INVESTITIONSBEGRIFF
IN DER AUSGABENPOLITIK DER LÄNDER
VON **JOACHIM RAGNITZ**

Die ostdeutschen Länder und ebenso ihre Gemeinden werden in den nächsten Jahren eine deutliche Verringerung ihrer Einnahmen hinnehmen müssen. Grund hierfür sind die Zuweisungen aus dem Solidaripakt II, die bis zum Jahr 2019 sukzessive abgeschmolzen werden, die absehbare Verringerung der Ausgleichszahlungen im Länderfinanzgleich als Folge rückläufiger Bevölkerung und die schrittweise Rückführung der EU-Strukturfondshilfen. Selbst unter Berücksichtigung von etwaigen Wachstumseffekten ist absehbar, dass die verfügbaren Einnahmen pro Kopf von heute rund 120 Prozent des Niveaus der finanzschwachen westdeutschen Länder (FSFW) auf Werte unterhalb des Pro-Kopf-Wertes der FSFW zurückfallen werden. Hiervon sind *grosso modo* alle neuen Länder in ähnlichem Umfang betroffen.

Gleichzeitig steigen in allen Ländern die Zinsausgaben – je Einwohner und auch in Absolutwerten – deutlich an. Hinzu kommen zunehmende Versorgungslasten. Darüber hinaus sind zur Flankierung des (regional differenzierten) demografischen Wandels in Teilbereichen zusätzliche Ausgaben zu

erwarten. Vor diesem Hintergrund führt kein Weg daran vorbei, alle kurz- bis mittelfristig disponiblen Ausgaben entsprechend zurückzuführen.

Mehr Effizienz bei knapperen Mitteln

Die Standardargumentation lautet dabei, dass vor allem die laufenden Ausgaben – und hier insbesondere die Personalausgaben – reduziert werden müssen, da hier einerseits besonders hohe Ausgabenüberhänge bestehen und andererseits diese Zahlungen zumeist als *konsumtiv* angesehen werden. Dementsprechend haben inzwischen alle ostdeutschen Länder weitreichende Personalabbaupläne entwickelt und suchen darüber hinaus nach Möglichkeiten, auch bei knapper werdenden öffentlichen Mitteln durch Effizienzsteigerungen ein möglichst hohes Niveau öffentlicher Aufgabenerfüllung aufrechtzuerhalten. Dies schließt auch die Diskussion darüber mit ein, welche Aufgaben künftig vom Staat noch erfüllt werden müssen und welche von den Bürgern bzw. spezialisierten Unternehmen ebenso gut in eigener Regie verwirklicht werden können.

Auch wenn die Notwendigkeit von *quantitativen* Ausgabenkürzungen angesichts der absehbaren Einnahmementwicklung unbestreitbar ist, stellt sich dennoch die Frage nach der *Qualität* der vorzunehmenden Einsparungen.

Welche Ausgaben führen zu Wachstum?

Pauschale Kürzungen werden weder dem Gestaltungsanspruch der Politik noch den unterschiedlichen Zielsetzungen öffentlicher Ausgaben gerecht. Folgt man der Argumentation, dass die öffentlichen Ausgaben kein Selbstzweck sind, sondern der Erfüllung politisch gesetzter Ziele dienen, scheint die Aufstellung einer Prioritätenliste sinnvoll, die entsprechend der Verfügbarkeit öffentlicher Mittel abgearbeitet werden kann. Bei gegebenem Ausgabenpielraum ergibt sich somit unmittelbar, welche Ausgaben gekürzt oder gar gestrichen werden müssen. Allerdings unterstellt diese Argumentation eine Rationalität politischen Handelns, die in dieser Weise wohl kaum gegeben ist, da die einzelnen Ressorts sich vermutlich kaum auf eine einheitliche Prioritätenliste werden einigen können. Hinzu kommt, dass die ausgabenpolitischen Entscheidungsspielräume aufgrund gesetzlicher Vorgaben ohnehin stark eingeschränkt sind.

Der Ansatz dieser Arbeit ist daher weit weniger ambitioniert. Es geht allein um die Frage, wie die Ausgabenpolitik der ostdeutschen Länder mit Blick auf wachstumspolitische Zielsetzungen zu bewerten ist. Sicherlich ist ein hohes wirtschaftliches Wachstum nicht das einzige Ziel, das Politik verfolgen sollte. Allerdings ermöglicht erst ein höheres Wirtschaftswachstum und daraus resultierend höhere Steuereinnahmen auch die Verwirklichung weiterer politischer Zielsetzungen. Hinzu kommt, dass schon allein aufgrund der demografischen Entwicklung in den neuen Ländern in den nächsten Jahren nur noch mit einem verhaltenen Wirtschaftswachstum zu rechnen ist.¹

Innovationsfähigkeit in Gefahr

Grund hierfür ist der starke Rückgang der Personen im erwerbsfähigen Alter, der das Potenzial an verfügbaren Arbeitskräften verringert, darüber hinaus auch die Alterung des Erwerbspersonenpotentials, die zu einer Einschränkung der Innovationsfähigkeit der Betriebe führen dürfte. Wegen des schwächeren Wirtschaftswachstums wird aber sowohl die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ wie auch der Abbau der hohen Arbeitslosigkeit gerade unter den wenig qualifizierten Erwerbspersonen er-

¹ Joachim Ragnitz, Demografische Entwicklung in Ostdeutschland und Länderfinanzausgleich, in: *Wirtschaft im Wandel*, Heft 3/2005.

schwert. Hieraus folgt, dass der Staat in seiner Ausgabenpolitik vor allem die Förderung des Wachstums in den Vordergrund rücken sollte.

Man könnte dieser Argumentation allerdings entgegenhalten, dass es für die finanzielle Lage eines Bundeslandes weniger auf das Wachstum im eigenen Land als vielmehr auf das gesamtdeutsche Wachstum ankommt, weil über die Ausgleichsmechanismen des Länderfinanzausgleichs eine weitgehende Nivellierung der verfügbaren Pro-Kopf-Einnahmen stattfindet. Tatsächlich verbleiben den öffentlichen Haushalten der ostdeutschen Länder nach Länderfinanzausgleich und Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen bei Einkommen- und Körperschaftssteuer nur rund 7 Prozent der im Land entstandenen Mehreinnahmen. Da wirtschaftliches Wachstum aber das Niveau steuerrelevanter Aktivitäten erhöht, also im Regelfall in jeder nachfolgenden Periode entsprechende Mehreinnahmen anfallen, während sich die wachstumsrelevanten Ausgaben auf die Anfangsperiode beschränken, „lohnt“ sich eine wachstumsorientierte Ausgabenpolitik auch unter Berücksichtigung der Umverteilungswirkungen des Länderfinanzausgleichs aus der isolierten Sicht eines einzelnen Landes.² Ohnehin wird die Landespolitik im Wettbewerb um Wählerstimmen auch daran gemessen, wie

gut es gelingt, beschäftigungsrelevantes Wachstum zu erzeugen. Der These wachstumspolitischer Fehlanreize des Länderfinanzausgleichs ist daher nur eingeschränkt zuzustimmen.

Die durch eine wachstumsorientierte Ausrichtung der öffentlichen Ausgaben induzierten Steuernehreinnahmen können als „Rendite“ staatlicher Ausgaben angesehen werden. Auf eben dieser Sichtweise beruht auch die traditionelle Einteilung der öffentlichen Ausgaben in *konsumtive* (oder laufende) und *investive* Ausgaben. Als *investiv* und damit wachstumsfördernd werden dabei allerdings nur die Käufe dauerhafter Wirtschaftsgüter angesehen, die in mehreren Perioden genutzt werden können und entsprechende Leistungen abwerfen. Konkret handelt es sich dabei also um die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen des Staates sowie Investitionszuschüsse an Dritte (insbesondere Unternehmen), wobei auch tatsächlich nur die Anschaffungskosten berücksichtigt werden, nicht aber die Aufwendungen zur Aufrechterhaltung der Nutzbarkeit des installierten Kapitalstocks, die zu meist in Form von Personalkosten (Verwaltungskosten u.ä.) sowie von laufendem Sachaufwand anfallen.

Theoretischer Hintergrund dieser Sichtweise ist die (neoklassische) Wachs-

2 Joachim Ragnitz, Finanzwirtschaftliche Effekte der Ansiedlungsförderung – dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen-Anhalt, <http://www.iwh-halle.de/d/publik/internet/jrg/2-04.pdf>.

tumstheorie, nach der als wachstumsrelevant lediglich die Ausstattung einer Volkswirtschaft mit (Sach-)Kapital und Arbeit angesehen werden. Bei Formulierung in Pro-Kopf-Größen verbleibt dann (bei konstanter Erwerbstätigenquote) allein der Kapitalstock (bzw. die Kapitalintensität) als relevante Einflussgröße. Dem technischen Fortschritt kommt in diesem Modellrahmen zwar ebenfalls eine bedeutsame Rolle zu, doch wird dieser im Regelfall nicht weiter berücksichtigt.

Neues Denken in der Wirtschaftspolitik

Neuere Entwicklungen in der Wachstumstheorie gehen über diese enge Sichtweise hingegen weit hinaus, indem zum einen weitere Produktionsfaktoren berücksichtigt werden (technologisches Wissen, Humankapital) und zum anderen der technologische Fortschritt modell-endogen erklärt wird. In einem solchen Modellrahmen bestehen dann auch erweiterte Möglichkeiten für die Wirtschaftspolitik, das Wachstum zu beeinflussen, so durch Bildungsinvestitionen oder die Förderung von Forschung und Entwicklung. Tatsächlich orientieren sich wirtschaftspolitische Strategien längst schon an eben diesen Wachstumsfaktoren, während die Finanzpolitik an der traditionellen Einteilung der öf-

fentlichen Ausgaben in Ausgaben der Kapitalrechnung (=investive Ausgaben) und der laufenden Rechnung (=konsumtive Ausgaben) festhält.

Wie zukunftsorientiert ist ein Budget?

Insoweit scheint unabhängig von allen damit verbundenen Abgrenzungsschwierigkeiten eine Modernisierung der finanzstatistischen Klassifikationen durchaus erforderlich.

Zur Bewertung der „Zukunftsorientierung“ des öffentlichen Budgets erscheint es aus diesem Grunde sinnvoller, die verschiedenen Ausgaben nach ihrer „Wachstumsrelevanz“ zu bewerten. Hierzu wurde das Konzept der „Wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Ausgaben“ (WNA-Konzept) vorgeschlagen.³ Es abstrahiert völlig von der traditionellen Einteilung in investive und konsumtive Ausgaben und berücksichtigt stattdessen allein die einzelnen Ausgabenkategorien für wirtschaftliches Wachstum.

Dies bedeutet, dass bei einzelnen, derzeit noch als *investiv* geltenden Ausgaben (z.B. Käufe von Dienstwagen für die öffentliche Verwaltung, sozialer Wohnungsbau) die Wachstumsrelevanz *verneint* wird, stattdessen aber auch eine Reihe von laufenden Ausgaben (z.B. Personalausgaben für die Unterhaltung von

3 Michael Thöne, Wachstums- und nachhaltigkeitswirksame öffentliche Ausgabe („WNA“), Fifo-Bericht Nr. 2, Köln 2005.

Verkehrswegen, Ausgaben für Forschung und Lehre an Hochschulen) einbezogen werden. Es handelt sich somit um gänzlich unterschiedliche Konzepte, die nicht miteinander vergleichbar sind und im Regelfall auch zu verschiedenen Ergebnissen führen werden.

Wert ergibt sich aus Nutzbarkeit

Für die praktische Umsetzung des Konzepts der wachstumsrelevanten Ausgaben ist es notwendig, auf den Funktionsplan der öffentlichen Haushaltsordnung zurückzugreifen, der die öffentlichen Ausgaben nach den verschiedenen Aufgabenbereichen gliedert. Dabei wird zwar nicht nach Ausgaben der laufenden bzw. der Kapitalrechnung unterschieden, doch ist dies entsprechend dem Konzept der wachstumswirksamen Ausgaben auch nicht erforderlich, da sich die Wachstumsrelevanz der einzelnen Ausgabenarten nicht allein durch den Kauf von Investitionsgütern ergibt, sondern erst durch ihre Nutzbarmachung, was im Regelfall Personalkosten und Sachaufwendungen impliziert.

Die Probleme ergeben sich dann primär dadurch, dass es für die Beurteilung der Wachstumswirksamkeit einzelner Ausgabenpositionen keine allgemein anerkannten Maßstäbe gibt, so dass

man hierbei auf Ermessensentscheidungen (mit entsprechend weiten Interpretationsspielräumen) angewiesen ist.

Folgt man der wachstumstheoretisch fundierten Einschätzung, dass für die Wachstumsmöglichkeiten (bezogen auf das Pro-Kopf-Wachstum) einer Volkswirtschaft die Ausstattung mit Sachkapital, Infrastrukturkapital, Humankapital und Wissenskapital relevant sind, können zu den wachstumsrelevanten Ausgaben die folgenden Positionen des Funktionsplans gerechnet werden⁴:

- Berufliche Schulen: Die beruflichen Schulen sind Bestandteil der Humankapitalbildung.
- Universitäten: Hierbei handelt es sich um Ausgaben für Forschung und Lehre an Hochschulen, darunter zum größten Teil Personalausgaben. Forschungsleistungen dienen der technologischen Entwicklung. Die Einbeziehung von Ausgaben für die Lehre lässt sich damit rechtfertigen, dass diese der Bildung von höherwertigem Humankapital dienen. Die Einbeziehung der Hochschulkliniken erscheint nicht sinnvoll.
- Fachhochschulen
- Deutsche Forschungsgemeinschaft
- Sonstige Hochschulaufgaben: Hierbei handelt es sich vor allem um Hochschulbauinvestitionen.

⁴ Die Auflistung folgt dabei nicht in allen Details dem ursprünglich von Thöne (a.a.O.) angegebenen Konzept. Vor allem werden hier Investitionen in die Infrastruktur einbezogen, weil anders als in Westdeutschland in den neuen Ländern durchaus noch infrastrukturelle Defizite bestehen dürfen. Zudem bleiben Umweltschutzmaßnahmen unberücksichtigt, weil diese eher dem „Nachhaltigkeitsziel“ als dem Wachstumsziel dienen.

Wachstumsrelevante Bruttoausgaben nach Bundesländern 2005

in Euro pro Einwohner	Thürin- gen	Sachsen- Anhalt	Sachsen	Branden- burg
Allg.u.berufl. Schulen (o.Vers.)	565	535	519	418
darunter: Berufliche Schulen	98	65	67	57
Universitäten	117	87	161	69
Fachhochschulen	28	31	35	27
Deutsche Forschungsgemeinschaft	7	7	0	0
Sonstige Hochschulaufgaben	9	32	14	11
Fördermaßnahmen für Studierende	18	17	37	20
Fördermaßnahmen für wiss. Nachwuchs	0,3	0,6	0,1	0,4
Förderung der Weiterbildung	7	2	1	1
Berufsakademien	2,5	0,2	7,3	0,0
Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive	2	2	7	2
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	20	31	42	40
Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	14	5	24	3
Forschung u. experimentelle Entw. zur industriellen Produkt. u. Technologie	16	7	19	0,2
Forschung u. experimentelle Entw. zur landwirtsch. Produkt. u. Technologie	0,4	0,0	0,8	0,3
Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	61	79	46	52
Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	17	2	2	2
Städtebauförderung	60	47	51	39
Verbesserung der Agrarstruktur	22	18	17	26
Energiewirtschaft, Gewerbe, Dienstl.	294	370	231	267
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	243	175	240	289
Wachstumsrelevante Ausgaben (eng)	956	897	954	351
Wachstumsrelevante Ausgaben (weit)	1.502	1.448	1.453	1.266
in Prozent der Gesamtausgaben				
Wachstumsrelevante Ausgaben (eng)	24	22	25	22
Wachstumsrelevante Ausgaben (weit)	38	35	37	32

[grips und beton]

Meckl.- Vorpom.	Ostdt. gesamt	FSFW*	Ost/ West
471	505	474	31
78	72	44	28
135	119	115	4
31	31	28	3
7	3	4	-0,2
9	15	6	9
29	26	11	15
0,5	0,3	0,1	0,2
30	6	1	5
0,0	2,8	1,3	1,5
1	4	3	1
33	34	14	20
4	12	6	6
8	11	3	9
0,0	0,4	0,6	-0,2
54	57	4	53
11	6	10	-5
52	50	7	42
40	23	12	11
261	279	54	224
267	241	149	93
984	928	457	471
1.442	1.423	902	522
23	23	14	-
35	36	28	-

* Finanzschwache Flächenländer Westdeutschlands

- Fördermaßnahmen für Studierende
- Förderungsmaßnahmen für den wissenschaftlichen Nachwuchs
- Weiterbildung
- Berufsakademien
- Wissenschaftliche Bibliotheken
- Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern
- Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung
- Forschung und experimentelle Entwicklung zur industriellen Produktion/Technologie
- Wissenschaft und Forschung zur landwirtschaftlichen Produktion und Technologie
- Städtebauförderung: Hierbei handelt es sich um Infrastrukturmaßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen in Städten
- Verbesserung der Agrarstruktur: Hierbei geht es um die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen an veränderte Rahmenbedingungen.
- Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen: Hierbei handelt es sich zum größten Teil um Investitionszuschüsse an Unternehmen, die dem Aufbau eines modernen Kapitalstocks dienen.
- Verkehrs- und Nachrichtenwesen.

Die ungewichtete Aufzählung wachstumsrelevanter Ausgaben lässt außer Betracht, dass die einzelnen Produktionsfaktoren in unterschiedlicher

Weise zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen. So kommen ökonometrische Schätzungen des *Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* zum Ergebnis, dass in einem um Humankapital und FuE-Aktivitäten erweiterten neoklassischen Konvergenzmodell die Unternehmensinvestitionen zwar nach wie vor den höchsten Einfluss für das Niveau des Bruttoinlandsprodukts haben, die Bedeutung von Humankapitalinvestitionen aber nur wenig schwächer und auch die Bedeutung von FuE-Investitionen immer noch erheblich ist.⁵ Auch die staatlichen Investitionen (Infrastrukturausgaben) beeinflussen das wirtschaftliche Wachstum positiv.

Evaluierung der Ausgaben nötig

Bei tendenziell rückläufigen Unternehmensinvestitionen – wie in Deutschland in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre – rührt das Wachstum dabei aber in erheblichem Maße aus der Verbesserung der Humankapitalbasis einer Volkswirtschaft. Dabei ist anzumerken, dass der Faktor Humankapital in der zitierten Untersuchung allein durch die Zahl der Ausbildungsjahre gemessen wird. Werden darüber hinaus qualitative Merkmale einbezogen,

dürfte der Erklärungsbeitrag des Humankapitals sogar noch steigen.

Einer entsprechend differenzierten Gewichtung der einzelnen wachstumsrelevanten Ausgaben steht jedoch entgegen, dass es diesbezüglich keine belastbaren Daten für die ostdeutschen Bundesländer gibt. Hieraus folgt, dass eine Gleichgewichtung der verschiedenen Kategorien wachstumswirksamer Ausgaben zumindest in erster Näherung eine sinnvolle Vorgehensweise ist.

Darüber hinaus stellt sich aber auch das Problem, dass eine bloße Kategorisierung öffentlicher Ausgaben nach Wachstumsrelevanz nicht berücksichtigt, dass öffentliche Leistungen nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung der Ausstattung der Volkswirtschaft mit Wachstumsfaktoren führen müssen. So können Mitnahmeeffekte verhindern, dass Investitionshilfen tatsächlich zu Mehrinvestitionen im Unternehmenssektor führen. Forschungssubventionen brauchen nicht zu Markterfolgen der forschenden Unternehmen führen, vermehrte Bildungsausgaben führen auch nicht notwendigerweise zu verbesserten Bildungsergebnissen. Ohne eine strikte Evaluierung der Wirksamkeit öffentlicher Ausgaben mit Blick auf die damit verfolgten Ziele ist dieses Problem allerdings nicht zu lösen. Stellt man sich auf den Standpunkt, dass mit einer Klassifikation der öff-

⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2002/03, 594ff.

fentlichen Ausgaben eines Bundeslandes zunächst einmal nur ein Maßstab zur Beurteilung der Ausgabenstruktur festgelegt werden soll, aber noch keine Aussagen über die Wirkungen der Finanzpolitik bezweckt sind, lässt sich diese Vorgehensweise gleichwohl rechtfertigen.

■ ■ ■ Betrachtet man zunächst die *wachstumsrelevanten Ausgaben in enger Abgrenzung*, so weisen die ostdeutschen Länder mit 928 Euro je Einwohner mehr als doppelt so hohe Pro-Kopf-Ausgaben aus wie die finanzschwachen Flächenländer Westdeutschlands (457 Euro je Einwohner). Mit Ausnahme Brandenburgs, das lediglich wachstums- und nachfragerrelevante Ausgaben in Höhe von 851 Euro je Einwohner hat, liegen die ostdeutschen Länder dabei relativ nahe beieinander. Dies zeigt sich besonders ausgeprägt, wenn man die wachstums- und nachfragerrelevanten Ausgaben in Relation zu den Gesamtausgaben setzt. Dieser Anteil liegt in allen ostdeutschen Ländern in einer Skala zwischen 22 Prozent und 24 Prozent (FSFW: 14 Prozent). Der Ausgabenvorsprung der ostdeutschen Länder rührt dabei vor allem aus den Mehrausgaben im Bereich Wirtschaftsförderung und Infrastrukturausbau – in den übrigen Bereichen sind zwar zumeist auch höhere Ausgaben als in den Vergleichsländer zu finden, doch sind die Unterschiede dabei

relativ gering. Auffällig ist überdies, dass Brandenburg im Bereich der Verkehrsinfrastruktur die höchsten Investitionen unter allen ostdeutschen Ländern aufwendet.

Dass Brandenburg nach dieser Betrachtung eher geringe wachstumsrelevante Ausgaben aufweist, ist neben geringeren Ausgaben bei den beruflichen Schulen vor allem auf Minderausgaben im Bereich der Universitäten (Universitäten, der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau, Studentenförderung) zurückzuführen. Brandenburg beherbergt zwar drei Universitäten, weist aber deutlich weniger Studenten je Einwohner auf als die übrigen ostdeutschen Länder. Dies hat auch damit zu tun, dass Schulabgänger aus Brandenburg wohl häufig an einer der Berliner Universitäten ein Studium aufnehmen.

Strukturell niedrigere Ausgaben

Sinnvoll erscheint es deshalb, die Ausgaben für die Universitäten und Fachhochschulen nicht auf die Zahl der Einwohner, sondern auf die Zahl der Studenten zu beziehen. Brandenburg weist zwar auch bei diesem Indikator Minderausgaben gegenüber anderen ostdeutschen Ländern auf, doch sind diese lange nicht so stark wie bei Betrachtung der einwohnergewichteten Ausgaben.

Wachstumsrelevante Nettoausgaben nach Bundesländern 2005

in Euro pro Einwohner	Thüringen	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Brandenburg
Allg.u.berufl. Schulen (o.Vers.)	549	520	506	403
darunter: Berufliche Schulen	98	65	67	57
Universitäten	115	74	126	69
Fachhochschulen	27	31	33	27
Deutsche Forschungsgemeinschaft	7	7	0	0
Sonstige Hochschulaufgaben	-6	27	-5	-1
Fördermaßnahmen für Studierende	6	-1	11	7
Fördermaßnahmen für wiss. Nachwuchs	0,3	0,6	0,1	0,4
Förderung der Weiterbildung	1	2	1	1
Berufsakademien	3	0	7	0
Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive	2	2	7	2
Gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	13	19	28	29
Andere Einrichtungen für Wissenschaft und Forschung	13	5	24	3
Forschung u. experimentelle Entw. zur industriellen Produkt. u. Technologie	16	7	19	0
Forschung u. experimentelle Entw. zur landwirtsch. Produkt. u. Technologie	0,4	0,0	0,8	0,3
Hilfe für Berufsausbildung, Fortbildung und Umschulung	10	17	9	5
Sonstige Anpassungsmaßnahmen und produktive Arbeitsförderung	11	1	2	2
Städtebauförderung	37	24	31	20
Verbesserung der Agrarstruktur	6,8	8,9	6,2	0,9
Energiewirtschaft, Gewerbe, Dienstl.	142	119	5	82
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	90	9	99	94
Wachstumsrelevante Ausgaben (eng)	569	399	459	392
Wachstumsrelevante Ausgaben (weit)	1.041	872	909	745
in Prozent der Gesamtausgaben				
Wachstumsrelevante Ausgaben (eng)	14	10	12	10
Wachstumsrelevante Ausgaben (weit)	26	21	23	19

Meckl.- Vorpom.	Ostdt. gesamt	FSFW*	Ost/ West
454	490	458	32
75	71	42	29
101	100	103	-2
31	30	26	4
7	3	4	-0,2
6	3	2	1,2
9	7	5	2
0,5	0,3	0,1	0,3
22	4	1	3
0,0	2,8	1,3	1,5
1	3	3	1
17	22	10	12
4	12	6	6
8	11	2	9
-0,2	0,3	0,6	-0,3
-1	9	1	8
9	4	3	1
31	29	4	24
12,6	6,6	4	2,6
52	71	-10	81
94	79	43	36
472	456	247	209
859	887	667	220
11	11	8	-
21	22	20	-

* Finanzschwache Flächenländer Westdeutschlands

Ohnehin ist dies nicht ohne weiteres als ein Zeichen mangelnder Wachstumsorientierung zu werten, sondern kann auch mit der spezifischen fachlichen Ausrichtung der brandenburgischen Universitäten zu tun haben. Hier ist insbesondere auf das Fehlen kostenintensiver medizinischer Fakultäten an den Universitäten des Landes hinzuweisen.

Basierte die bisherige Darstellung auf einer rein ausgabenseitigen Betrachtung, ist für die Beurteilung ausgabenpolitischer Entscheidungen der ostdeutschen Länder zusätzlich zu berücksichtigen, dass ein Teil der Ausgaben durch Dritte – also beispielsweise durch Zuweisungen des Bundes oder der EU – finanziert wird. Soweit dies der Fall ist, sind die Länder in ihren Ausgabeentscheidungen nämlich nicht frei, so dass eine hierauf keine Rücksicht nehmende Betrachtung ein verzerrtes Bild über die strategische Ausrichtung der Politik eines Landes gibt.

Betrachtet man deswegen die Nettoausgaben (Ausgaben abzüglich zweckbezogener Einnahmen), so reduzieren sich die „eigenfinanzierten“ wachstums- und nachfragerrelevante Ausgaben der Länder deutlich. Dies gilt zwar sowohl in Ostdeutschland wie in Westdeutschland wegen der von Bund und EU gewährten Kofinanzierung von Ausgaben vor allem im Bereich der Wirtschaftsförderung – aber in den neuen Ländern stärker als in den

alten. In enger Abgrenzung weisen die ostdeutschen Länder jetzt noch Wachstums- und Nachfragerrelevante Ausgaben in Höhe von 456 Euro je Einwohner (FSFW: 247 Euro je Einwohner) auf. Brandenburg liegt dabei mit 392 Euro je Einwohner auch bei diesem Indikator hinter den übrigen ostdeutschen Ländern. Auch hierfür sind vor allem die niedrigeren Ausgaben für die Universitäten verantwortlich.

Mehr für Infrastruktur und Wirtschaft

Es fällt auf, dass die Mehrausgaben für wachstumsrelevante Zwecke auch in der

Nettobetrachtung überwiegend in den Bereichen Wirtschaftsförderung/ Infrastrukturausbau anfallen. Da davon auszugehen ist, dass diese Leistungen mit zunehmender Verringerung der Zuweisungen aus dem Solidarpakt II und abnehmenden „Nachholbedarfen“ zurückgeführt werden, ist auf lange Sicht wohl nicht mit einer stärkeren Wachstumsorientierung der ostdeutschen Länderhaushalte im Vergleich zu den westdeutschen Vergleichsländern zu rechnen.

Die wachstumsrelevanten Ausgaben in weiter Abgrenzung sind aufgrund der Einbeziehung insbesondere des Bildungsbereichs deutlich – bei den Bruttoausgaben um ungefähr die Hälfte, bei den Nettoausgaben sogar

Bildungsausgaben 2005 je Schüler* bzw. je Student

Ausgaben je Schüler in Euro		Ausgaben je Student in Euro (nur Uni/FH, ohne GA-Hochschulbau und individuelle Förderung)	
Thüringen	4.427	Thüringen	7.414
Sachsen-Anhalt	4.183	Sachsen-Anhalt	7.097
Sachsen	4.149	Sachsen	8.433
Brandenburg	3.173	Brandenburg	6.632
Mecklenburg-Vorpommern	3.365	Mecklenburg-Vorpommern	8.646
Ost zusammen	3.905	Ost zusammen	7.776
FSFW	3.056	FSFW	7.414
Ost ./ West	848	Ost ./ West	361

* Mangels aktueller Daten wurden hier die Schülerzahlen des Jahres 2004 zugrunde gelegt.
Quelle: Haushaltspläne 2005/2006 der Länder, KMK, eigene Berechnungen

um etwa das Doppelte – höher als die wachstums- und nachfragerlevanten Ausgaben in enger Abgrenzung.

Ein Drittel ist wachstumsrelevant

Insgesamt lassen sich in den ostdeutschen Ländern mehr als ein Drittel aller Gesamtausgaben (und immerhin fast ein Viertel der Nettoausgaben) als wachstumsrelevant in weiterem Sinne klassifizieren. Dabei schlagen neben den Leistungen für Fortbildung und Umschulung (die allerdings in erheblichem Maße durch die Bundesagentur für Arbeit finanziert werden und deswegen bei der Nettobetrachtung nicht weiter ins Gewicht fallen) vor allem die Ausgaben für die allgemeinbildenden Schulen zu Buche.⁶

Im Ost-West-Vergleich wird allerdings deutlich, dass die Pro-Kopf-Ausgaben der ostdeutschen Länder für die Schulbildung keineswegs überproportional hoch sind. Zudem werden die Mehrausgaben in diesem Bereich nahezu ausschließlich durch höhere Ausgaben für die berufliche Schulbildung hervorgerufen. Brandenburg weist sogar geringere Pro-Kopf-Ausgaben für den Schulbereich auf als die westdeutschen Vergleichsländer. Insgesamt liegen in allen ostdeutschen Ländern die wachstums- und nachfragerlevanten Ausga-

ben in weiter Abgrenzung deutlich über dem Niveau der westdeutschen Vergleichsländer. Bezieht man die Wachstums- und Nachfragerlevanten Ausgaben in weiter Abgrenzung allerdings auf die Gesamtausgaben, so zeigt sich, dass Brandenburg als einziges ostdeutsches Land einen geringeren Anteil als die FSFW für wachstumsorientierte Aufgaben verausgabt.

Höhere Ausgaben bei der Bildung

Bezieht man die Ausgaben für allgemeinbildende und berufliche Schulen auf die Schülerzahlen, zeigt sich, dass auch Brandenburg im Vergleich zu den finanzschwachen Flächenländern Westdeutschlands höhere Ausgaben in diesem Bereich aufweist. Berücksichtigt man überdies die unterschiedlichen Besoldungsniveaus in Ost- und Westdeutschland, so weisen die ostdeutschen Länder nochmals höhere Bildungsausgaben auf als die finanzschwachen westdeutschen Flächenländer. Dies lässt sich so interpretieren, dass auch im Schulbereich durchaus Einsparpotentiale bestehen. Ohnehin zeigen sowohl die PISA-Ländervergleiche wie auch die erreichten Schulabschlüsse in den einzelnen Bundesländern, dass kein enger Zusammenhang zwischen finanziellen Ressourcen und schulischen Bildungsergebnissen besteht.

⁶ Die Gesamtausgaben für den Schulbereich liegen allerdings in den FSFW höher als in Ostdeutschland. Dies ist aber allein auf höhere Versorgungslasten zurückzuführen, die in den neuen Ländern (bisher) nicht spürbar ins Gewicht fallen.

Die Untersuchung zeigt, dass die ostdeutschen Länder derzeit in höherem Maße als die finanzschwachen westdeutschen Länder (die als Vergleichsmaßstab fungieren) ihre Ausgaben auf wachstumsrelevante Bereiche konzentriert haben. Dies gilt sowohl bei Betrachtung von Ausgabenanteilen als auch bei Betrachtung der absoluten Pro-Kopf-Ausgaben. Dies gilt in der Tendenz sowohl bei Zugrundelegung eines „engen“ wie auch eines „weiten“ Konzepts wachstumsrelevanter Ausgaben, wobei letzteres dadurch gekennzeichnet ist, dass auch Bildungsausgaben im Bereich der allgemeinbildenden Schulen einbezogen werden. Zwar lässt sich argumentieren, dass die ostdeutschen Länder damit ihre aufbaupolitischen Aufgabe gerecht werden.

Gleichwohl ist nicht zu verkennen, dass die Mehrausgaben in einzelnen Bereichen durchaus auch Ineffizienzen in der Leistungserstellung widerspiegeln können. Dies gilt insbesondere für den Bildungsbereich, der unter Berücksichtigung der niedrigen (und im Trend zurückgehenden) Schülerzahlen finanziell weitaus günstiger ausgestattet ist als es in den finanzschwachen westdeutschen Ländern der Fall ist.

Brandenburg nimmt bei den betrachteten Indikatoren zwar zumeist

einen hinteren Platz ein, doch ist dies zu einem guten Teil durch die strukturellen Besonderheiten des Landes verursacht. Hierzu zählt insbesondere die funktionale Arbeitsteilung mit Berlin, das – beispielsweise im Bereich der Hochschulausbildung – einen Teil der Aufgaben des Landes „übernimmt“.

Auffällig ist weiterhin, dass die vergleichsweise starke Wachstumsorientierung der Politik der ostdeutschen Länder in hohem Maße durch Mehrausgaben im Bereich der Wirtschaftsförderung sowie des Infrastrukturausbaus bedingt ist. Diese Ausgabenpositionen werden in den nächsten Jahren in der Tendenz zurückgeführt werden müssen, sei es, weil die entsprechende Kofinanzierung durch Bund und EU allmählich ausläuft, sei es, weil der „Nachholbedarf“ in diesen Bereichen im Laufe der Zeit abnimmt. Soweit dies der Fall ist, wird die Ausgabenpolitik der ostdeutschen Länder künftig in weit weniger starkem Maße als bisher wachstumsorientiert ausfallen. Gerade mit Blick auf die anstehenden Konsolidierungsnotwendigkeiten ist deswegen darauf zu achten, dass allfällige Ausgabeneinsparungen die Wachstumsperspektiven Ostdeutschlands nicht über Gebühr beeinträchtigen. ■

DR. JOACHIM RAGNITZ

ist Leiter der Abteilung Strukturökonomik des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle.

Sich kümmern statt wegsehen

PLÄDOYER FÜR EINE ERZIEHUNG NACH GRUNDSÄTZEN
VON **HOLGER RUPPRECHT**

Wenn es um Ordnung, Fleiß und Betragen ging, hatte der Schüler Albert Einstein sein eigenes Weltbild. Und dieses bestand für das Physikgenie in einer kreativen Unordnung und Unangepasstheit. Für die „Kopfnoten“ in seinem Zeugnis war dieser Arbeitsstil jedoch nicht besonders vorteilhaft: Weil er immer mehr Probleme mit seiner autoritären Schule hatte, verließ er diese im Dezember 1894 ohne Abschluss.

Heute würde das Genie Einstein wohl kaum an der schulischen Verhaltenbewertung scheitern. Das Bild der Schülerin und des Schülers hat sich nämlich dramatisch geändert. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts bestand in Preußen und ganz Deutschland eine Schule, die von militärischen Strukturen geprägt war. In ihr war der angepasste, unterwürfige Schüler das Idealbild der Bewertung. In der heutigen demokratischen Gesellschaft steht jedes Kind mit seiner unverwechselbaren eigenen Persönlichkeit im Mittelpunkt des Erziehungsideals. Es soll nicht mehr in eine Schablone gepresst werden, sondern sich zu einer eigenständigen und eigenverantwortlichen Persönlichkeit entwickeln.

Denn Aufgabe der Schule ist es, Schülerinnen und Schüler auf das Leben vorzubereiten.

- Auf das Leben in einer noch nicht erkundeten Welt, auf das Leben in unserer modernen Gesellschaft, die wie kaum eine zuvor im Wandel begriffen ist.
- Auf das Leben vorzubereiten, heißt so gesehen: zu lebenslangem Lernen befähigen.
- Auf das Leben vorzubereiten, meint beides: Die Sachen klären und den Menschen stärken, wie es Hartmut von Hentig so treffend formuliert hat.
- Auf das Leben vorbereiten, heißt immer auch: Junge Menschen zu erziehen, und dies so, dass sie die Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft anerkennen und einhalten.

Oder anders gesagt: Bildung ist Wertebindung. Ich denke dabei an Werte wie Liebe und Hoffnung, an Werte der Aufklärung wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Und ich denke an Werte wie Solidarität, Toleranz und Friedfertigkeit.

Ich meine Tugenden wie Wahrhaftigkeit und Verlässlichkeit, Treue und Be-

scheidenheit. Ich meine Kompetenzen wie Konflikt- und Kommunikationsfähigkeit. Schließlich meine ich auch die so genannten Sekundärtugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit und Ordnungsliebe. Sie gilt es wieder positiv zu besetzen, so wie es unser Ministerpräsident Matthias Platzeck mit seinem Bekenntnis zu den preußischen Tugenden getan hat.

Werte sind das Fundament des Gemeinwesens

Denn Werte sind die Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie sind das Fundament von Staat und Verfassung. Sie sind die tragfähigsten Brücken zwischen dem individuellen und dem sozialen Ich. Darum sind sie unverzichtbar.

Aber Werte sind keineswegs immun – nicht gegen Instrumentalisierung, nicht gegen Pervertierung. Aus Nationalgefühl kann Patriotismus werden, aber eben auch Chauvinismus; aus Opferbereitschaft entsteht leicht Fanatismus und aus der Treue zur eigenen Nation der Hass auf andere Völker.

In einer Zeit, in der uns Terroranschläge ebenso erschüttern wie rechtsextreme Gewalttaten ist Werterziehung ein Gebot der Stunde. Für die Schule heißt das: Wir müssen den Bildungsauftrag wieder sehr viel enger mit dem Erziehungsauftrag verknüpfen. Nur dürfen wir dabei einige Aspekte nicht vergessen:

- Die Verantwortung für die Erziehung unserer Kinder liegt zuallererst bei den

Eltern, aber immer auch bei den Erzieherinnen und Erziehern, bei Lehrerinnen und Lehrern, bei der ganzen Gesellschaft, bei uns allen. Aus dieser Verantwortung dürfen und wollen wir niemanden entlassen.

- Erziehung braucht Zeit und Geduld. Da ist Zuwendung gefragt – in der Familie, in der Schule und in der Gesellschaft. Die Devise muss lauten: Kümmern statt klagen.
- Erziehung ist anstrengend. Erziehung ist nie ein harmonischer, sondern immer auch ein konfliktträchtiger Prozess. Er umfasst die Einübung von Rechten genau so wie die Bindung an Pflichten. Erziehung formuliert Spielregeln und Grenzen, ohne die wir in unserer demokratischen Gesellschaft nicht auskommen. Erziehung stellt insbesondere die Werte des Grundgesetzes sowie die Menschen- und Bürgerrechte in den Mittelpunkt, setzt sie voraus und macht sie erfahrbar.
- Erziehung begleitet, unterstützt und fördert zielgerichtet die Entwicklung und Stärkung der Persönlichkeit. Sie zeigt Verständnis für Umwege und Fehler, sie ermutigt junge Menschen zur Auseinandersetzung mit sich und der Welt. Und sie vermittelt Anerkennung, gibt das Gefühl, gewollt und gebraucht zu werden. Sie muss das vor allem bei denen tun, die im so genannten „bildungsfernen Milieu“ aufwachsen und besondere Unterstützung brauchen.

Ich denke, wir sind uns einig: Eine solche Erziehung ist notwendig. Mehr noch: Sie ist Verpflichtung. Und weil das so ist und weil Erziehung überall dort stattfindet, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten, hat auch und gerade die Schule – ebenso wie das Elternhaus und die Kita – einen originären Auftrag zur Werterziehung. Und dieser Auftrag gilt ganz besonders auch für den Unterricht, und zwar für den Unterricht in allen Fächer – nicht nur in LER und Politischer Bildung, auch in Sport und Musik.

Wertevermittlung durch eigenes Tun

Was dabei ganz wichtig ist: Wer Werte an Kinder und Jugendliche vermitteln will, muss sich darüber im Klaren sein, dass ein bloßes Wissen um Werte allein nicht ausreicht, um zu einer wertorientierten Haltung zu kommen. Und es reicht erst recht nicht, um wertorientiert zu handeln.

Nachhaltige Wertebindung braucht immer Erfahrung und baut nicht zuletzt darauf, dass Erwartungen nicht enttäuscht werden. Frühe Erfahrungen sind hier ausschlaggebend: Was Hänchen an Wertorientierung nicht lernt, das kann Hans zwar immer noch lernen, aber sehr viel schwieriger. Nachhaltige Wertebindung setzt also beides voraus: Vorbilder und eigenes Tun.

Der beste Fachunterricht kann seine Wirkung nicht entfalten, wenn nicht die

Schule als Ganzes zum Erfahrungsraum wertebildender Gemeinschaftsveranstaltungen wird, authentisches Lernen ermöglicht und dafür lebendige Anlässe liefert.

Lernen durch Verantwortung

Erfolgreiches Lernen erfolgt im Kontext – um es aus der Sicht der Lernpsychologie zu formulieren. Da gibt es zahlreiche gute Ansätze, zum Beispiel in jenen Schulen, in denen Streitschlichtung und Konfliktbewältigung geübt werden, oder auch in rechtskundlichen Arbeitsgemeinschaften, in denen Gerichtsverfahren durchgespielt, Plädoyers gehalten und „Recht gesprochen“ wird.

Und die beste Erfahrung macht man noch immer mit der Übernahme von Verantwortung – und zwar konkreter Verantwortung. Beispielsweise in der Mitarbeit am Schulprogramm, in der Mitgestaltung der Schulwirklichkeit, in der Formulierung und Vereinbarung gemeinsamer Regeln für den Umgang mit schulischen Konflikten, bei der Arbeit als Mediator – aber auch bei der Einhaltung „schwieriger“ Regeln wie dem Rauchverbot an Schulen.

Es geht uns also sowohl um Partizipation als auch um Vorbilder:

- Partizipation: Mit der moralischen Kompetenz ist es vermutlich genauso wie mit der physischen Kondition: Sie muss ständig gefördert werden. Wird

sie nicht eingefordert, kann sie leicht verkümmern.

- Vorbilder bieten Orientierung. Wer überzeugend für Werte werben will, der muss Werte leben, der muss sagen, was er tut, und tun, was er sagt.

Nur: Zur Erziehung mit erhobenem Zeigefinger – ob zu Hause, im Unterricht oder wo sonst – besteht kein Anlass. Dazu ist unsere Welt, die Welt der Erwachsenen, noch nicht gut genug in Ordnung. Schule ist eben nur ein Teil der Wirklichkeit. In dem anderen, dem größeren Teil der Wirklichkeit liegt manches im Argen, werden unsere Kinder zu oft sich selbst überlassen.

„Runder Tisch für Werte und Erziehung“

Unsere Kinder zu erziehen ist Aufgabe aller, Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Unseren Kindern Mut zu geben, Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein, sich einzumischen, Verantwortung zu übernehmen, gesellschaftliche Prozesse aktiv mitzugestalten, ihnen die Kraft zu geben, auch einmal unbequem zu sein, gegen den Strom zu rudern – darum geht es. Dessen müssen wir uns wieder stärker bewusst werden und wir müssen all denen helfen, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind.

Auch darum begrüße ich eine Debatte über Erziehung. Jeder, der sich kompetent, fundiert und konstruktiv einbringen will, ist mir herzlich willkommen. Das gilt ganz besonders auch für unsere Kirchen. Aber ich sage ausdrücklich: Ein Wertemonopol, eine alleinige Zuständigkeit für Fragen der Weitererziehung kann es nicht geben. Ein bundesweit angetretenes „Bündnis für Erziehung“, in das nur die Kirchen einbezogen sind, nimmt die Interessen vieler Menschen, gerade in den neuen Bundesländern, nicht auf.

Die Zeit ist reif für einen „Runden Tisch für Werte und Erziehung“, und darum will ich die Initiative ergreifen und werde zu einem solchen Brandenburger Bündnis einladen. „Sich kümmern statt wegsehen“ könnte die Devise heißen. Das ist ein Slogan, sicher. Aber manchmal helfen Slogans und griffige Formulierungen, um Einsichten weiter zu vermitteln, Aufmerksamkeit zu erregen und auch um ein bisschen aufzurütteln.

Es muss deutlich werden, dass wir den öffentlichen Bildungsauftrag wieder sehr viel enger mit dem Erziehungsauftrag verknüpfen müssen: Wir müssen die gemeinsame Verantwortung von Familie, Staat und Gesellschaft für die Schule und ihre Arbeit stärken. Erziehung gelingt nur gemeinsam und nur konkret. ■

HOLGER RUPPRECHT

ist Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

Ein Erfolgsmodell unter Druck

ZUR VERGANGENHEIT UND GEGENWART DES DEUTSCHEN BERUFSBILDUNGSSYSTEMS
VON **WOLFGANG SCHROEDER**

U nterschiede in der Produktivität von nationalen Volkswirtschaften lassen sich nicht nur auf Marktstrukturen, Technik- und Investitionsniveau oder auf Arbeitsbeziehungen zurückführen, sondern vor allem auf das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte. Die dafür notwendigen Ausbildungsbedingungen variieren zwischen den Nationalökonomien in starkem Maße: Während in den meisten Ländern für die Facharbeiterausbildung lediglich betriebliche Strukturen existieren, besteht in Deutschland seit über 100 Jahren ein flächendeckendes duales Ausbildungssystem, das durch eine Integration schulischer und betrieblicher Ausbildung gekennzeichnet ist. Ein ähnliches System treffen wir auch in Dänemark, der Schweiz und Österreich an.

Heute steckt das deutsche duale Berufsausbildungssystem in einer quantitativen und qualitativen Krise. Ihre wichtigsten Merkmale sind: eine abnehmende Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen (nur noch 27 Prozent der ausbildungsfähigen Betriebe bilden

aus), stärkeres staatliches Engagement, mangelnde Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung und Rückgang der Lehrstellenzahl. Dazu kommt, dass die Zahl von Abbrechern bzw. von jungen Menschen, die von der dualen Berufsausbildung ausgeschlossen sind, in den letzten Jahren stetig angewachsen ist.

Mittlerweile sind 1,5 Millionen Menschen unter 25 in so genannten Warteschleifen, die zu keinem berufsqualifizierenden Abschluss führen. Der direkte Weg von der Hauptschule ins duale System ist tendenziell vom Regel- zum Ausnahmefall geworden. Letzteres zeigt sich auch daran, dass mittlerweile das Durchschnittsalter bei Beginn der Ausbildung bei 19,3 Jahren liegt. 1970 lag dieser Schnitt noch bei 16,6 Jahren.

Das traditionell deutsche System der dualen beruflichen Bildung droht angesichts dieser Entwicklungen immer exklusiver zu werden. An seinem unteren Rand bildet sich ein zunehmend staatlich oder von der Bundesagentur für Arbeit finanziertes System

von Vorbereitungs- oder Ersatzmaßnahmen (Berufsvorbereitungsjahre etc.). Zwar fungiert dieses System zeitweise als Puffer, indem es diejenigen Bewerber aufnimmt, die in den traditionellen Kernbereich der beruflichen Bildung zunächst oder dauerhaft nicht hineinkommen. Gleichwohl verhindert es nicht deren Stigmatisierung auf dem Arbeitsmarkt. Am oberen Rand nutzen immer mehr zukünftige Studenten das Berufsbildungssystem als Zwischenstation auf dem Weg an die Universität. Die so belegten Ausbildungsplätze stehen für andere, nicht für die Universität qualifizierte Bewerber nicht mehr zur Verfügung.

In den letzten Jahren ist die Debatte stark auf die Frage Ausbildungsplatzabgabe oder Ausbildungspakt verkürzt worden. In diesem Beitrag wird daran erinnert, wie voraussetzungsvoll das deutsche Berufsbildungssystem ist und wo seine Stärken und Schwächen liegen. Die drängenden Herausforderungen der Zukunft werden vom Strukturwandel in die Dienstleistungswirtschaft sowie durch die europäische Dimension hervorgerufen.

I. Historische Wurzeln der dualen Ausbildung

Die Wurzeln des deutschen Berufsbildungssystem gehen weit ins 19. Jahrhundert zurück. Es sind vor allem die Innungen, die mit ihren tradierten Vor-

stellungen von Beruflichkeit die Anfangsphase des deutschen Berufsbildungssystems prägten. Zugleich lässt sich die spezifische Stärke des deutschen beruflichen Ausbildungssystems ohne den tradierten und zum Teil mystifizierten Gedanken der Beruflichkeit kaum verstehen. Entscheidend ist, dass dem Berufsgedanken die Idee einer dauerhaften Lebensaufgabe eigen ist, die identitätsbildenden Charakter besitzt. Wie stark diese deutsche Berufsfixierung war, kann man auch daran erkennen, dass sie zwischen 1945 und 1990 in beiden deutschen Staaten unter den Bedingungen konträrer Gesellschaftssysteme in ähnlicher Weise gepflegt und weiter entwickelt wurde. Pointiert umschrieben hat die Tiefendimension, die dem deutschen Beruflichkeitsdenken eigen ist, der Soziologe Wolfgang Engler: „Beruf – das Wort steht für die umfassendste und elementarste Verortung der Menschen im sozialen Raum. In Gesellschaften der uns vertrauten Art üben fast alle Menschen einen Beruf aus, und fast alle begründen dadurch ihr Leben. Der Beruf ist soziale Gesinnungsform der Arbeit, Ausdruck ihres ernsthaften Charakters und zugleich Leitmedium der gesellschaftlichen Anerkennung.“

Bis zum Siegeszug der Industrialisierung sind Qualifikationen und Beruflichkeit durch Zünfte und Gilden reguliert worden. Ausgangspunkt für die Privilegierung des Handwerks seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts

waren die beruflich spezialisierten Innungen, die seit 1881 alleine befugt waren, die innerbetriebliche Ausbildung zu bewerten, Qualifikationen zu zertifizieren, die Inhalte der Ausbildung zu bestimmen und deren Qualität zu überprüfen. Dazu gehörte auch der 1908 verabschiedete „kleine Befähigungsnachweis“, der das Recht zur Lehrlingsausbildung an den Meistertitel band.

Berufsschulpflicht seit 1919

Die betriebliche Ausbildung sollte durch einen Handwerksmeister erfolgen. Ausbildungsberechtigt waren danach ausschließlich Personen, die älter als 24 Jahre sind, eine Meisterprüfung absolviert haben oder zumindest fünf Jahre selbständig im Handwerkssektor gearbeitet haben. Zur Kontrolle der „Lehrlingszüchtere“ gehörte auch, dass die Handwerkskammern das Recht besaßen, eine Ausbildungsbeurteilung zu entziehen, wenn ein Betrieb die Bedingungen nicht erfüllt.

Mit der Gesetzgebung von 1897 wurde der begleitende Besuch einer Fortbildungs- oder Berufsschule empfohlen. Die Wurzeln dieses schulischen Teils der Berufsausbildung reichen zurück bis auf die im 16. und 17. Jahrhundert gegründeten religiösen und beruflichen Sonntagsschulen, die sich im 19. Jahrhundert zu allgemein bildenden und gewerblichen Fortbildungs-

schulen entwickelten. Die eigentliche Berufsschulpflicht wurde in den meisten Ländern erst 1919 eingeführt. Im Kaiserreich war sie ein Instrument der „sittlichen Erziehung“. Erst in der Weimarer Zeit gelang es, die Berufsschule zu entideologisieren und weiter auszubauen. Mit dem Reichsschulpflichtgesetz von 1938 konnte die dreijährige Berufsschulpflicht vereinheitlicht werden.

Den Dreh- und Angelpunkt für das ursprünglich konservative Politikmodell der dualen Ausbildung bildete das autoritäre Verständnis der Lehre als eines Erziehungsverhältnisses, wonach der Lehrling der väterlichen Gewalt des Lehrherren („Lehrjahre sind keine Herrenjahre“) unterworfen ist. In einem solchen Erziehungsverständnis sollte nicht „zwischen häuslichem Dienst, beruflichem Lernen und betrieblicher Arbeit“ unterschieden werden. Es ging vielmehr darum, die Lehre als Institution zu begreifen, die den heranwachsenden Lehrling in traditionell korporative Milieus integrierte.

Mehr Durchlässigkeit mit Schulen

Schon Bismarck wurde nachgesagt, dass er die Berufsschulpflicht deshalb gefördert habe, weil er die jungen Männer zwischen der Schule und dem Militär nicht dem Einfluss der Sozialisten überlassen wollte. Somit ist die Lehre als zentrale Sozialisationsinstanz

für eine Beruflichkeit zu begreifen, die sich zusammensetzt aus betriebsgebundener Zweckhaftigkeit von Arbeit auf der einen Seite und der Vorstellung eines beruflichen Allgemeinen, das um die Werte von Ehrbarkeit, Stand und ganzem Haus kreiste, also eine Art konservativ-sozialintegrative Ganzheitlichkeitsinstitution.

In der Nachkriegszeit gab es lange Zeit kaum Veränderungen an den Strukturen des dualen Systems, daran änderte auch die 1953 erlassene Handwerksordnung kaum etwas. Erst in den sechziger Jahren kam in der Bundesrepublik Bewegung auf: 1969 kam es durch das Berufsbildungsgesetz (BBiG) zur ersten entscheidenden Innovation, mit der auf den Strukturwandel in und zwischen den Sektoren reagiert wurde. Mit diesem Gesetz wurde die gesamte Berufsausbildung vereinheitlicht, systematisiert und die gemeinsame Verantwortung von Staat, Verbänden, Gewerkschaften und Kammern festgeschrieben.

Das Berufsbildungsgesetz wandelte die betriebliche Ausbildung von einem Erziehungsverhältnis mit spezifischen Lern-, Gehorsams- und Treuepflichten in ein eigenes Arbeitsverhältnis. Durch ein eigenes „Bundesinstitut für Berufsbildung“ (BIBB), das 1969 seine Arbeit aufnahm, bestand nun auch ein wissenschaftlicher Unterbau, um die Inhalte und Organisationsformen der beruflichen Ausbildung auf der Höhe der Zeit weiter zu entwickeln. Weitere

Ziele waren eine breitere berufliche Allgemeinbildung und eine bessere Durchlässigkeit zwischen dem Berufsbildungssystem und dem System der allgemein bildenden Schulen.

II. Dimension und Ursachen der gegenwärtigen Krise

Worin bestehen nun die Stärken des dualen Systems? Im Gegensatz zu jenen Prognosen, die von einer industriell induzierten De-Qualifizierung ausgingen, kam es im Laufe der Jahre zu einem respektablen Rückgang der An- und Ungelernten. Im internationalen Vergleich zeichnet sich Deutschland durch ein hohes Niveau berufsfachlicher Qualifikation bei einer relativ großen Homogenität der Qualifikation der Erwerbstätigen aus. Mit der Integration von Schule und Betrieb konnte jener Typus des Facharbeiters geschaffen werden, der neben allgemeinen und fachspezifischen Kenntnissen über einen hohen Grad „extra-funktionaler Fertigkeiten“ verfügte. Damit soll ein hohes berufliches Leistungsbewusstsein und berufliche Identifikation mit der Bereitschaft zur Weiterbildung verknüpft werden. Diese Fähigkeiten förderten nicht nur die individuelle Anpassungs- und Umstellungsbereitschaft, sondern sie führten letztlich zu einem außerordentlich flexiblen internen Unternehmensarbeitsmarkt. Vermutlich sind es gerade die extra-funktionalen Aspekte der beruf-

lichen Sozialisation, die das im Handwerk geförderte Berufs- und Leistungsbewusstseins für die gesamte Wirtschaft so interessant machte; und damit die Basis für einen neuen Typus des „polyvalenten Facharbeiters“ schuf.

Der Rückgang der Ausbildungsbetriebe schreitet seit einigen Jahren voran. Es sind heute etwas weniger als 25 Prozent aller Unternehmen, die als Ausbildungsbetriebe gelten. Die Zahl der Ausbildungsstellen lag zuletzt bei 590.000; während die Nachfrage sich bei 620.000 einpendelte. Damit hat sich in den letzten Jahren auch die Angebots-Nachfrage-Relation immer weiter verschlechtert. Mehr als die Hälfte der Auszubildenden war 2004 in Mittel- und Großbetrieben (53 Prozent) beschäftigt.

Rückgang in Kleinbetrieben gestoppt

Besonders hoch ist die Zahl der Auszubildenden in den großen mittelständischen Betrieben mit 50 bis 499 Beschäftigten (34 Prozent), die 2004 leichte Rückgänge der Ausbildungsstellen von 0,2 Prozent verzeichneten. Mit Ausnahme der Großbetriebe konnte der Negativtrend in den Kleinst- und Kleinbetrieben gestoppt werden. Im Gegensatz zu den Vorjahren konnten in Kleinst- und Kleinbetrieben (1 bis 9 Beschäftigte bzw. 10 bis 49 Beschäftigten), die rund 17 Prozent bzw. 30 Pro-

zent der Lehrlinge ausbilden, die Ausbildungsquoten um 0,4 bzw. 1,2 gesteigert werden.

Besonders erhellend ist ein Blick auf jene Betriebe, die ausbilden könnten und dürften, es jedoch nicht tun: Dieser Teil betrug 2004 27 Prozent (West) bzw. 23 Prozent (Ost). Nach den Gründen gefragt, warum ausbildungsberechtigte Betriebe nicht ausbilden, liefert das IAB-Betriebspanel folgende Gründe: Im Westen waren es vor allem der finanzielle Aufwand (41 Prozent) und im Osten die fehlende Weiterbeschäftigung im Anschluss an die Ausbildung (53 Prozent).

Ausbildung lohnt sich nicht

Für die Betriebe, die sich aus der Ausbildung zurückziehen, kommen neben konjunkturellen Schwankungen auch strukturelle Gründe hinzu. So lohnt es sich für – viele vom IAB-Betriebspanel befragte – Unternehmen aufgrund des sinkenden Personalbedarfs nicht mehr auszubilden und die Unternehmen ziehen zunehmend den freien Arbeitsmarkt zur Deckung des Fachkräftebedarfs vor. Dass finanzielle Gründe maßgeblich seien, keine Ausbildungsplätze anzubieten, erscheint angesichts der stetig zugenommenen staatlichen Zuschüsse wenig plausibel: Laut des Berufsbildungsberichtes der Bundesregierung trugen die Betriebe 2004 nur

noch etwa 64 Prozent der Nettokosten der Berufsbildung. 24 Prozent entfallen auf die Bundesagentur für Arbeit, den Bund und die Länder sowie 12 Prozent auf die Teilzeitberufsschule. Insgesamt wird davon ausgegangen, dass die Entlastung der Betriebe für die Ausbildung deutlich über einer Milliarde Euro liegt. Die Verbände lassen aber nicht locker, in einer weiteren Entlastung der Kosten die Lösung zu sehen, um einer höheren Zahl von Auszubildenden einen Platz anbieten zu können. Nachdem der Staat bereits sukzessive zusätzliche Kosten übertragen bekommen hat, rückt nunmehr der Auszubildende selbst ins Blickfeld: Durch Reduktion der Ausbildungsvergütung sollen die Ressourcen für zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Beruf – keine Garantie gegen Arbeitslosigkeit

Ein weiterer Punkt der zunehmend negativ ins Gewicht fällt: Das duale Berufsausbildungssystem ist keine Garantie mehr gegen Arbeitslosigkeit. Die Übernahme nach der Ausbildung (an der „zweiten Schwelle“) nimmt sogar weiter ab. Im Jahr 2004 wurden in den alten Bundesländern nur 53,8 Prozent und in den neuen Bundesländern nur 41,2 Prozent der Auszubildenden in ein Arbeitsverhältnis in ihrem ausbildenden Betrieb übernommen. Nach Schätzung des Bundesins-

tituts für Berufsbildung entstammten 2004 rund 185.550 der arbeitslos gemeldeten Jugendlichen aus der dualen Berufsbildung, was rund 39,3 Prozent und einem Anstieg von 6,9 Prozentpunkten entspricht (2003 32,4 Prozent).

Dienstleistungssektor bildet nicht aus

Mit Blick auf den internationalen Vergleich könnte die Vermutung aufkommen, dass Deutschland mit etwa 11,7 Prozent das Problem der Jugendarbeitslosigkeit gut im Griff hat. Das Gegenteil ist der Fall: Im Feld der 20 bis 25 Jährigen ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland so stark, wie in kaum einem anderen Land. Bislang lag die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland immer unter der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit. Auch dies hat sich verändert.

Vermutlich das wichtigste Problem, das sich in der Krise des dualen Berufsausbildungssystem spiegelt, ist die Entwicklung hin zur Dienstleistungswirtschaft. Denn der Strukturwandel der Ökonomie wird durch das Duale Ausbildungssystem kaum positiv abgebildet. So treffen Rationalisierungsprozesse in der Industrie und der Strukturwandel zur Dienstleistungswirtschaft das duale Berufsausbildungssystem empfindlich. Im Dienstleistungssektor sind in Deutschland rund 70

Prozent der Arbeitsplätze angesiedelt, im dualen Berufsausbildungssystem sind dies jedoch nur 52 Prozent.

Die duale Berufsausbildung gerät also nicht nur aufgrund ihrer organisatorischen Form zunehmend ins Hintertreffen, sondern es ist ihre Konzentration auf den sekundären Sektor, in dem die Beschäftigung stagniert, während sie im Dienstleistungssektor zunimmt. Die Rückläufigkeit der Industriebeschäftigung und damit auch die Abnahme der Facharbeiterausbildung werden jedoch in der dualen Berufsausbildung nicht in ausreichendem Maße durch Gewinne im Dienstleistungssektor kompensiert.

Die flächendeckende Durchsetzung der beruflichen Bildung wurde von einem brisanten Schichtungseffekt begleitet, der sich in einer unzureichenden Integrationsfähigkeit von lernschwachen Gruppen niederschlägt. Zwar ist es insgesamt zu einer deutlichen Abnahme der an- und ungelernten Männer gekommen. Zugleich vollzogen sich jedoch Schichtungs- und Differenzierungseffekte, die zu einer vertieften geschlechtsspezifischen und ethnischen Differenzierung in der Arbeiterschaft führten. Der Zugang zu Berufspositionen in der Arbeiterschaft ist heute wie im Kaiserreich ein harter Prozess der Auslese und Anpassung. Die schlechteren Positionen fallen heute eher noch deutlicher an strukturell schwache Gruppen. Das real existierende Berufsbildungssystem vergibt also nicht

nur Chancen auf bessere Positionen; es ist zugleich auch eine Selektionsinstitution, die durch die ihr eigenen Schwellenwerte Exklusion bewirkt.

Beruflichkeit etablierte sich in Deutschland nicht nur als Referenzgröße für das Ausbildungswesen, vielmehr konnte sich dieses Prinzip auch als universelle Strukturkomponente für individuelles Verhalten, innerbetriebliche Arbeitsorganisation und Mobilitätsprozesse entfalten. Möglich war dies, weil sich die Idee der Beruflichkeit vom Handwerk über die Industrie in den Dienstleistungssektor ausdehnte. Eine Bedingung für diesen Erfolg war, dass die ursprünglich konservative Startprogrammierung des Handwerks modifiziert werden konnte und die anderen Träger des deutschen Produktionsmodells zu eigenständigen Akteuren in diesem Feld wurden.

Jugendarbeitslosigkeit geringer als anderswo

Das 1969 verabschiedete Berufsbildungsgesetz schuf die Bedingungen, um das deutsche Modell so transformieren zu können, dass es zu einer größeren Tiefenwirkung unter veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen kommen konnte. Mit diesem Gesetz wurde eine beteiligungsorientierte und für Wandlungsprozesse offene Konstellation geschaffen, die sich in einer weiteren

Akzeptanz des dualen Systems niederschlug. So schreibt auch Karl Ulrich Mayer, der Direktor des Berliner Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung, dass es nunmehr „kein vergleichbares Land (gibt), in dem Schul- und Berufsbildung einerseits und beruflicher Status andererseits so eng verknüpft sind wie in der Bundesrepublik“. Ein wesentlicher Erfolg dieses Modells besteht auch darin, dass es damit gelang, die Jugendarbeitslosigkeit wesentlich geringer zu halten als in den Ländern, in denen die berufliche Ausbildung nur in Schulen und nicht in Betrieben erfolgt.

Die Vorzüge des dualen Systems liegen in seiner hohen Anschaulichkeit und Konkretheit, der Heranführung eines Großteils der Bevölkerung an das mittlere Qualifikationsniveau und nicht zuletzt in der hohen politischen Integrationswirkung durch den Einbezug der Sozialpartner. Sie können jedoch nicht verhindern, dass das deutsche Modell mittlerweile eine mangelhafte Anpassung der Ausbildungsstruktur an die Beschäftigungsstruktur aufweist. Die Konzentration auf einen abgeschlossenen, berufsbezogenen mittleren Ausbildungssektor führt zu einem geringeren Anteil an Hochschulqualifikationen, die im Kontext der zunehmenden Globalisierung und in der Entwicklung zu einer Informations- und Wissensgesellschaft verstärkt nachgefragt werden. In diesem

Zusammenhang sollte über eine höhere Durchlässigkeit diskutiert werden.

Aufgrund der strikten Trennung zwischen Allgemein-, Berufs- und Hochschulbildung und der Tatsache, dass berufliche Bildungswege nur in Ausnahmefällen einen Zugang zu Hochschulen gewähren, werden Ansätze diskutiert, die von verkürzten Ausbildungsgängen für einfache Tätigkeiten über (fach)schulische Formen der Berufsausbildung bis hin zur Einführung von BA/MA-Studiengängen reichen. Ziel muss es hierbei sein, die Durchlässigkeit zwischen der Berufsausbildung und der Hochschule zu erhöhen. Bei all dem ist es besonders problematisch, dass gerade erst das Berufsbildungsgesetz reformiert wurde, ohne dass zu erkennen ist, dass damit eine quantitative oder qualitative Trendwende auf dem Bildungs- und Ausbildungsmarkt absehbar wäre.

III. Europäische Herausforderungen

Das liegt an der fehlenden Transparenz hinsichtlich divergierender Ausbildungs- und Zertifizierungsbedingungen in der EU. Die Pläne der EU laufen darauf hinaus, die nationalen Berufsbildungssysteme in einen europäischen Rahmen zu integrieren, indem sie sich des Instrumentes der Offenen Methode der Koordinierung bedient. Auf diesem Wege hat sie drei Instru-

mente vorgeschlagen: den EURO-PASS, den europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) und das Europäische Kreditpunktesystem für berufliche Bildung (ECVET). Der EURO-PASS soll die Mobilität der Arbeitskräfte im Binnenmarkt verbessern, indem er mit Hilfe einer gemeinsamen, überall verständlichen Terminologie die Qualifikationen des Inhabers kenntlich macht (Anrechenbarkeit, Anerkennung). Der EQR etabliert acht („bildungsbereichsübergreifende“) Qualifikationsniveaus, denen sämtliche erworbene Qualifikationen mit Hilfe eines Punktsystems zugeordnet werden. Das ECVET definiert ein System von Leistungspunkten, auf dessen Grundlage die Einordnung des Einzelnen in den EQR erfolgen soll.

Voraussetzungen für lebenslanges Lernen schaffen

Würden diese Projekte so realisiert, dann würde das deutsche Berufskonzept zugunsten eines Kompetenzkonzepts eingetauscht. Zudem heben diese europäischen Projekte de facto die Unterscheidung zwischen Aus- und Weiterbildung auf und schaffen somit die Voraussetzungen für „lebenslanges Lernen“. Zugleich wird Ausbildung radikal individualisiert und modularisiert. Da Ausbildung ebenso an außerbetrieblichen wie an betrieblichen Lernorten stattfinden kann, entsteht ein

Markt für Ausbildungsdienstleistungen (und ihre Zertifizierung).

Berufsbezogene Solidarität gefährdet

Damit würde in Deutschland das Problem fehlender Lehrstellen ebenso entschärft wie das Finanzierungsproblem: Wer keine Lehrstelle erhält, kann bzw. muss sich seine Qualifikation auf dem Markt kaufen. Die Grenzen zwischen den verschiedenen Bildungssystemen würden durchlässig (berufliche Bildung und tertiäres Bildungssystem). Gleichzeitig träte individuell-private an die Stelle öffentlicher Verantwortung für das Qualifikationsniveau der Bevölkerung. Politisch verantwortete Daseinsvorsorge würde durch einen freien Markt abgelöst; das deutsche Bildungssystem würde nach dem Modell des britischen und amerikanischen umgestaltet, zunächst an den Rändern und dann wahrscheinlich immer stärker in den Kern hineingreifend.

Für das berufsfachliche Modell der deutschen Berufspolitik wäre die Verwirklichung der europäischen Reformpläne in vieler Hinsicht eine Bedrohung. So würden nämlich die berufsfachlichen Arbeitsmärkte der Kernarbeitnehmerschaft tendenziell aufgelöst. Damit würde eine wichtige Grundlage von Branchentarifen und relativ geringer Lohndifferenzierung gefährdet. Dies würde vermutlich die gesellschaftliche

Verantwortung für die Ausbildung relativieren. Indem die Qualifikationsprofile individualisiert würden, können auch die Grundlagen berufsbezogener Solidarität erodieren. Dies alles könnte ein Produktionsmodell gefährden, das auf der Autonomie des Facharbeiters aufbaut und dessen Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein unterstützt.

Die europäischen Reformpläne finden in Deutschland bei den Bildungspolitikern hohen Anklang. Dies liegt daran, dass sie aus ihrer Sicht einen Weg zur Lösung der wachsenden Probleme des Systems der dualen beruflichen Bildung aufzeigen. Und zwar vor allem hinsichtlich der mangelnden Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung, des Rückgangs der Zahl der Lehrstellen, der steigenden Zahl der Abbrecher bzw. von der dualen Berufsausbildung Ausgeschlossenen. Ein reformiertes Berufsbildungssystem kann Berufsfachlichkeit nur mit neuen Mitteln sichern.

IV. Wo geht die Reise hin?

Die duale berufliche Ausbildung war zunächst ein Monopol des Handwerks. Trotz einer ausdrücklich antisozialdemokratischen und antiindustriellen Stoßlinie gelang es sowohl den Gewerkschaften wie auch den industriellen Akteuren,

sich im Laufe der Zeit positiv auf dieses System zu beziehen. So wurde das duale System zu einem wesentlichen Pfeiler des deutschen Produktionsmodells und der Sozialpartnerschaft.

Da jede Firma vom dualen System profitieren kann, ungeachtet der Tatsache, ob sie zur Ausbildung dieser Arbeitskräfte beigetragen hat oder nicht, gibt es das so genannte „Trittbrettfahrerproblem“. Zugespitzt formuliert: Anstatt selbst auszubilden, werben Firmen von anderen Firmen ausgebildete Arbeitskräfte ab. Um dieses Marktversagen zu kompensieren, ist in den letzten Jahren der Staat immer stärker in die Pflicht genommen worden.

Wenn man die quantitativen und qualitativen Probleme des dualen Systems in Deutschland angemessen bearbeiten will, dann tut man gut daran, diese Probleme im Bewusstsein der historischen Dimension dieses voraussetzungsvollen Ausbildungssystems anzugehen. Damit könnte man den historisch geronnenen Stärken Rechnung tragen und sich um deren Weiterentwicklung kümmern, so dass sowohl die Dienstleistungswelt wie auch die europäische Dimension mit der etablierten Idee der deutschen Beruflichkeit versöhnt werden können. Die europäischen Rahmenkonzeptionen sind dabei sowohl Chance als auch Risiko zu betrachten. ■

DR. WOLFGANG SCHROEDER

ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel.

„Durch Beispiel lernen“

ÜBER DAS RISIKO DER VERANTWORTUNG UND DIE QUALIFIKATION VON AUSZUBILDENDEN SPRACH MANJA ORLOWSKI MIT **TORSTEN K. BORK**

Wie Fußballvereine müssen auch Unternehmen in die Nachwuchsarbeit investieren, um nicht abzustiegen. Wie sieht Ihre Nachwuchsarbeit aus?

Wir haben in unserer Unternehmensgruppe in den letzten 15 Jahren 30 Lehrlinge ausgebildet, zumeist in den Berufen Kauffrau für Bürokommunikation und Bürokauffrau.

Vor sechs Jahren haben Sie das Projekt „Unternehmer in die Schulen“ gestartet. Sie wollen damit den Dialog zwischen den Schulen und der Wirtschaft pflegen. Dazu unterrichten Sie Schüler beispielsweise in Wirtschaft-Arbeit-Technik und Politischer Bildung.

Seit dem Herbst 2000 bin ich für 30-40 Unterrichtsstunden pro Schuljahr an Brandenburger Schulen unterwegs. Eingeladen werde ich meistens von Schul- und Fachbereichsleitern oder Fachlehrern in die von ihnen genannten Unterrichtsfächer. Manchmal trete ich auch im Rahmen von schulischen Projekttagen auf. Inhaltlich liegen mir vor allem Fragen der Wirtschaftspolitik in der europäischen

Zukunftsregion Brandenburg-Berlin am Herzen. Zudem geht es mir um eine Wertediskussion mit den Schülern zum Thema Unternehmertum und zu sozialem Engagement von Unternehmern. Wir diskutieren über Standortbedingungen und Entwicklungschancen des jeweiligen Heimatortes. Warum siedeln sich manche Investoren an? Warum gelingt es jedoch manchmal nicht, Ansiedlungsbegehren zu einem positiven Abschluss zu führen? Auch spreche ich mit den Schülern darüber, wie Unternehmen funktionieren und wie man ein Unternehmen überhaupt gründet. Den Schülern bringen die Gespräche mit einem Menschen aus der Praxis großen Spaß. Sie können ihr theoretisches Wissen überprüfen. Außerdem bekommen sie Tipps für die eigene berufliche Planung den Berufseinstieg.

Wo klemmt es Ihrer Meinung nach am meisten bei den heutigen Schulabgängern?

Wir haben im Großen und Ganzen hervorragende junge Menschen in unserem Land. Deshalb müssen wir sie

beim Übergang von der Schule in den Beruf mit vereinten Kräften, unterstützen. Von einigen Schulabgängern würde ich mir etwas mehr Verantwortung für sich und andere wünschen. Das ist mindestens ebenso wichtig wie fachliche Kenntnisse und Fähigkeiten.

„Fortschritt bedeutet fortschreiten“

Hat Ihr Engagement wiederum Auswirkungen auf die Ausbildungsplatzpolitik Ihres Unternehmens?

In unserer Unternehmensgruppe nehmen wir die Ausbildung sehr ernst. Sicher lenkt auch unser gesellschaftliches Engagement die Aufmerksamkeit auf die Ausbildung in unserem Hause. Aus diesem Grund haben wir unbestritten einen „Aufmerksamkeitsvorteil“ gegenüber anderen Unternehmern, wenn es darum geht, Ausbildungsplätze zu besetzen.

Ihre Firmenphilosophie lautet „Fortschritt heißt nicht fortgeschritten sein, Fortschritt bedeutet fortschreiten“ – ein Zitat von Bertolt Brecht. Gilt das auch für die Ausbildung?

Auf jeden Fall. Wir fordern früh und aktiv die Übernahme eigener Verantwortung, auch wenn wir damit manchmal Risiken eingehen. Doch die jungen Menschen meistern diese beruflichen Herausforderungen und sie bleiben dabei nicht stehen. Ich emp-

finde die Betreuung der jungen Menschen als dankbare Aufgabe.

Welche Risiken meinen Sie?

Unsere Lehrlinge werden gezielt in tatsächliche aktuelle Geschäftsabläufe einbezogen und wissen um ihre Verantwortung. Da müssen wir auch schon mal in Kauf nehmen, dass Fehler gemacht werden.

Aber in öffentlichen Diskussionen wird oft der Vorwurf erhoben, die Jugendlichen seien nicht reif für die Ausbildung oder ihnen fehle es an Ausbildungswillen.

Solche Vorwürfe bringen uns nicht weiter. Ich drehe den Spieß um: Was hindert uns eigentlich daran, genau das zu tun, was wir von anderen fordern? Die Unternehmer dürfen nicht warten, bis sie gebeten werden, sondern müssen von sich aus auf die Schulen zugehen und ihren Beitrag leisten, um angeprangerte Missstände zu beseitigen.

Mehr Praxisbezug in Schule nötig

Und was sind aus Ihrer Sicht die Ursachen für mangelnde Ausbildungsreife?

Ein verstärkter Praxisbezug in der Schule wäre ein großer Fortschritt. Dabei müssen alle relevanten Akteure einbezogen werden: die Familie, die heimische Wirtschaft, und natürlich auch die Verantwortlichen in Politik

und Verwaltung, in den Kammern und Verbänden. Zudem müssen sich einige Schüler intensiver mit ihrem angestrebten Beruf befassen. Hier hilft einfach bessere Aufklärung. Der Unterricht sollte sich stärker am spezifischen Bedarf der einzelnen Berufe ausrichten. Darüber hinaus müssen wir die Schüler in den Grundfertigkeiten stärken wie Lesen, Schreiben, Ausdruck, Grammatik und Rechnen. Denn wir können es doch nicht hinnehmen, dass Ausbildungsplätze nicht besetzt werden, weil die geeigneten Bewerber fehlen.

Sprechen Sie da aus eigener Erfahrung?

Ich weiß von vielen verschiedenen Kollegen, dass sie Probleme haben, ihre Ausbildungsplätze adäquat zu besetzen. Zum Beispiel kann eine große regional sehr bekannte Bäckereikette nicht alle angebotenen Plätze besetzen, weil die jungen Leute zum einen nicht so gern früh aufstehen. Zum anderen glauben viele, dass Backen und Mathematik nicht viel gemeinsam haben und beherrschen nicht einmal die einfachsten Dreisatz- oder Prozentrechnungen.

Was verstehen Sie eigentlich unter Ausbildungsreife?

Wenn junge Menschen für sich und andere Verantwortung übernehmen können. Dazu gehören Selbstständigkeit, Zuverlässigkeit, Motivation, Kom-

munikation und Konfliktfähigkeit, aber auch persönliche Kompetenzen wie Belastbarkeit, Höflichkeit oder Teamgeist.

Wie hat sich die Qualifikation der Bewerber in den letzten Jahren verändert?

Der Präsident der Potsdamer Industrie- und Handelskammer, Dr. Victor Stimming, hat leider Recht: Früher brachten Achtklässler mehr mit als heutige Zehntklässler. Und richtig bleibt auch, dass es nicht Aufgabe der Ausbildungsbetriebe und der Berufsschulen sein kann, Grundkenntnisse zu vermitteln. Dies ist und bleibt zualterererst die Aufgabe der allgemein bildenden Schulen.

Azubis sind keine billigen Arbeitskräfte

Diesen Vorwurf an die Jugend kennen wir doch seit 2000 Jahren. Schon Sokrates soll über die verlotterte Jugend geklagt haben ...

... ich klage überhaupt nicht. Wir haben hier in Brandenburg hervorragende junge Menschen.

Viele Initiativen wollen das Ausbildungswesen verbessern. Vorgeschlagen werden unter anderem die Kürzung des Azubilohns und die Einführung flexibler Arbeitszeiten. Sind das Schnellschüsse oder ist das Zukunftsmusik?

Wie bei allen Arbeitnehmern ist auch bei den Auszubildenden die Entlohnung eine wichtige Motivationsquelle. Azubis sind auf keinen Fall nur billige Arbeitskräfte. Deshalb bin ich für angemessene Entlohnung und gegen pauschale Lohnkürzungen. Für flexiblere Arbeitszeiten auch für Auszubildende mag es durchaus sachliche Argumente geben. So ist es für Hotelier- und Gaststättengewerbe durchaus relevant, ob die Arbeitszeiten für Jugendliche unter 18 Jahren bis Mitternacht eingeführt werden. Eine Lockerung des Jugendschutzgesetzes würde hier vermutlich zu einem Einstellungsschub führen.

Als Vizepräsident des Unternehmerverbandes in Brandenburg haben Sie Kontakt zu allen relevanten Akteuren des Ausbildungswesens. Was würden Sie sich von ihnen für die Verbesserung des Ausbildungswesens wünschen?

Alle Beteiligten sollten weniger darüber reden, was man tun müsste, sondern es vielmehr tun. Tue Gutes und rede darüber, das muss das Motto sein. Der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte hat gesagt: Wir lernen nicht bloß durch Worte, wir lernen

auch weit eindringlicher durch unser Beispiel.

Je geringer das Bildungsniveau, desto geringer die Chancen auf einen Ausbildungsplatz und desto höher das Armutsrisiko. Macht die Politik zu wenig für die Gruppe der Bildungsschwachen?

Man kann hier nicht einfach einem Akteur den Schwarzen Peter zuschieben. Für Bildung und Ausbildung junger Menschen sind viele verantwortlich: Elternhaus und Schule, Politik und Wirtschaft. In Brandenburg hat die Politik gemeinsam mit den Kammern und Verbänden erhebliche Anstrengungen unternommen, die Lücke zu schließen zwischen den Anforderungen der Unternehmen an ihre Auszubildenden und deren tatsächlichen Fähigkeiten und Erwartungen. Wir dürfen aber nicht stehen bleiben, sondern müssen weiterhin für eine gemeinsame Zukunft arbeiten. Die schulische und berufliche Bildung in Brandenburg müssen wir als einen elementaren Wirtschaftsfaktor begreifen. Hegel meint: Der Mensch ist, was er als Mensch sein soll, erst durch Bildung. Auch deshalb sollte es in unserem eigenen Interesse liegen, unserer Jugend Perspektiven zu bieten. ■

THORSTEN K. BORK

ist 1. Vizepräsident des Unternehmerverbandes Brandenburg sowie Geschäftsvorstand der Unternehmensgruppe Bork + Partner Management (BDU).

So früh wie möglich anfangen

WIE MIT PRÄVENTIVER FÖRDERUNG CHANCEN FÜR KINDER UND FAMILIEN ENTSTEHEN
VON **KLARA GEYWITZ**

Kein Kind zurückzulassen“ – das ist das große sozialdemokratische Leitmotiv für unsere Bildungspolitik. Wir wissen: In der Schule werden die Lebenschancen verteilt. Wer heute ohne Schulabschluss und Berufsausbildung bleibt, der hat in unserer Wissensgesellschaft schlechte Karten. Die Statistiken sprechen für sich: Die allgemeine Arbeitslosenquote liegt bei über 10 Prozent, die Arbeitslosenquote von Menschen ohne Berufsabschluss bei über 20 Prozent – aber nur rund 5 Prozent aller Akademiker sind arbeitslos.

Bildung ist die Leiter für sozialen Aufstieg. Doch leider hat nicht zuletzt die Pisa-Studie gezeigt, dass das Schulsystem in Deutschland die sozialen Unterschiede eher manifestiert als überwindet. Dies hat zum einen mit der Gliederung des Schulsystems zu tun, zum anderen mit der mangelnden individuellen Förderung. Brandenburg hat daraus die richtigen Schlüsse gezogen und die Oberschule eingeführt, an der sechsjährigen Grundschule festgehalten sowie das Ganztagsangebot aus-

geweitet. Möglichst viele Kinder sollen möglichst lang gemeinsam lernen. Denn wir wissen, dass eine erfolgreiche Schulkarriere – die Stichworte sind Sitzen bleiben, Schulschwänzen und fehlender Schulabschluss – seine Ursachen zumeist in den ersten Schuljahren hat. Denn Kinder sind wissbegierig. Sie wollen lernen. Doch regelmäßige Misserfolge schon in der Grundschule führen zu Frust – und später zu Lernverweigerung.

Mit der flexiblen Eingangsphase FLEX haben wir in Brandenburg eine gute Möglichkeit, auf das unterschiedliche Entwicklungsniveau der Erstklässler einzugehen. Durch FLEX können zu Beginn der Schullaufbahn Defizite erkannt und durch gezielte Förderung bekämpft werden. Alle Experten sind sich einig: Je später man mit gezielter Förderung anfängt, desto geringer ist der Erfolg. Deswegen kommt der Frühförderung vor Beginn der Schulzeit eine entscheidende Bedeutung zu.

Wenn man kein Kind zurücklassen will, braucht man eine umfassende Fa-

milienpolitik. Und die fängt bei der Beratung und Begleitung werdender Mütter an. Schließlich zeigen Untersuchungen einen klaren Zusammenhang zwischen schlechter Ernährung, geringerer Nutzung von Vorsorgemaßnahmen sowie dem häufigeren Konsum von illegalen und legalen Drogen einerseits und einem geringeren Geburtsgewicht, mehr Geburtskomplikationen und Frühgeburten andererseits.

Große Rückstände

Die negativen gesundheitlichen Auswirkungen finden ihre Fortsetzung im Säuglings- und Kleinkindalter. Zu körperlichen Entwicklungshemmnissen tritt häufig eine geringere kognitive Förderung hinzu. So werden Kinder aus sozial benachteiligten Familien aufgrund des niedrigeren Bildungsstandes der Mütter, kritischeren Lebensverhältnissen und schlechteren Wohnbedingungen kognitiv und sprachlich weniger angeregt. Bereits im Vorschulalter machen sich dann deutliche Rückstände bemerkbar.

Die Gesundheitsämter stellten bei den Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2004 Sprachstörungen (19 Prozent), Wahrnehmungs-, psychomotorische und Teilleistungsstörungen (10 Prozent), intellektuelle Entwicklungsverzögerungen (8 Prozent), erhebliches Übergewicht (5 Prozent) sowie emo-

tionale und soziale Störungen (4 Prozent) fest. Diese Befunde korrelieren in der Regel stark mit dem Sozialstatus der Eltern. Dies liegt auch daran, dass diese Eltern die vorhandenen Frühfördermaßnahmen nur ungenügend in Anspruch nehmen. Haben im Durchschnitt sechs von zehn Kindern einen Frühförderbedarf, so sind es bei Eltern aus sozial schlecht gestellten Familien nur drei von zehn Kindern. Die Entwicklungsbenachteiligungen und die mangelnde Frühförderung führen bei den Kindern zu höheren Auffälligkeiten. Damit wiederum sind die Eltern häufig überfordert. Sie neigen dann zu einem inkonsequenten Erziehungsstil und harten Erziehungsmaßnahmen. Zu den gesundheitlichen Beeinträchtigungen und den fehlenden Anreizen kommt meist noch eine geringe Erwartungshaltung der Eltern an die Bildungskarriere ihrer Kinder und eine gestörte Schulbeziehung aufgrund eigener negativer Erfahrungen. Will man diesem Kreislauf entgehen, darf man nicht erst im Grundschulalter anfangen.

Kreislauf früh durchbrechen

Prävention durch Frühförderung setzt bei der werdenden Mutter ein, muss über eine kontinuierliche Familienbildung weiter gehen und beinhaltet eine gezielte Förderung von Kindern in den Kindertagesstätten. Bei der Kindertages-

betreuung liegt Brandenburg bereits jetzt weit über dem Bundesdurchschnitt. Fast 123 Millionen Euro jährlich fließen aus dem Landeshaushalt in diesen Bereich. Die Qualität der Erziehung und Betreuung in den Einrichtungen werden wir weiter ausbauen. Dazu gehören vor allem Sprachstandsfeststellung, Sprachförderung sowie die Einführung von verbindlichen Standards für die Elementarpädagogik.

Die Kindertageseinrichtungen sind ein unentbehrlicher Teil des öffentlichen Bildungswesens. Der Schwerpunkt des Bildungsauftrages der Kita liegt in der frühzeitigen Stärkung der Kompetenzen der Kinder. Brandenburg hat mit den Grundsätzen der elementaren Bildung eine Basis für die Erzieherinnenarbeit geschaffen, die an vielen Einrichtungen schon genutzt wird. Bei der nächsten Novelle des Kita-Gesetzes werden wir die Anwendung dieses Rahmenplanes für Elementarpädagogik verbindlich regeln. Klar ist jedoch, dass die Bildung in der Kita sich von der Schule unterscheiden muss. Eine Fächerorientierung ist hier nicht sinnvoll, obwohl sich in den Grundsätzen auch einzelne Bildungsbereiche wieder finden.

Dazu zählt natürlich die Sprachbildung. Die Kinder sollen lernen, sich richtig auszudrücken und erste Erfahrungen mit unserer Buch-, Erzähl- und Sprachkultur sammeln. Ein weiterer Eckpunkt ist die motorische Entwick-

lung. Gerade in den letzten Jahren ist durch hohen Medienkonsum und wenig Bewegung die Körpererfahrung der Kindergartenkinder gesunken. Doch gerade erst der gute Umgang mit dem eigenen Körper ermöglicht es den Kindern, auch ihre anderen sozialen, sprachlichen und intellektuellen Fähigkeiten weiter zu entwickeln. Besorgniserregend ist auch der Anstieg der Kinder mit erheblichem Übergewicht – mit allen negativen körperlichen Folgen. Wir wollen, dass an unseren Kitas das Bewegungsinteresse der Kinder gezielt gefördert wird.

Goldene Regeln für Eltern

Das dritte Grundelement der Bildungsarbeit an den Kitas ist die Musikpädagogik. Dies ist besonders wichtig, da die Freude am Singen und die Heranführung an Musik und Liedgut in den Elternhäusern sehr unterschiedlich gefördert wird. Wir wollen, dass alle Kinder ihre Begeisterung für Musik ausleben können, schließlich ist das Ohr das am frühesten ausgebildete Sinnesorgan. Kinder können lernen, durch Musik ihre Gefühle auszudrücken.

Eng mit der Musikkompetenz hängt der Bereich Darstellen und Gestalten zusammen. Viele Kinderzimmer haben heute zwar einen Fernseher, aber Bastelscheren, Knete oder Tusche sucht man vergebens. Obwohl es wichtig ist, dass Kinder lernen, ihre

Gefühle darstellerisch auszudrücken und eigene sinnlichen Erfahrungen mit den unterschiedlichen Materialien zu machen. So können Kinder nicht nur ihre eigenen Eindrücke verarbeiten, sondern auch den Erwachsenen vermitteln, wie sie ihre Welt wahrnehmen.

Es ist wichtig, dies zu verstehen und nicht mit der Erwachsenenbrille auf die Werke der Kinder zu schauen. Darstellen ist eines der Grundbedürfnisse des Menschen. Leider haben viele Erwachsene für sich entschieden „nicht malen zu können“. Und auch die Werke der Kleinen bewerten sie nach Schönheitskriterien. Dies führt zum Aufbau von Blockaden, ähnlich wie bei der Musik.

Eberhard Brügel hat zum Verhalten von Erwachsenen fünf goldene Regeln formuliert:

- Korrigiere niemals ein Bild, eine Plastik oder ein Objekt, das Kinder hergestellt haben.
- Lass die Kinder spüren, dass Du ihre Bilder schätzt.
- Dränge Kinder niemals dazu, ihre Bilder zu erklären, wenn sie es nicht von sich aus tun.
- Ermuntere Kinder zum Zeichnen, Malen, Collagieren, Formen und Bauen! Gib ihnen Anregungen! Stelle aber keine fest formulierten Aufgaben oder Aufträge.
- Sei neugierig auf das, was einzelne Kinder produzieren! Auf diese

Weise lernt man die individuellen Neigungen und Veranlagungen am besten kennen.

Ein weiteres Grundelement der Elementarbildung sind Mathematik und Naturwissenschaften. Das klassische Experiment im Kindergarten ist die Schüssel voll Schnee, die im Winter von draußen in den Gruppenraum geholt wird. Kinder können erleben, welche unterschiedlichen Zustände Wasser haben kann. Diese Experimente – beispielsweise auch im Bereich der Schwerkraft – vermitteln den Kindern erste Erfahrungen mit den Gesetzen der Physik. Wichtig ist auch, dass bereits im Vorschulalter eine Grundlage für mathematisches Verständnis gelegt wird. Ein weiterer Lernbereich im Kindergarten ist das soziale Leben: Kinder sollen lernen, sich selbst und die anderen zu erkennen und Konflikte friedlich zu lösen, sie sollen Regeln erfahren und den Gemeinsinn ausprägen.

Sprachförderung verbindlich

Wir wollen eine Kita, die jedem Kind seine Stärken bewusst macht und diese fördert. Bereits heute sind viele dieser oben genannten Elemente der Pädagogik Bestandteil qualitativ hochwertiger Kita-Arbeit – nur noch nicht in allen Einrichtungen. Daher werden wir diese Grundsätze bei der Überarbeitung des Kita-Gesetzes verbindlich regeln.

Gleiches gilt für die Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung. Sie sollen ebenfalls im Alter von fünf Jahren verbindlich erfolgen. In diesem Alter besuchen 95 Prozent aller Brandenburger Kinder einen Kindergarten; die gewünschte Breitenwirkung einer solchen Maßnahme ist also gegeben. Denn leider ist in den vergangenen Jahren ein deutlicher Anstieg bei den Kindern mit Sprachauffälligkeit zu verzeichnen – besonders bei Kindern aus sozial schwachen Familien. Sprachentwicklungsverzögerungen führen zu allgemeinen Lernschwierigkeiten und zu Problemen beim Erlernen der Schriftsprache. Sie können auch zu emotionalen Problemen werden. Darum ist eine Frühförderung in diesem Bereich besonders notwendig.

Dabei eignet sich die Kita als Ort der Förderung besonders. Denn hier gibt es keine Zugangsschwelle für die Eltern – sonst ein häufiger Grund, warum Fördermaßnahmen nicht angenommen werden. Zudem kennen die Erzieherinnen die Kinder samt ihrer Stärken und Schwächen sehr genau und können sie im Tagesverlauf kontinuierlich fördern. Zentrales Ziel der Förderung ist die Erweiterung des Wortschatzes der Kinder und der Abbau von Sprechhemmungen und entsprechenden Vermeidungsstrategien.

Um Kinder mit Förderbedarf zu identifizieren, bekommen die Erzieherinnen vom Land einen Kindersprachtest (KISTE) zur Hand und werden

im Umgang mit dem Sprachförderprogramm „Handlung und Sprache“ geschult. Mit diesen beiden Maßnahmen – den Grundsätzen der elementaren Bildung und dem besonderen Augenmerk auf die Sprachentwicklung – wollen wir die Brandenburger Kinder schon in der Kita besser auf die Schule vorbereiten.

Elternbildung öffnen

Selbst wenn wir die Qualität der Kitas weiter verbessern: Die Erzieherinnen werden nicht alle Förderbedarfe selbst abdecken können. Es ist aber wichtig, möglichst früh zu erkennen, ob ein Kind zum Beispiel regelmäßig zum Logopäden muss. Deshalb hat das Land die „Grenzsteine der Entwicklung“ vorgelegt – einen Beurteilungsmaßstab für altersgerechte Entwicklung für die Erzieherinnen. Auch einen „Anti-Gewalt-Leitfaden“ für Ärzte, Psychologen und Krankenschwestern hat Brandenburg entwickelt, der die typischen Frühsymptome von körperlicher Gewalt und Kindesvernachlässigung beschreibt.

Einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung von Kindern leisten die Eltern. Was zu Hause nicht vermittelt wird, kann die Kita nicht vollkommen kompensieren. Darum ist eine gute Elternbildung ein fester Bestandteil einer erfolgreichen Bildungspolitik. Diese Angebote müssen von den Eltern aber auch angenommen werden.

Viele scheuen sich davor. Deswegen müssen wir die Elternarbeit dort stärken, wo eine einfache Kontaktaufnahme möglich ist, etwa in den Kitas, in den Schulen oder in Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Aber auch durch die Verknüpfung mit Freizeitangeboten sinkt die Hemmschwelle. So kann die finanzielle Förderung von Familienferien für einkommensschwache Familien mit Kursen zur Familienbildung kombiniert werden. Auch Eltern-Kind-Zentren mit diversen Freizeitangeboten sind Bestandteil des Brandenburger Maßnahmenpaketes für Familien- und Kinderfreundlichkeit. In solchen Zentren bekommen die Eltern Informationen zu Themen wie Gesundheit, Ernährung und Erziehung sowie Anregungen zur Gestaltung des Familienalltags. Durch die Bildungs-, Versorgungs- und Freizeitangebote werden die Stärken der Kinder gefördert. Familienbildung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass die Kinder auch zu Hause eine anregende, fördernde Umgebung haben. Es ist wichtig, dass Eltern ausführlich mit ihren Kindern sprechen, sie ermuntern, die Umwelt zu entdecken, mit ihnen lesen, spielen, basteln.

Solche Eltern-Kind-Zentren können die Kerne lokaler Netzwerke sein, die sich um die Förderung des Kindeswoh-

les kümmern. Schon im Jahr 2004 gründete sich das „Bündnis Gesund Aufwachsen in Brandenburg“ mit über 70 Akteuren. Vor Ort finden sich viele gute Initiativen, exemplarisch erwähnt sei hier nur das Netzwerk „Gesunde Kinder“ des Klinikums Niederlausitz. Dort entsteht ein lokales Netz, um die gesundheitliche und soziale Entwicklung der Kinder in den ersten Lebensjahren zu fördern. Beteiligt sind Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, niedergelassene Gynäkologen, Kinderärzte, Hebammen, Geburtshilfeskliniken und die Verwaltung. Das Land Brandenburg unterstützt dieses und ein weiteres Netzwerk finanziell.

Das Motto des Familienprogrammes der Landesregierung lautet: „Die Brandenburger Entscheidung: Familien und Kinder haben Vorrang“. Wir haben uns ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Unser Bundesland soll zu einer besonders kinder- und familienfreundlichen Region werden. Dafür müssen alle Politikbereiche enger zusammenarbeiten. Die Verbindung von Kita und Schule ist ein wichtiger Schlüssel, um den Schulerfolg zu sichern – und zwar unabhängig vom sozialen Status der Eltern. Unser Ziel ist es, dass Bildungschancen gerecht verteilt werden. Und damit kann man gar nicht früh genug anfangen! ■

KLARA GEYWITZ

ist stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Brandenburg
und Vorsitzende des Arbeitskreises Bildung & Wissenschaft.

Auf dem Weg zu mehr Leistungsfähigkeit

ÜBER DIE ERSTEN ERFAHRUNGEN MIT DEN SCHULEVALUATIONEN IN BRANDENBURG
VON **KATRIN DÜRING**

Qualitätsmanagement und dessen Evaluation werden in Zukunft zu einem bedeutenden Thema für jede Schule werden. Damit stehen den Schulgemeinschaften anspruchsvolle Aufgaben bevor, denn Qualitätsmanagement sollte ganzheitlich sein, auf einer umfassenden internen Evaluation beruhen und sich der externen Überprüfung stellen können.

In den vergangenen Jahren wurden verstärkt verschiedene Formen der Rechenschaftslegung von Schule erprobt und umgesetzt. Schulen in Brandenburg sind so zum Beispiel gehalten, individuelle Lernstandsanalysen zu erstellen, Vergleichsarbeiten zu schreiben und sich an zentralen, standardisierten Tests zu beteiligen. Die Schülerinnen und Schüler schreiben in den 10. und 13. Jahrgangsstufen Prüfungen mit Aufgaben, die zentral gestellt werden. Die Auswertung aller Ergebnisse erfolgt mit Hilfe von *benchmarks*, die eine Zuordnung der Ergebnisse zu Leistungsgruppen erlauben und wiederum einen landesweiten Vergleich

ermöglichen. Des Weiteren nehmen die Brandenburger Schulen an nationalen und internationalen Leistungsvergleichen teil.

Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer als auch die Eltern erhalten mit den Ergebnissen der Leistungsmessungen wichtige Informationen, die Vergleiche in den einzelnen Fächern zulassen – und zwar bezogen auf die Schülerin bzw. den Schüler, auf Klassen, Jahrgangsstufen, Schulen und Schulaufsichtsbereiche. Bis zum Sommer 2007 sind nun alle Schulen in Brandenburg aufgefordert, Schulprogramme zu erstellen. Damit sollen Prozesse pädagogischer Schulentwicklung in den Einzelschulen forciert und somit auch die interne Evaluation gestärkt werden.

Externe Evaluation als unbekanntes Territorium

Im Zusammenhang mit der Etablierung dieser Leistungsfeststellungen stellt sich die Frage, ob die gestiegenen

Ansprüche von außen auch einer innerschulisch gewachsenen Leistungskultur standhalten können und ob sich daraus ein souveräner Umgang mit der externen Qualitätsprüfungen entwickeln wird? Kempfert und Rolff halten die externe Evaluation aus Sicht der Schule derzeit für eine *Terra incognita*: „[...] sie ist nicht nur (weitgehend) unbekannt, sondern zudem ein sehr empfindliches Gelände, und das auch noch aus doppeltem Grund: Zum einen sprengt sie den zumeist sorgsam gehüteten persönlichen, fast privaten Arbeitsraum der Lehrpersonen, indem von außen bewertet und veröffentlicht wird, was der Kultur des Schulehaltens vollkommen fremd ist. Zum anderen betrifft die externe Evaluation die staatliche Steuerungsfunktion der Schulentwicklung und damit die Kerntätigkeit der Schulaufsicht, für die sie eine Art Folie der Modernisierung darstellt.“¹

Befunde sind Grundlage für Steuerung

Alle Bundesländer haben mittlerweile begonnen, auf der Konzept- oder Umsetzungsebene Einzelschulen als Gesamtsysteme zu untersuchen. Um nicht an den im Schulsystem der DDR gebräuchlichen Inspektionsbegriff anzuknüpfen,

wird in Brandenburg die externe Qualitätskontrolle als „Schulvisitation“ bezeichnet. Den inhaltlichen Referenzrahmen stellt der „Orientierungsrahmen Schulqualität“ her, in dem das Qualitätsverständnis guter Schule näher beschrieben wird.² Aus den sechs Qualitätsbereichen wurden insgesamt 18 relevante Profilmerkmale zum Gegenstand der Schulvisitation erklärt.

Die Befunde der externen Evaluation bilden einerseits eine Grundlage für bildungspolitische Steuerung und beschreiben andererseits innerschulische Entwicklungsnotwendigkeiten. Zielführendes Handeln verbindet sich dabei im besten Fall mit einer internen Feedbackkultur, für die die extern erhobenen Qualitätsdaten hilfreich sein können. Die Ziele der externen Evaluation stellen sich in zweifacher Hinsicht dar:

- ein Berichtswesen mit landesweit aggregierten Daten aufzubauen und
- die pädagogische Schulentwicklung mit Daten der Einzelschule zu fördern.

Jede Innovation muss durch Verstehen und durch konkretes Tun, also durch Prozesse von Aneignung, praxistauglich gemacht werden. „Die Qualität einer Idee an sich ist kein Garant für eine erfolgreiche Praxis.“³ Noch

1 Guy Kempfert und Hans-Günther Rolff, Qualität und Evaluation. Ein Leitfaden für pädagogisches Qualitätsmanagement. Weinheim 2005, Seite 220.

2 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Orientierungsrahmen Schulqualität in Brandenburg. Qualitätsbereiche und Qualitätsmerkmale guter Schulen, Teltow 2004.

3 Uwe Hameyer, Wissen über Innovationsprozesse, in: Journal für Schulentwicklung, Heft 4 (2005), Seite 11.

bevor die externe Schulevaluation in Brandenburg an den Start ging, wurde 2004 ein Meinungsbild zur Schulvisitation erstellt. Vier ausgewählte Positionen führen nun inhaltlich durch den vorliegenden Beitrag. Die Darlegungen sind geprägt von eigenen praktischen Erfahrungen, die die Autorin in ihrer Rolle als Schulvisitatorin sammeln konnte.

■ *Das wird ja spannend, aber wie sieht der konkrete Nutzen für die Schule aus?* Um zur Qualität der Brandenburger Schulen aussagekräftig zu sein, wurde nach Auswertung einer Pilotphase mit Beginn des Schuljahres 2005 die Schulvisitation für alle Schulen in öffentlicher Trägerschaft eingeführt. In einem festen Rhythmus von ca. vier bis fünf Jahren finden nun systematische Begutachtungen der Schulen durch externe Teams statt. Die Schule selbst kann ihr Interesse an einer externen Qualitätsprüfung anmelden oder wird von der Schulaufsicht für die Teilnahme benannt. Ab dem Schuljahr 2006/07 sollen darüber hinaus ein Teil der Schulen in einem Losverfahren für die Schulvisitation bestimmt werden.

Rechenschaftssysteme legitimieren sich durch die zunehmende oder zu-

mindest in Aussicht gestellte Freiheit der Einzelschule. Wenn diese Freiheit nicht gewährt wird, so ist die externe Evaluation als eine zusätzliche staatliche Aktivität im Sinne der „alten Steuerung“ zu verstehen.⁴ Die weitere Stärkung der Eigenverantwortung der Einzelschule korrespondiert demnach mit den Intensionen der Schulvisitation. Eine Entwicklung in diese Richtung stellt das Modellvorhaben MoSeS dar. Um das Beziehungsgeflecht zwischen der Autonomie einer Schule und ihrer Qualität aufzudecken, wurde MoSeS als Projekt des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport aufgelegt, in das seit 2005 insgesamt 18 Schulen unterschiedlicher Schularten eingebunden sind. Diese Schulen können ihre personal- und dienstrechtlichen, verwaltungstechnischen und betriebswirtschaftlichen Angelegenheiten weitgehend selbstständig gestalten.⁵

Jede Schule kann sich selbst verorten

Der Nutzen der Schulvisitation liegt für die Schule insbesondere darin, dass sie sich schon heute bezogen auf landesweit definierte Maßstäbe mit ihrem Qualitätsprofil selbst verorten kann. Mit der Schulvisitation wird ein neuer und ei-

⁴ Wolfgang Böttcher, Zur Notwendigkeit von Rechenschaftslegung – Oder: Wozu Schulinspektion?, in: Institut für Qualitätsentwicklung (IQ), Qualitätsentwicklung durch externe Evaluation. Konzepte-Strategien-Erfahrungen, Wiesbaden 2006, Seite 167.
⁵ vgl. zum Modellvorhaben „Stärkung der Selbstständigkeit von Schulen“ (MoSeS), <http://www.bildung-brandenburg.de/schulversuche.html> (06.06.2006)

genständiger Zugang zur Evaluation von Schule erreicht. Die Methoden und Instrumente sind an Verfahren qualitativer Sozialforschung orientiert.

Über einen Mantelbogen und einen Datenerhebungsbogen werden im Sinne einer Selbstauskunft durch die Schulleitung Daten und Statistiken an das Visitationsteam übermittelt. Dazu gehören auch, wie oben erwähnt, die Erfolge und Ergebnisse der Schülerinnen und Schüler bei Vergleichsarbeiten und Tests, bei Abschlussprüfungen und bei Wettbewerben. Ebenso relevant sind Bildungswege und Schulabschlüsse der Schüler. Gefragt wird beispielsweise nach der Anzahl der vom Schulbesuch zurückgestellten Kinder, nach Schülern, die eine Jahrgangsstufe wiederholen mussten oder überspringen konnten, nach dem Anteil bestimmter Bildungsempfehlungen oder nach den erreichten Schulabschlüssen. Ebenso gibt die Schulleitung Auskunft zu den bisherigen Aktivitäten, um die Schul- und Unterrichtsqualität zu stärken und ggf. zu verbessern.

Evaluation beginnt mit Dokumentenanalyse

Die Dokumentenanalyse beginnt bereits im Vorfeld der Schulvisitation, z. B. über die Kenntnisnahme des Internet-Auftritts der Schule oder von Unterlagen, die seitens der Schule zur inhaltlichen Vorbereitung zur Verfügung gestellt wur-

den. Dazu können das Schulprogramm gehören, wesentliche Konferenzbeschlüsse oder ggf. Ergebnisse der schulinternen Evaluation. Die Dokumentenanalyse vermittelt einen ersten Eindruck davon, ob schulrechtliche Vorgaben erfüllt und an welchen Themen mit welcher Intensität bislang gearbeitet wurde.

Die standardisierte Online-Befragung stellt einen Zugang zu den subjektiven Einschätzungen der Schul- und Unterrichtsqualität der Lehrkräfte dar. Die Befragung führt zu einer Ist-Stand-Analyse dahingehend, wie der Lehrer selbst den eigenen Unterricht einschätzt und wie das Leitungshandeln an der Schule vor dem eigenen Erfahrungshintergrund bewertet wird.

Interviews mit Lehrern, Schülern und Eltern

Neben der schriftlichen Befragung stellen die halbstandardisierten Interviews mit der Schulleitung, den Schülern, den Lehrern und mit den Eltern ein weiteres wichtiges Instrument im Methodenkanon dar. Die Befragungen werden mit den Repräsentanten dieser Gruppen der Schulgemeinschaft geführt, maximal jedoch mit einer Auswahl von bis zu zehn Personen. Um bei allen Schulvisitationen die Dimensionen von Schulqualität gleichermaßen in den Blick zu nehmen und um das Verfahren zu objektivieren, wurden Gesprächsleitfäden entwickelt.

Ablauf der Schulvisitation*

Zeitraum	Aktivitäten	verantwortlich
3-4 Monate vor dem Visitationsbesuch	Auswahl und Benachrichtigung der Schule	Geschäftsstelle Visitation
Nach der Benachrichtigung durch die Geschäftsstelle	Bildung einer schulinternen Vorbereitungsgruppe Daten- und Dokumentenerhebung (Erhebungsbogen)	Schulleitung
6-8 Wochen vor dem Visitationsbesuch	Vorbereitungsgespräch in der Schule Abstimmung des Ablaufplans des Visitationsbesuchs, ggf. Festlegung zusätzlich zu evaluierender Q-Merkmale und Verabredung zusätzlicher Befragungen	Visitationsteam und Schulleitung
4 Wochen vor dem Visitationsbesuch	Eingang der Daten- und Dokumentenerhebung und der Befragungsergebnisse in der Geschäftsstelle	Schulleitung
Visitationsbesuch	Eröffnungsgespräch mit der Schulleitung, Unterrichtsbesuche, Interviews mit Lehrkräften, Eltern- und Schülervertretern, erste Rückmeldung über das Besuchsergebnis durch das Visitationsteam	Visitationsteam
3 Wochen nach dem Visitationsbesuch	Vorläufiger Bericht über das Ergebnis der Visitation wird der Schule zugeleitet	Visitationsteam/ Geschäftsstelle Visitation
7 Wochen nach dem Visitationsbesuch	Stellungnahme der Schule zum vorläufigen Bericht und Rückmeldung (Feedbackbogen) zur Arbeit des Visitationsteams	Schulleitung und Schulkonferenz
9 Wochen nach dem Visitationsbesuch	Endbericht über das Ergebnis der Visitation an die Schule, Schulaufsicht und Schulträger	Geschäftsstelle Visitation
danach	Erörterung des Berichts der Schulvisitation mit der zuständigen Schulaufsicht, ggf. Festlegung von Entwicklungszielen und nächsten Schritten	Schulleitung und Schulaufsicht

* entsprechend Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, Schulvisitation im Land Brandenburg. Konzeption und Handbuch zur Schulvisitation, Teltow 2005, Seite 16 f.

Während der Schulbesuche erhalten die Profilmernkmale aus dem Qualitätsbereich „Lernkultur: Qualität der Lehr- und Lernprozesse“ besonderes Gewicht. Beobachtungsschwerpunkte sind:

- zweckmäßige Organisation des Unterrichts,
- aktives und selbstständiges Lernen,
- unterrichtliches Vorgehen,
- pädagogisches Verhalten.

An den beiden Visitationstagen werden die Lehrer der Schule mehrheitlich im Unterricht besucht. Jede Unterrichtsbeobachtung dauert 20 Minuten. Alle Einschätzungen werden auf den Beobachtungsbögen für den Unterricht protokolliert, in einem Sammelbogen zusammengefasst und ausgewertet. Ein Säulendiagramm stellt das Gesamtergebnis der Schule dar. Die Beobachtungsergebnisse geben Auskunft über die vorherrschende Unterrichtskultur an der Schule.

Vertrauen ist wichtig

Wie sieht nun der eigentliche Ablauf aus? Auftakt der Schulbesuche ist das Vorbereitungsgespräch vor Ort in der Schule. Im besten Fall bahnt sich dabei eine Vertrauensbeziehung zwischen den Beteiligten in der Schule und dem Visitationsteam an. Ein Klima des Vertrauens kann Sicherheit bieten in einem Verfahren, das auch Unwägbar-

keiten hat. Nicht zuletzt enthält der Bericht für die Schulöffentlichkeit, die Schulaufsicht und den Schulträger zugängliche Qualitätseinschätzungen. Vertrauen fördert einen offenen und ehrlichen Informationsfluss, steigert die Effizienz der Arbeit und somit die Qualität der externen Evaluation.

Die Einzeldaten und Beobachtungen werden in der Ergebniszusammenchau trianguliert. Sie ergeben ein Gesamtbild von Schule, das in einem mehrmonatigen und weitgehend dialogischen Prozess zwischen Schule und Visitationsteam herausgearbeitet wurde. Alle Beteiligten haben die Chance, das Instrumentarium im Vorfeld einzusehen und sich ein Bild von den Prozessabläufen zu machen. Diese offenen und fairen Verfahrensregeln resultieren aus einem Arbeitsverständnis, bei dem es in erster Linie um die kritische Würdigung bislang erreichter Schulqualität geht.

Die Schule erhält im Anschluss an die Visitation in Berichtsform ein verdichtetes Bild ihrer Stärken und Schwächen zu den Qualitätsbereichen:

- Ergebnisse und Erfolge der Schule,
- Lernkultur: Qualität der Lehr- und Lernprozesse,
- Schulkultur,
- Schulmanagement,
- Lehrerprofessionalität und Personalentwicklung sowie
- Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung.

Gathen und Rolff fordern dazu auf, mit den von außen eingeholten Daten innerschulisch zu arbeiten: „Bei einer dateninduzierten Schulentwicklung nimmt die Schule intern oder extern erhobene Evaluationsdaten als Anlass, neu aufgelegte oder laufende Qualitätssprozesse bezüglich des Unterrichts voranzutreiben.“⁶ Es liegt in der Verantwortung der Einzelschule, aus den Visitationsergebnissen Schlussfolgerungen zu ziehen.

II ■ *Die Schulleitung erhofft sich Impulse für neue Innovationen.*
Vom Ansatz her ist die Schulvisitation als ein systemischer Blick auf die Einzelschule konzipiert worden. Dabei geht es hauptsächlich um die Frage, was das jeweils Charakteristische an der Schul- und Unterrichtskultur an dieser einen Schule ist. Bewertungen und qualitative Einschätzungen lassen sich letztlich auf einige grundlegende Aspekte zurückführen:

- Wie fürsorglich gestaltet sich an dieser Schule der Umgang mit den Schülerinnen und Schülern?
- Wie prägt die Schulleitung mit ihrer Kultur des Umgangs und mit den von ihr gesetzten Inhalten die innere Schulentwicklung?

Die Wirksamkeit der Schulvisitation beginnt bereits mit ihrer schriftlichen

Ankündigung. Im Zusammenhang mit der Dokumentenanalyse werden z. B. Unterlagen eingefordert, die möglicherweise seit längerem innerhalb der Schule nicht aktualisiert wurden. Oder ein Konzept ist fast fertig, es fehlt nur ein Außenimpuls, um die bisherigen Ergebnisse zu bündeln und zu präsentieren. Schulleiter berichteten, dass die Schulvisitation bereits im Vorfeld zu einer verstärkten Diskussion von Schul- und Unterrichtsqualität geführt hat. Fragen wie „Worauf können wir stolz sein?“, „Was ist das Besondere an unserer Schule?“ oder „Welche Vorhaben konnten wir noch nicht zum Abschluss bringen?“ fokussieren auf den bisherigen Arbeitsstand.

Unterstützung durch Schulämter nötig

Nach der ersten mündlichen Rückmeldung am zweiten Visitationstag an alle Interessierte der Schulgemeinschaft wird das Stärken-Schwächen-Profil der Schule entsprechend der Maßstäbe der Schulvisitation bereits deutlich. Einige Schulleiter erlebten die Visitation als Stärkung ihres Führungshandelns, da die Ergebnisse der externen Evaluation von ihnen als Navigations- und Argumentationshilfen verstanden wurden.

Die Bewertungen des Visitationsteams werden in einem Evaluationsbe-

⁶ Jan von der Gathen und Hans-Günther Rolff, Dateninduzierte Schulentwicklung – eine Chance zur Veränderung von Schul- und Unterrichtspraxis., in: Journal für Schulentwicklung Heft 4 (2005), Seite 39.

Qualitätsprofil einer Oberschule

Bereich 1: Ergebnisse	Bewertung*			
	4	3	2	1
1. Profilvermerkmal Fachkompetenzen (zur Zeit nicht bewertbar)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Profilvermerkmal Bildungsweg/Schulabschlüsse (zur Zeit nicht bewertbar)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, der Lehrerinnen und Lehrer	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bereich 2: Lernkultur				
4. Die Schule verfügt über schuleigene Lehrpläne mit abgestimmten Zielen und Inhalten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen im Unterricht einen aktiven Lernprozess der Schülerinnen und Schüler.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Das unterrichtliche Vorgehen der Lehrerinnen und Lehrer ist Grundlage für einen zielgerichteten Lernprozess.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Das pädagogische Verhalten der Lehrerinnen und Lehrer bildet die Grundlage für ein förderliches Klassen- und Arbeitsklima.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Der Unterricht ist zweckmäßig organisiert, die Lehr- und Lernzeit wird intensiv genutzt.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. Die Schule arbeitet mit einem transparenten Konzept für Leistungsanforderungen und -kontrollen.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. Die Schule unterstützt und fördert die Schülerinnen und Schüler im Lernprozess.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bereich 3: Schulkultur				
11. Die Schule ermöglicht eine aktive Beteiligung der Schülerinnen und Schüler und Eltern am Schulleben.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12. Die Schule kooperiert verbindlich mit anderen Schulen und außerschulischen Partnern in der Region.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

* Wertungen: 4 = überwiegend stark, 3 = eher stark als schwach, 2 = eher schwach als stark, 1 = überwiegend schwach

Bereich 4: Schulmanagement	Bewertung*			
	4	3	2	1
13. Die Schulleiterinnen und Schulleiter stärken die Schulgemeinschaft durch eigenes Vorbild und zeigen Führungsverantwortung.	■	□	□	□
14. Die Schulleitung unterstützt und sichert den Aufbau eines funktionsfähigen Qualitätsmanagements.	□	■	□	□
15. Die Schulleitung plant die Maßnahmen zur Unterrichtsorganisation effektiv und transparent für die Beteiligten.	□	■	□	□
Bereich 5: Lehrprofessionalität und Personalentwicklung				
16. Die Schule stärkt die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer und fördert die Teamentwicklung im Kollegium.	□	■	□	□
Bereich 6: Ziele und Strategien der Qualitätsentwicklung				
17. Die Schule arbeitet nach einem Schulprogramm, das gemeinsam erarbeitet wurde und die festgelegten Produkt- und Prozesskriterien erfüllt.	□	■	□	□
18. Die Schule überwacht die Qualität ihres Unterrichts und ergreift Maßnahmen, um die Qualität aufrecht zu erhalten und erforderlichenfalls zu verbessern.	□	■	□	□

richt mit einem hohen Anteil qualitativ beschreibender Inhalte zusammengeführt. Das Qualitätsprofil, als Bestandteil des Berichtes, vermittelt dabei in einem Überblick die positiven als auch die negativen Bewertungen.

Der Visitationsbericht selbst bildet die Grundlage für eine Beratung der Schulleitung mit der Schulaufsicht. Im Ergebnis werden Entwicklungsziele benannt, an denen die Schule aus eigener Kraft oder mit externer Beratung arbeiten soll. Der Erfolg der Schulvisitationen ist damit auch von

der Unterstützung der Schulämter abhängig.

III ■ *Außenkontrolle ist wichtig, weil Schulen damit vergleichbar gemacht und positive Ergebnisse öffentlich werden.* Über die Veröffentlichung des Visitationsberichtes entscheidet jede Schule selbst. Nach einem Jahr Erfahrung ist festzustellen, dass die Formen der Öffentlichkeitsarbeit nach der Visitation von einigen Schulen rege genutzt werden. Die Aktivitäten reichen von Presseberichten nach dem Schulbesuch,

über Präsentation der Ergebnisse durch die Schulleitung im Amtsausschuss bis hin zur Veröffentlichung auf der Internet-Seite der Schule.

Die einzelnen Visitationsberichte bilden die Grundlage für Jahresberichte, die vom Bildungsministerium publiziert werden. Schulformbezogen werden alle Qualitätsprofile gebündelt, so dass sich jede Schule vergleichen kann. Die Nachfragen von Eltern zeigen, dass ein großes Interesse besteht zu wissen, wie gut die Schule des eigenen Kindes im Vergleich zu anderen Schulen ist.

IV. *Es wird Zeit, dass von außen Qualitätseinschätzungen vorgenommen werden.* Mit der Implementierung der Schulvisitation wird ein Weg gegangen, der die strukturellen Beziehungen zwischen den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems beeinflussen kann. Eine erfolgreiche Implementierung zeigt Konsequenzen auf verschiedenen Ebenen der bisherigen Handlungspraxis auf. Die Schulvisitation wird für die Einzelschule dabei die bekannten Funktionen von Evaluation erfüllen: Steuerung, Kontrolle, Stimulierung von Entwicklung, Rechtfertigung und Außendarstellung.⁷

Der konkrete Nutzen für die Lehrer ergibt sich daraus, dass vormalis infor-

melle Vergleiche mit Kollegen ergänzt werden um Einschätzungen zur Unterrichtsqualität, die über den Außenblick Dritter verobjektiviert wurden. Diese Daten stehen sozusagen als neutrale Referenzpunkte für die individuelle Selbstverortung zur Verfügung. In der individualistischen Kultur des Lehrens ist dies zunächst ungewohnt. Innerhalb der Schule erhöht sich mit den Evaluationsergebnissen die Komplexität des Wissens über die eigene Leistungsfähigkeit und dieses muss – individuell und kollektiv – verarbeitet werden.⁸

Die Jahresberichte zur Schulvisitation in Brandenburg und veröffentlichte Einzelberichte werden für Schulen, Schulaufsicht und Schulträger ungewohnte Vergleichsmöglichkeiten eröffnen.

Neue Kultur der Evaluation

Nachdem an der Pilotphase vor allem offene und veränderungsbereite Schulen beteiligt waren, weisen die Evaluationsberichte jetzt auch einzelne Schulen mit einem mehrheitlich eher schwachen Qualitätsprofil aus. Transparenz ist darüber notwendig, was genau die möglichen Konsequenzen für diese „Schulen in kritischer Lage“ sein werden.

⁷ Claus Buhren, Evaluation und Schulentwicklung, in: Perspektiven entdecken, neue Wege gehen. Abschlussbericht zu dem Schulversuch: „Die integrativ-kooperativen Schulen in Birkenwerder“, Teltow 2005, Seite 100.

⁸ Thomas Brüsemeister, Implementierungsstrategische Sichtweisen: Interessen, Normen und Identität in der „dialogischen Implementierung“, in: Institut für Qualitätsentwicklung (IQ), Qualitätsentwicklung durch externe Evaluation. Konzepte-Strategien-Erfahrungen, Wiesbaden 2006, Seite 177.

[auf dem weg zu mehr leistungsfähigkeit]

Wird im Niederländischen Inspektorat mit Qualitätskarten zu den Daten der Einzelschule, Verbesserungsplänen und Folgeinspektionen gearbeitet, so sind die von außen gesetzten Konsequenzen in Brandenburg noch näher zu beschreiben.⁹ Die Stärkung der Selbstevaluation und *Peer Evaluation* von Schulen (mit *critical friends* aus anderen

Schulen und Institutionen) fördert unbenommen die Wirksamkeit der externen Evaluation. Ein doppelter Kreislauf der Evaluation, bei dem interne mit externen Qualitätsüberprüfungen ineinander greifen, ist zu empfehlen. Die Schulvisitation wird einen Beitrag zur Stärkung der „Kultur der Evaluation“ in den Schulen leisten können. ■

DR. KATRIN DÜRING
ist Lehrerin und Mitglied eines Schulvisitationsteams.

⁹ Fre Weerts, Qualitätsmessung von Schule., in: Pädagogische Führung Heft 1 (2004), Seite 13; Johan C. van Bruggen, Der Blick über den Zaun. Die Struktur deutscher Schulinspektion., in: Schulmanagement Heft 3 (2005), Seite 18.

Gelehrte oder gelebte Demokratie?

SIND BRANDENBURGS POLITIKLEHRKRÄFTE
IN DER LAGE, DEMOKRATISCHE WERTE ZU VERMITTELN?
VON **MANJA ORLOWSKI**

Im Mai 2006 hat Uwe-Karsten Heye – Vorsitzender des Vereins „Gesicht Zeigen!“ – in einem Interview mit dem Deutschlandradio Menschen mit einer anderen Hautfarbe davor gewarnt, bestimmte Regionen im Osten der Republik aufzusuchen, wenn sie sich nicht in Gefahr bringen möchten. Dabei war es gar nicht die medienwirksame Schlagzeile „Reisewarnung für Brandenburg“ die aufhören ließ, sondern die Feststellung, dass wir uns zu einer Gesellschaft von Ignoranten entwickeln, die von einem nicht kleinen Teil der politischen Elite auch noch in der verharmlosenden Interpretation und Wahrnehmung rechter Gesinnung und Gewalt unterstützt wird.

Heye sprach von der besonderen Situation im Osten und er warnte vor gefährlichen Gegengalaxien, die aus verkorksten Schulkarrieren entstehen. Folgerichtig setzt er im Kampf gegen den Rechtsextremismus auf Bildung und Erziehung.

Richtig ist, schon im Kindergarten, spätestens aber in der Schule muss ein

Bewusstsein für Demokratie geschaffen werden. Wer wollte dem widersprechen? Die Schule ist eine der wesentlichen Einrichtungen im Konzert der Sozialisationsinstanzen und somit bei der Ausbildung einer demokratischen politischen Kultur. Denn neben der arbeitsmarktgerechten „Herstellung“ von Qualifikationen hat die Institution Schule eine Integrationsfunktion. Sie besteht in der Vermittlung gesellschaftsstabilisierender Werte und Normen, politischer Einstellungen und Verhaltensweisen. Damit ist jedoch noch keine Aussage über Realisierung und Qualität der beiden genannten Funktionen verbunden.

Wer zweifelt an Qualifikation?

Wer wollte zum einen angesichts von mehreren zehntausend Jugendlichen ohne Schulabschluss pro Jahrgang an der mangelhaften Qualifikationsfunktion zweifeln? Ebenso wie an einer nachgewiesenen stärkeren Korrelation

von Bildungsniveau, Geschlecht und rechtsextremen Einstellungen. Diese Ergebnisse werden durch die unterschiedlichsten wissenschaftlichen Studien zunächst einmal aufgegriffen und regelmäßig belegt, und auch im politischen Diskurs hat dieses Thema zu Recht seinen festen Platz.

Klischees über ostdeutsche Lehrer

Zum anderen stellt sich im Kontext der von Heye angestoßenen Diskussion erneut die Frage nach der Integrationsfunktion von Schule. Oder präziser, welche Personen mit welchen Erfahrungen und mit welcher Ausbildung denn die Schülerinnen und Schüler im Osten der Republik unterrichten. Über welche politischen Einstellungen und Wertorientierungen verfügt jene Gruppe, die ihre politische und berufliche Sozialisation zu einem Großteil in der DDR erfahren hat? Erstaunlich, dass diese Fragen sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Raum fast keine Rolle spielen.

Die Zahl der Klischees über ostdeutsche Lehrer verhält sich umgekehrt proportional zur Zahl fundierter Untersuchungen. Kontinuierlich hält sich die Vorstellung, dass Lehrkräfte nachhaltig durch ihre DDR-Sozialisa-

tion und ihre DDR-Lehrerbildung geprägt seien, was sich in ihren politischen Grundüberzeugungen und in ihrem Unterrichtsalltag und Unterrichtshandeln niederschlägt.

Das Gros der Lehrkräfte in den neuen Ländern sei noch immer nicht im neuen System angekommen und damit auch noch immer nicht gewillt, die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu unterrichten.

Einzelfälle, wie wohlwollende Aussagen zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001 („Jetzt spüren die Amerikaner mal selbst wie es ist ... Schließlich bombardierten sie auch unser Dresden.“) nähren die vor allem von der Presse stetig kolportierte Vorstellung des DDR-Lehrers oder der DDR-Lehrerin. Vom zielgerichteten Unterlaufen der Demokratie ist ebenso die Rede wie von der bewussten Verklärung der DDR. Als PDS-Anhängern ginge es den Lehrern darum „... einen neuen Stamm von PDS-Wählern heranzuziehen.“¹

Lehrer sollten politisch sein

Richtig ist, dass die DDR-Lehrkräfte in ihrem Studium dazu ausgebildet wurden, sowohl Wissen als auch Überzeugungen an die Schülerinnen und Schü-

1 Freya Klier, Schule im Transformationsprozess, Frankfurt/ Main 1999, Seite 872. In ihrer Rede zum Tag der Deutschen Einheit 2004 „Verhinderte Rückkehr der Elite“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung behauptet Klier, dass es eine Studien gäbe, wonach ca. 42 Prozent der ostdeutschen Lehrkräfte in der Nähe der PDS zu finden sind.

ler weiterzugeben. Das Lehrerhandeln musste in jedem Fall die Einheit von Partei und Wissenschaft garantieren. Unabhängig von der studierten Fächerkombination zielte die Ausbildung, Weiterbildung, Anleitung und Kontrolle der Lehrkräfte auf die Herausbildung der „sozialistischen Lehrerpersönlichkeit“. Lehrer sollten sich zuvorderst als politische Lehrer verstehen. So beinhaltete die Lehrerausbildung fachspezifische Anteile wie beispielsweise im Marxismus-Leninismus, Sport, Zivilverteidigung und so genannte politisch-praktische Ausbildungsanteile, also beispielsweise die Leitung von Pioniergruppen. Obligatorisch war auch die Teilnahme am Parteilehrjahr und zwar unabhängig von der Parteimitgliedschaft.

Hohe personelle Kontinuität

Auch waren die in der Volksbildung der DDR Beschäftigten überproportional stärker in das politische System der DDR involviert als der Durchschnitt der Bevölkerung. Die 1996 in Brandenburg abgeschlossene Überprüfung der Landesbediensteten durch die frühere Gauck-Behörde ergab, dass es bei insgesamt 4,3 Prozent der Beschäftigten aus dem Bereich des Bildungsministeriums Hinweise auf eine Mitarbeit für die Staatssicherheit gab. Die „Belastungsquote“ in der Gesamtbevölkerung lag bei 1,9 Prozent.

Richtig ist auch, dass die Umstrukturierungen im brandenburgischen Bildungswesen durch eine hohe personelle Kontinuität in den Schulen geprägt waren. Das gilt vor allem auch für den Politikunterricht. Kein anderes ostdeutsches Bundesland hat bei der Einführung des Politikunterrichts so stark auf die aus der DDR übernommene Lehrerschaft und eine fachwissenschaftlich-didaktische Weiterbildung der Lehrkräfte dieses Fachs gebaut wie Brandenburg. 852 brandenburgische Lehrerinnen und Lehrer wurden in einem dreijährigen Weiterbildungsstudium für das Fach „Politische Bildung“ qualifiziert. Davon absolvierten allein 472 den Studiengang „Politische Bildung“ in dem bundesweit einmaligen brandenburgischen Sonderprogramm zur Lehrerqualifizierung. Brandenburg hat an diesem Punkt in vorbildlicher Weise und mit enormem finanziellen Aufwand für eine Lehrerqualifizierung im Bereich des Politikunterrichts gesorgt, die sich durchaus mit dem Niveau universitärer Studiengänge vergleichen lassen kann.

Große Wertschätzung für Politikunterricht

Eine Aussage über den Unterricht, der offen, handlungs- und problemorientiert sein und die Schülerinnen und Schüler auf ihre Rolle als mündige Bürger vorbereiten soll, lässt sich frei-

lich damit noch nicht verbinden. Gleiches gilt für die politischen Einstellungen des Lehrpersonals.

Diesen Fragen geht eine Befragung von 210 brandenburgischen Politiklehrkräften nach.² Die zumeist weiblichen und in der Mehrzahl mehr als 41 Jahre alten Lehrkräfte, die sich an der Befragung beteiligten, bringen dem Politikunterricht eine hohe Wertschätzung entgegen. Sie unterrichten das Fach gerne und können mit auftretenden Motivationsschwierigkeiten ihrer Schüler professionell umgehen.

Der Unterricht ist entgegen der gängigen Vorurteile weder lehrerzen-

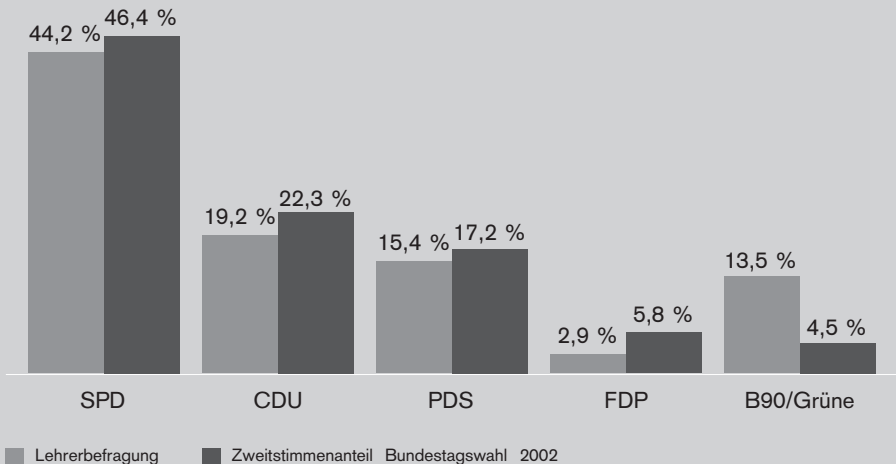
triert noch durch die frontale Vermittlung dominiert. Vielmehr bekennen sich die brandenburgischen Politiklehrkräfte durchaus zu reformorientierten Unterrichtsstilen, die sie auch regelmäßig anwenden.

Weiterbildung führt zu Professionalisierung

Auch wird der Unterrichtsschwerpunkt nicht auf die bloße Vermittlung von Wissen gelegt, sondern vielmehr – und zwar unabhängig von der Schulstufe – auf die Analyse und Beurteilung politischer Sachverhalte. Von

2 Manja Orłowski, Das Unterrichtsfach Politische Bildung in Brandenburg. Eine qualitative und quantitative Studie, Berlin 2006.

Was Lehrer wählen: Parteipräferenz von Lehrern in Brandenburg



Quelle: Manja Orłowski (Fußnote 2), Seite 344

[gelehrte oder gelebte demokratie?]

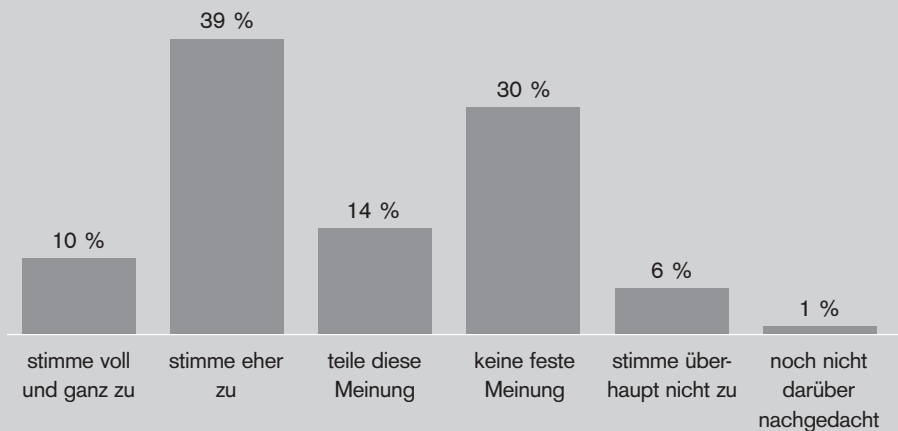
einem generellen Professionalisierungsdefizit kann bei brandenburgischen Politiklehrkräften also nicht gesprochen werden. Hier dürften zum einen die Weiterbildungsanstrengungen des Landes Erfolg zeitigen, zum anderen ist dies aber auch Ausdruck eines generell gewandelten Selbstverständnisses von Lehrkräften an Brandenburger Schulen.

Mithin trifft die omnipräsente Sozialisationsthese, wonach einmal erworbene Werteinstellungen und Handlungsmuster beibehalten werden, nur teilweise zu. Nicht zu unterschätzen ist hier die berufliche Sozialisation nach der Wende im Sozialisationsraum

Schule und die allgemeine Änderung von gesellschaftlichen Werten und Normen nach 1989. Dies führt dazu, dass auch in der DDR sozialisierte Lehrkräfte neue Rollenbilder annehmen. Die Frage ist, ob die Lehrkräfte die Werte eines veränderten schulischen und gesellschaftlichen Systems internalisiert haben oder ob sie die Erziehung zum Sozialismus durch eine Erziehung zur Demokratie als Leitbild ersetzt haben.

Das Vorurteil, dass Lehrkräfte stärker als der Rest der Ostdeutschen der DDR verbunden sind und überproportional der PDS zuneigen, hat die Umfrage empirisch widerlegt. Viel-

Lehrer in Brandenburg: „Gruppen- und Verbandsinteressen sollten sich bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen“



Quelle: Manja Orlowski (Fußnote 2), Seite 331

mehr korrespondiert die Verteilung der Parteipräferenzen innerhalb der Lehrerschaft mit der brandenburgischen Gesamtbevölkerung.

Zudem zeigte die Umfrage, dass die Zustimmung zur Demokratie als Ordnungsmodell bei den Lehrkräften deutlich stärker verbreitet ist als in der ostdeutschen Bevölkerung. Damit einhergehend sinkt die Zustimmung zur Idee des Sozialismus bei den befragten Lehrkräften sogar – im Gegensatz zur ostdeutschen Gesamtbevölkerung. Dennoch sollten die Ergebnisse nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich auch bei den Lehrkräften negative Sozialisierungseffekte vor allem in Sachen „gelebter Demokratie“ nachweisen lassen.

„Was ist Gemeinwohl?“

So stimmt beispielsweise fast die Hälfte aller Befragten der Aussage zu, dass sich Gruppen- und Verbandsinteressen bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen sollten. Dass hier die vielschichtige Bedeutung des Begriffs „Allgemeinwohl“, also die Abwägung von Interessen unter gleicher Achtung aller Beteiligten, nur zum Teil reflektiert wird, veranschaulicht Nachfolgendes eindrücklich. Ein Untersuchungsteilnehmer schreibt: „Was ist Gemeinwohl? – Z. B. Ladenschlussstreit: Ist Gemeinwohl das Märchen von tausenden

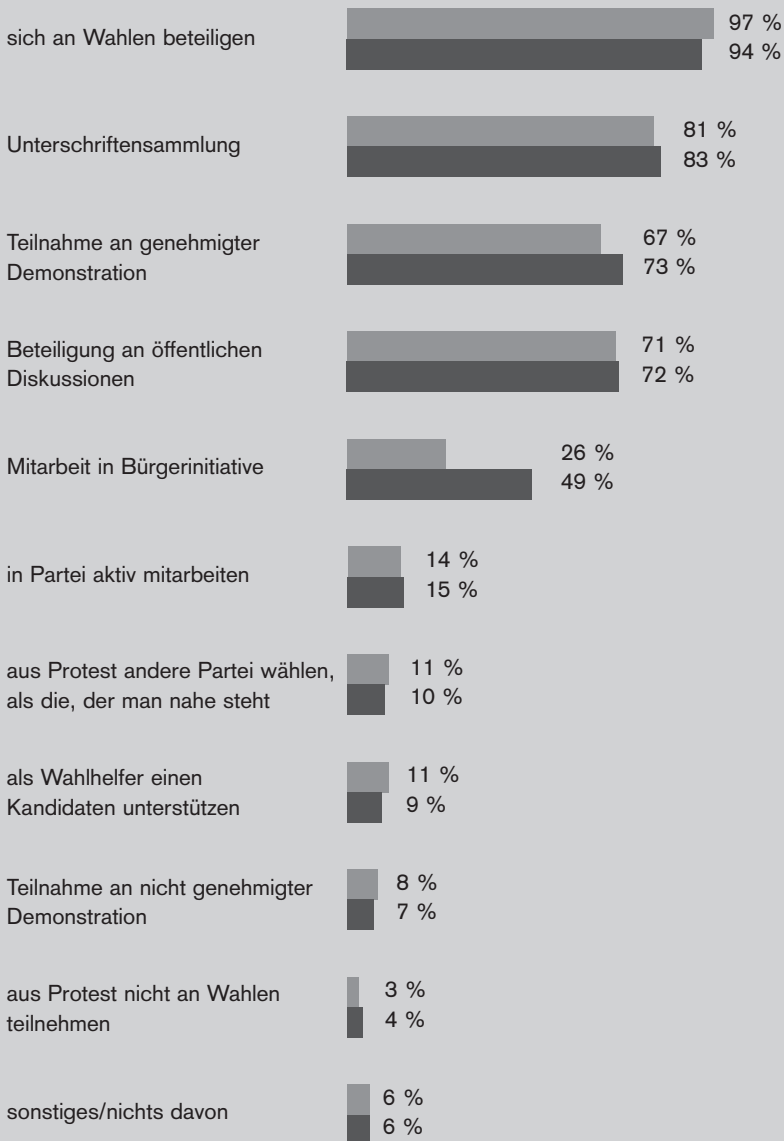
den Arbeitsplätzen durch Beseitigung des Wochenendes oder ist Gemeinwohl das Recht auf Wochenendruhe? – Hier wäre ich für die Position der Gewerkschaften: Kampf bis zum Letzten. Kündigungsschutz: Hier wäre ich gegen die Position der Gewerkschaften ... Was kreuze ich an???“

Indifferente Einstellung zu organisierten Interessen

Für die Politologen Markus Klein und Kai Arzheimer ist die Bejahung der Frage, ob sich Gruppen- und Verbandsinteressen bedingungslos dem Allgemeinwohl unterordnen sollten, gar ein Indikator für eine antipluralistische Einstellung. Durch die harte Wortwahl „bedingungslos“ könne es sich nicht mehr um eine Präferenz zu einem bestimmten Demokratiemodell handeln. Denn die Aussage ist weder mit einer theoretischen noch praktischen Ausgestaltung des Prinzips der pluralistischen Gesellschaft vereinbar.

Fest steht, dass es mit dieser äußerst indifferenten Einstellung zur Konkurrenz organisierter Interessen in der Demokratie schwieriger sein wird, einen wirkungsvollen Politikunterricht zu erteilen. Und ob die Politiklehrer in der Lage sind, die an die schulische politische Bildung gestellten Ansprüche durch eine erfahrbare Vermittlung der wertvollen Gehalte und Errungenschaften der pluralistischen Wirklich-

Politische Partizipation von Lehrern



■ realisierte Einflussnahme ■ mögliche Einflussnahme

Quelle: Manja Orlowski (Fußnote 2), Seite 341

keit zu verwirklichen? Es ist anzuzweifeln.

Was die Partizipationsbereitschaft, aber auch die tatsächliche politische Beteiligung anlangt, so belegen die Daten zahlreiche Übereinstimmungen – nicht nur mit der ostdeutschen, sondern auch mit der gesamtdeutschen Bevölkerung. Demnach ist die Beteiligung an Wahlen die populärste Form der politischen Beteiligung. Insgesamt werden Aktivitäten wie Teilnahme an genehmigten Demonstrationen, Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und eine öffentliche Diskussion von einer großen Mehrheit nicht nur als politisches Einflussmittel in Erwägung gezogen. Vielmehr sind diese Formen auch tatsächlich am stärksten realisiert worden. Sehr deutlich ausgeprägt ist die Zurückhaltung bei parteibezogenen Beteiligungsformen.

Lehrer und Schüler lernen noch

Dieses Ergebnis dürfte nicht nur auf die Erfahrungen der Lehrkräfte mit der Stellung der Parteien in der DDR zurückzuführen, sondern auch als Ausdruck eines geringeren Vertrauens in die Problemlösungskompetenz der Parteien zu werten sein.

Und deshalb hören sich die Forderungen nach einer intensivierten Weiterbildungsarbeit für Lehrkräfte vielleicht plausibel an. Aber damit wird eine Aufgabe, die der ganzen Gesellschaft zukommt, allein an die Lehrer delegiert. Natürlich sind Bildung und Erziehung außerordentlich wichtig, die vorgestellten Ergebnisse geben vielfach auch berechtigten Anlass zur Hoffnung. Allerdings fällt die Aufgabe der Erziehung zur Demokratie eben nicht allein den Lehrern zu. Vielmehr sind doch auch sie gerade vor dem Hintergrund ihrer Transformationserlebnisse ihren Schülern ähnlich: Sie sind Lernende.

Um dem Phänomenen Rassismus und Rechtsextremismus wirksam und nachhaltig zu begegnen, reicht es nicht allein, die Schule zu reformieren oder aber die Lehrkräfte zu qualifizieren. Die Aufgabe kann nur von allen gesellschaftlich relevanten Gruppen und Institutionen bewältigt werden oder um Uwe-Karsten Heye zu zitieren: „Es bedarf der Mitarbeit der bekannten Leute im Ort. ... Oft reicht auch schon ein mutiger Kommunalpolitiker oder eine intakte Kirchengemeinde, um eine Gegenöffentlichkeit zu bilden.“ ■

DR. MANJA ORLOWSKI

ist Politikwissenschaftlerin und Referentin der SPD-Landtagsfraktion.

Das Debattenmagazin

Wieviel Einspruch verträgt der Mainstream? Heute regieren die 68er – aber was kommt, wenn sie fertig haben? Die Berliner Republik ist der Ort für eine neue politische Generation: undogmatisch, pragmatisch, progressiv. Weil jede Zeit ihre eigenen Antworten braucht.



Bezug der bereits erschienenen Hefte möglich

www.b-republik.de

Die Berliner Republik erscheint alle zwei Monate. Sie ist zum Preis von 5,- EUR inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten als Einzelheft erhältlich oder im Abonnement zu beziehen:

Jahresabo 30,- EUR; Studentenjahresabo 25,- EUR

Jetzt Probeheft bestellen: Telefon 0 30/2 55 94-130,
Telefax 0 30/2 55 94-199, E-Mail vertrieb@b-republik.de

Seit 1997 erscheint

„perspektive 21 – Brandenburgische Hefte für Wissenschaft & Politik“.

Wenn Sie Interesse an bisher erschienenen Ausgaben haben, können Sie ältere Exemplare auf unserer Homepage www.perspektive21.de als pdf-Datei herunterladen.

Einzelne Exemplare von bisher erschienenen Ausgaben schicken wir Ihnen gerne auch auf Wunsch kostenlos zu. Senden sie uns bitte eine E-Mail an perspektive-21@spd.de.

Zur Zeit sind folgende Titel lieferbar:

- Heft 14 Brandenburgische Identitäten
- Heft 15 Der Islam und der Westen
- Heft 16 Bilanz – Vier Jahre sozialdemokratisch-bündnisgrünes Reformprojekt
- Heft 17 Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?
- Heft 18 Der Osten und die Berliner Republik
- Heft 19 Trampolin oder Hängematte? Die Modernisierung des Sozialstaates.
- Heft 20 Der Letzte macht das Licht aus?!
- Heft 21/22 Entscheidung im Osten: Innovation oder Niedriglohn?
- Heft 23 Kinder? Kinder!
- Heft 24 Von Finnland lernen?!
- Heft 25 Erneuerung aus eigener Kraft
- Heft 26 Ohne Moos nix los?
- Heft 27 Was nun, Deutschland?
- Heft 28 Die neue SPD
- Heft 29 Zukunft: Wissen.
- Heft 30 Chancen für Regionen